



Von der politischen Bejahung zur rechtlichen

Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung Quebecs

Eine Inspiration für die Völker Europas



European
Free
Alliance

Von der politischen Bejahung zur rechtlichen

Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung Quebecs

Eine Inspiration für die Völker Europas

Von der politischen Bejahung zur rechtlichen
Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung Quebecs
Eine Inspiration für die Völker Europas

Verfasser des Berichts

DANIEL TURP

Professor Emeritus, Juristische Fakultät, Universität Montreal

Präsident des Forschungsinstituts für Selbstbestimmung der Völker und nationale Unabhängigkeit

Mitglied des Unterhauses von Kanada [1997 – 2000] und der Nationalversammlung von Quebec [2003 – 2008]

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Coppieters Foundation

© Mai 2021

GLIEDERUNG

EINFÜHRUNG	6
I 1960-1976: Von der „stillen Revolution“ bis hin zur Wahl der Parti Québécois: Die politische Bejahung des Selbstbestimmungsrechts	10
II 20. Mai 1980: Die Volksbefragung zu Souveränität und Assoziation: Das erste Referendum über die Selbstbestimmung	16
III 1985 – 1992: Die Meech-Lake-Übereinkunft [<i>Accord du Lac Meech</i>] und die Konsultation zum Bericht über den Konsens von Charlottetown [<i>Rapport du consensus de Charlottetown</i>]; Ein zweites Referendum zum Selbstbestimmungsrecht	22
IV 30. Oktober 1995: Die Volksbefragung zu Souveränität und Partnerschaft: Ein drittes Referendum über die Selbstbestimmung	34
V 1998 – 2000: Die Stellungnahme zur Sezession Quebecs [<i>Renvoi relatif à la sécession du Québec</i>] und das Klarheitsgesetz [<i>Loi sur la clarté</i>]; Der Wille zur Selbstbestimmung und das Recht auf die Umsetzung von Sezessionsbestrebungen	40
VI 7. Dezember 2000: Das Gesetz über die Grundrechte Quebecs [<i>Loi sur les droits fondamentaux du Québec</i>]; Die gesetzliche Kodifizierung des Rechts auf Selbstbestimmung	44
VII 2001 – 2021: Das Urteil <i>Henderson vs. Generalstaatsanwaltschaft von Quebec</i> : Die rechtliche Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung	48
SCHLUSSFOLGERUNG	56
ANNEXES - ANHÄNGE	61
1 <i>Loi sur la consultation populaire</i> [Extraits] [1977]	62
2 <i>Loi reconnaissant le droit à la libre disposition du peuple Québécois</i> [Projets de loi nos 191 et 194] [1978 et 1985]	65
3 <i>Loi sur l'avenir du Québec</i> [Projet de loi no 1] [1995]	67
4 <i>Renvoi relatif à la sécession du Québec</i> [Extraits] [1998]	77
5 <i>Loi de clarification [Loi sur la clarté]</i> [2000]	92
6 <i>Loi sur l'exercice des droits fondamentaux des prérogatives du peuple Québécois et de l'État du Québec</i> [2000]	96
7 <i>Henderson c. Procureur général dit Québec</i> [Extraits] [2021]	99
ANGABEN ZUM AUTOR	112

EINÜHRUNG

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nach wie vor Gegenstand vieler Diskussionen. Überall auf der Welt wurde und wird das Recht auf Selbstbestimmung von zahlreichen Unabhängigkeits- und Autonomiebewegungen geltend gemacht. Ziel dieser Bewegungen ist einerseits die eigenständige Bestimmung des politischen Status und andererseits eine selbstbestimmte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

Eine vollständige Auflistung ist an dieser Stelle undenkbar. Aktive Bewegungen gibt es beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent [Ambazonie [Kamerun], Casamance [Senegal], Chagos [Vereinigtes Königreich], Kabylei [Algerien] und Westsahara [Marokko]], in Amerika [Puerto Rico [Vereinigte Staaten von Amerika] und Quebec [Kanada]], in Asien [Hongkong, Taiwan und Tibet [China], Karen [Burma] und Kurdistan [Irak, Iran, Syrien, Türkei]] sowie in Ozeanien [Bougainville [Papua Neuguinea], Chuuk [Föderierte Staaten von Mikronesien], Neukaledonien und Polynesien [Frankreich]]¹. Und dazu kommen natürlich noch die indigenen Völker aller Kontinente, denen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen das Recht auf Selbstbestimmung eingeräumt wurde.²

Dies ist auch auf dem europäischen Kontinent der Fall, wo eine beträchtliche Anzahl der in der Europäischen Freien Allianz [EFA] zusammengeschlossenen politischen Parteien in ihrem jüngsten Wahlprogramm erklärt haben, dass „[die] Verbesserung der

Perspektiven für alle europäischen Frauen und Männer auf der unerschütterlichen Unterstützung des Rechts auf Selbstbestimmung durch die EFA fußt“³. In diesem Grundsatzprogramm erläutert die EFA die Tragweite dieses Rechts im Übrigen wie folgt:

„Die EFA ist der Ansicht, dass alle Völker das Recht haben, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und sich für einen institutionellen Rahmen zu entscheiden, der sie stärkt. Ob es sich um die Achtung und den Respekt von sprachlichen und kulturellen Rechten, Dezentralisierung, Erweiterung regionaler oder föderaler Macht, den Ruf nach Autonomie oder die Erzielung der Unabhängigkeit durch ein Referendum handelt – alle Vorschläge, die es Gruppen von Menschen ermöglichen, sich selbst auszudrücken und ihre eigenen Institutionen auf demokratische, transparente, allmähliche und friedvolle Weise zu bestimmen, müssen unterstützt werden. Selbstbestimmung ist ein im Völkerrecht verankertes Grundrecht, das an die unterschiedlichen Situationen angepasst werden kann und unter denen Völker in der Zuständigkeit europäischer Staaten stehen. Es erlaubt den Völkern zu wählen, was für sie selbst, für ihre Entwicklung und manchmal auch für ihr Überleben am besten ist.“⁴

Auch wenn heute niemand das Schicksal dieser verschiedenen Bewegungen vorhersagen kann, zeugt

1 Zu den laufenden Selbstbestimmungsprozessen auf diesen verschiedenen Kontinenten und in diesen Ländern, siehe Daniel TURP und Anthony BEAUSÉJOUR (Hg.), *L'autodétermination des peuples au XXI^e siècle: perspectives québécoises, comparées et internationales*, Montréal, Forschungsinstitut für Selbstbestimmung der Völker und nationale Unabhängigkeit, 2021. Siehe auch Ryan GRIFFITHS, „The State of Secession in International Politics“, *E-International Relations*, 23. September 2016 [online: <https://www.e-ir.info/2016/09/23/the-state-of-secession-in-international-politics>].

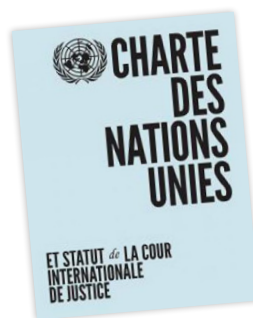
2 S. Roméo SAGANASH, „Le droit à l'autodétermination des peuples autochtones“, [1993] 24 *Revue générale de droit* 85 [online: <https://www.erudit.org/fr/revues/rgd/1993-v24-n1-rgd04377/1057018ar.pdf>].

3 S. EUROPÄISCHE FREIE ALLIANZ, *Wir bauen ein Europa für alle Völker – Grundsatzprogramm – Europawahlen 2019*, Brüssel, Europäische Freie Allianz, 2019, S. 6 [online: https://www.youdecidenow.eu/wp-content/themes/youdecidenow/img/manifesto/EFA_manifesto_2019_DE.pdf]; *ebd.*

4 *Ebd.* Für eine Analyse des Selbstbestimmungsrechts im europäischen Kontext, durchgeführt unter der Ägide des Maurits-Coppieters-Zentrums [jetzt Coppieters Foundation], siehe Daniel TURP und Marc SANJAUME-CALVET, *The Emergence of a Democratic Right of Self-Determination in Europe*, Brüssel, Centre Maurits Coppieters, 2016 [online: https://ideasforeurope.eu/wp-content/uploads/2018/03/Coppieters_5282_selfdetermination-_final.pdf].

allein ihre Zahl von der immer wieder neuen Relevanz des Selbstbestimmungsrechts. Von der Mitte des 20. bis ins 21. Jahrhundert wurde die Völkergemeinschaft Zeuge der Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts in der internationalen und nationalen Rechtsordnung. Während die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen auf Grundlage der Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker eines der Ziele ist, die in der *Charta der Vereinten Nationen*⁵ von 1945 festgelegt wurden, heißt es in Artikel 1 der *Internationalen Menschenrechtspakte* von 1966, dass „alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben“ und dass „sie kraft dieses Rechts ihren politischen Status frei bestimmen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei gestalten können“.⁶

In der *Erklärung der Vereinten Nationen über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen*⁷ erklärte die Versammlung am 24. Oktober 1970, dass „die Gründung eines souveränen und unabhängigen Staates, die freie Assoziation mit einem oder die Integration in einen unabhängigen Staat oder die Annahme eines anderen politischen Status, der von einem Volk frei bestimmt wird, die Modalitäten für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts dieses Volkes darstellen.“⁸



Französische Fassung



Englische Fassung

Auf europäischer Ebene ist die Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki*⁸ im Jahr 1975 zu erwähnen, deren *Erklärung über die Grundsätze der gegenseitigen Beziehungen der Teilnehmerstaaten* insbesondere in Artikel VIII daran erinnert, dass „aufgrund des Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker alle Völker stets das Recht haben, in voller Freiheit ihren inneren und äußeren politischen Status ohne Einmischung von außen zu bestimmen und ihre eigene politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu verfolgen“. Diese Gleichstellung der Rechte der Völker sowie ihr Recht auf Selbstbestimmung wurde 1990 in der *Charta von Paris für ein neues Europa* bekräftigt.⁹

Zudem war 2007 mit der Verabschiedung der *Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker* eine wichtige Entwicklung zu beobachten.¹⁰ Artikel 3 dieser Erklärung besagt, dass „indigene Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben“ und

5 Konferenz der Vereinten Nationen über internationale Organisation, Bd. 15, S. 365 [26. Juni 1945].

6 Siehe *Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*, [1976] 999 R.T.N.U. 13 [16. Dezember 1966] und *Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte*, [1976] 999 R.T.N.U. 107 [16. Dezember 1966].

7 A.G. Rés. 2625, offz. Dok. A.G. 25. Sitzung, Erg. Nr. 28, S. 131, Dok. N.U. A/5217 [24. Oktober 1970] [im Folgenden „*Erklärung über freundschaftliche Beziehungen*“].

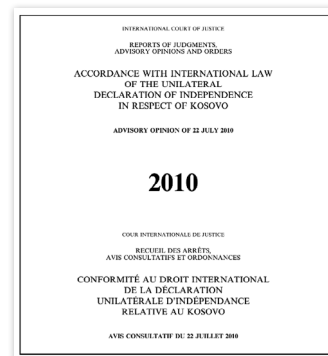
8 Der Text der am 1. August 1975 unterzeichneten *Schlussakte von Helsinki*, deren offizieller Titel *Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* lautet, ist online verfügbar unter <https://www.osce.org/files/f/documents/5/1c/39502.pdf>.

9 Die *Charta von Paris für ein neues Europa* wurde am 21. November 1990 von den Teilnehmerstaaten der Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa unterzeichnet und ist abrufbar unter <https://www.osce.org/files/f/documents/3/2/39517.pdf>.

10 Rés. A.G., offz. Dok. A.G. 61. Sitzung, Dok. N.U. A/RES/61/295 [2007] [13. September 2017] [online: [https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N06/512/08/PDF/N0651208.pdf](https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N06/512/08/PDF/N0651208.pdf?OpenElement)].



Französische Fassung Englische Fassung



dass „sie kraft dieses Rechts ihren politischen Status frei bestimmen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei gestalten“. In Artikel 3 wird des Weiteren ausgeführt, dass „indigene Völker bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung das Recht auf Autonomie und Selbstverwaltung haben in Angelegenheiten, die ihre inneren und lokalen Angelegenheiten betreffen, sowie zur Verwendung der Mittel zur Finanzierung ihrer autonomen Aktivitäten“.¹¹

Es gab Versuche, das Selbstbestimmungsrecht restriktiv auszulegen und seinen Geltungsbereich einzuschränken. So vertreten einige Staaten nach wie vor die Auffassung, dass das Recht auf Selbstbestimmung – einschließlich des Rechts, einen souveränen und unabhängigen Staat zu gründen – nur Kolonialvölkern oder Völkern zusteht, die in souveräne und unabhängige Staaten integriert sind, die, um die Schutzklausel der *Erklärung über freundschaftliche Beziehungen* zu zitieren, nicht über „eine Regierung verfügen, die die gesamte Bevölkerung des Gebiets ohne Unterscheidung der Rasse, des Glaubens oder der Hautfarbe vertritt“. Diese Position stützt sich auf Verweise auf das Verbot von Handlungen „gleich welcher Art, die die

territoriale Integrität oder die politische Einheit eines souveränen und unabhängigen Staates ganz oder teilweise zersplittern oder bedrohen würden“, die sich sowohl in der *Erklärung über freundschaftliche Beziehungen* als auch in der *Schlussakte von Helsinki* sowie der *Charta von Paris für ein neues Europa* finden.

In seinem Gutachten zur *Völkerrechtskonformität der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo*¹² hat der Internationale Gerichtshof jedoch daran erinnert, dass „der Anwendungsbereich des Prinzips der territorialen Integrität [...] auf die Beziehungen zwischen Staaten beschränkt [ist]“.¹³ Er lehnte zudem die Aussage ab, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung verstoße gegen das allgemeine Völkerrecht, und stellte fest, dass die Praxis sowohl der Staaten als auch des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen kein allgemeines Verbot einseitiger Unabhängigkeitserklärungen erkennen ließen. Damit wies er das auf dem Prinzip der territorialen Integrität beruhende Argument des serbischen „Mutter“-Staats zurück.

Die internationale Praxis hat zudem gezeigt, dass Versuche, das Selbstbestimmungsrecht auf den

11 Zu dieser Erklärung siehe Boris MARLIN, „L’engagement des États à travers la résolution 61/295 portant Déclaration des Nations Unies sur les droits des peuples autochtones“, [2008] 21.1 *Revue québécoise de droit international* 211 und Ahmed Ali ABDALLAH, „Réflexions critiques sur le droit à l’autodétermination des peuples autochtones dans la déclaration des Nations Unies du 13 septembre 2007“, [2014] 27.1 *Revue québécoise de droit international* 61 [online: <https://www.sqdi.org/fr/reflexions-critiques-sur-le-droit-a-lautodetermination-des-peuples-autochtones-dans-la-declaration-des-nations-unies-du-13-septembre-2007>].

12 Int. Gerichtshof, Sammlung, S. 403.

13 *Ebd.*, S. 38, § 80.

kolonialen Bereich zu beschränken und nicht-kolonialen Völkern die Vorzüge von Autonomie oder Unabhängigkeit zu verweigern, in der zweiten Hälfte des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht von Erfolg gekrönt waren.¹⁴ So wurde die Völkergemeinschaft nicht nur Zeuge der Unabhängigkeit von Eritrea oder Osttimor, sondern auch jener der Republiken der ehemaligen Sowjetunion oder Jugoslawiens, einschließlich des Kosovo. Außerdem erkannte das Vereinigte Königreich im *Karfreitagsabkommen* das Recht der nordirischen Bevölkerung an, ihre Zukunft selbst zu bestimmen und zu entscheiden, ob Nordirland Teil des Vereinigten Königreichs bleiben oder aus ihm ausscheiden würde, wenn dies der Wille der Mehrheit wäre. Auch der Südsudan hat seinen Platz in der Gemeinschaft der Nationen eingenommen, und das Vereinigte Königreich hat ausdrücklich das Recht Schottlands anerkannt, auf entsprechenden Wunsch der Bevölkerung ein Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten und als Staat seine Unabhängigkeit zu erklären. Auch die Referenden über die Selbstbestimmung in der Region Bougainville in Papua-Neuguinea sowie in Neukaledonien in den Jahren 2018 und 2020 spiegeln die praktische Ausübung des Selbstbestimmungsrechts wider, ebenso wie das 2022 anstehende Unabhängigkeitsreferendum im Staat Chuuk, das mit der Zustimmung der Föderierten Staaten von Mikronesien durchgeführt werden wird.

Die Frage des Selbstbestimmungsrechts führte früher und auch aktuell in Quebec zu erheblichen Diskussionen. Vom Slogan „Maîtres chez Nous“ (etwa „Herr im eigenen Haus“), der Anfang der 1960er Jahre den Ton für die Stille Revolution angab, über die Wahl der Parti Québécois 1976 bis hin zur Abhaltung von drei

Referenden über den politischen Status und die verfassungsmäßige Zukunft von Quebec in den Jahren 1980, 1992 und 1995, einer beratenden Stellungnahme des Obersten Gerichtshofs Kanadas 1998 und der Verabschiedung von Gesetzen durch das kanadische Parlament und der Nationalversammlung von Quebec im Jahr 2000 war die Frage des Selbstbestimmungsrechts in den wichtigsten öffentlichen Beratungen der letzten fünf Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts immer präsent.¹⁵ Sie gipfelte in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts in Gerichtsurteilen, darunter die Entscheidung des Berufungsgerichts von Quebec vom 9. April 2021, in der die verfassungsrechtliche Gültigkeit und die Bestätigung verankert wurde, dass das Volk von Quebec faktisch und rechtlich über sich selbst verfügen kann und dass es Träger von Rechten ist, die aufgrund des Prinzips der Gleichheit der Rechte der Völker und ihres Rechts auf Selbstbestimmung allgemein anerkannt sind.

In diesem Bericht wird eine Synthese der Debatten vorgestellt, die von einer politischen Bejahung des Selbstbestimmungsrechts von Quebec geprägt wurden und die schließlich zur rechtlichen Anerkennung dieses Rechts führten.

14 Siehe zu diesem Thema François ROCH, „Réflexions sur l'évolution de la positivité du droit des peuples à disposer d'eux-mêmes en dehors des situations de décolonisation“, [2002] 15.1 *Revue québécoise de droit international* 33 [online: <https://www.sqdi.org/fr/tag/droit-des-peuples-a-disposer-deux-memes>].

15 Für Analysen zur Frage des Selbstbestimmungsrechts Quebecs im Zeitraum von 1960 bis 2000, siehe Daniel TURP, *Le droit de choisir: essais sur le droit du Québec à disposer de lui-même*, Montréal, Les Éditions Thémis, 2001. Siehe auch Laurent LOMBART, „Le droit à l'autodétermination des Québécois dans le cadre fédéral canadien: le Québec peut-il accéder à l'indépendance?“, [2003] 16.2 *Revue québécoise de droit international* 1 [online: https://www.sqdi.org/wp-content/uploads/16.2_-_lombart.pdf] und David GUÉNETTE und Alain G. GAGNON „Du référendum à la sécession – le processus québécois d'accession à la souveraineté et ses enseignements en matière d'autodétermination“, [2017] 54 *Revista catalana de dret públic* 100-117 [online: <http://revistes.eapc.gencat.cat/index.php/rcdp/article/view/10.2436-rcdp.i54.2017.2966/n54-guenette-gagnon-fr.pdf>].

I

1960-1976

Von der „stillen Revolution“ bis hin zur Wahl der Parti Québécois: Die politische Bejahung des Selbstbestimmungsrechts

Nach der Gründung der Vereinten Nationen und der erstmaligen Bekräftigung der Gleichstellung der Völker und ihres Rechts auf Selbstbestimmung in ihrer Gründungscharta wird Quebec von der Union Nationale regiert. Diese Partei ist nationalistisch, strebt aber nicht nach der Unabhängigkeit. Sie versucht, die Autonomie Quebecs innerhalb der kanadischen Föderation zu verteidigen. In ihren verschiedenen politischen Pro-

grammen und Wahlmanifesten findet sich kein Hinweis auf das in der Charta der Nationen anerkannte Recht auf Selbstbestimmung.

durch eine Regierung, die von nun an den Anspruch erhebt, der „Staat“ von Quebec zu sein. Ebenfalls prägend für diese Zeit ist die Bedeutung, die der nationalen Frage, der Verfassungsreform und dem Aufstieg der Unabhängigkeitsbewegung beigemessen werden.



Wahlen vom 5. Juni 1960 - Slogan der Liberalen Partei Quebecs

grammen und Wahlmanifesten findet sich kein Hinweis auf das in der Charta der Nationen anerkannte Recht auf Selbstbestimmung.

Mit der Wahl der „Parti libéral du Québec“ (Liberaler Partei Quebecs) im Jahr 1960, deren Wahlkampfslogan „Maîtres chez Nous“ („Herr im eigenen Haus“) lautet, beginnt eine Phase in der nationalen Geschichte Quebecs, die als „Stille Revolution“ bezeichnet wird. Zu ihren wichtigsten Errungenschaften gehört die Verstaatlichung der Energieversorgung. Die Stille Revolution ist gekennzeichnet durch eine grundlegende politische Umgestaltung Quebecs, welche die wirtschaftliche Emanzipation, einen sozialen Aufholprozess und kulturellen Aufschwung nach sich zieht, sowie durch die Übernahme der wichtigsten Aufgaben des Staates

auf Unabhängigkeit auf einer Interpretation des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruhte,¹⁶ erfolgt die Gründung echter politischer Parteien, die für die Souveränität Quebecs eintraten, zwischen 1960 und 1966. In diesem Zeitraum werden gleich mehrere solcher Parteien ins Leben gerufen, darunter die Action socialiste pour l'indépendance du Québec, die Parti républicain du Québec, das Regroupement national und das Ralliement national, die sich zur Unterstützung des Unabhängigkeitsprojekts ebenfalls auf das Selbstbestimmungsrecht berufen.¹⁷ Die Unterstützung für diese verschiedenen Parteien bleibt begrenzt, und keine von ihnen kann bei den Parlamentswahlen vom 14. November 1962 bzw. 5. Juni 1966 Sitze in der Quebecer Nationalversammlung gewinnen.

16 Siehe Jean-Yves CHOUINARD, „Résumé de l'essentiel de la pensée de l'Alliance laurentienne sur l'autodétermination du peuple québécois“, [1977] 66 *L'Action nationale* 422 und Raymond BARBEAU, *J'ai choisi l'indépendance*, Montréal, Éditions de l'Homme, 1961.

17 Zu diesen verschiedenen politischen Parteien siehe Lionel BELLAVANCE, *Les partis indépendantistes québécois*, Montréal, Les Anciens Canadiens, 1973.



Im Vorgriff auf diese letzte Wahl und unter der Leitung ihres neuen Parteichefs, der danach strebt, die Macht von der Liberalen Partei Quebecs durch die Erwägung von Unabhängigkeitsbestrebungen zurückzuerobern,¹⁸ nimmt die Union Nationale ausdrücklich Bezug auf das Recht auf Selbstbestimmung:

1. DIE FRANKOKANADIER BILDEN EINE NATION

Dies ist eine Tatsache, die bereits im letzten Jahrhundert anerkannt wurde. Nach über dreihundert Jahren der Entwicklung ist diese Nation erwachsen geworden und in der Lage, Verantwortung für ihr eigenes Schicksal zu übernehmen, ohne sich mit Hindernissen umgeben zu wollen – ganz im Gegenteil.

2. JEDE NATION HAT DAS RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG

Dies impliziert, dass sie die notwendigen Instrumente für ihre Entwicklung besitzt oder sich selbst gibt, nämlich: Einen Nationalstaat: Ein nationales Gebiet, das ihr Hauptlebensraum ist, Eine Landessprache, die Vorrang vor den anderen hat.¹⁹

Die Union Nationale gewinnt bei den Parlamentswahlen schließlich die Mehrheit der Sitze und bildet eine Regierung, die die Gleichstellung auf die Tagesordnung der Verfassungskonferenzen setzt, die in den folgenden Jahren einberufen werden sollten. Das Scheitern dieser Konferenzen reicht der Regierung der Union Nationale für die Umsetzung eines Unabhängigkeitsprojekts jedoch nicht aus.²⁰

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre konsolidiert sich auch die Unabhängigkeitsbewegung. Wenige Wochen nach der berühmten „Vive le Québec libre“ – Rede des französischen Präsidenten Charles de Gaulle am 24. Juli 1967 verlässt René Lévesque, Quebecs ehemaliger Minister für Bodenschätze und verantwortlich für die Verstaatlichung der Energieversorgung, die Liberale Partei Quebecs. Die Partei lehnte seinen Vorschlag ab, Quebec unabhängig zu machen und gleichzeitig eine Form der Union mit Kanada nach dem Vorbild der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Nordischen Rats und der Benelux-Staaten beizubehalten.²¹

18 Siehe Daniel JOHNSON, *Égalité ou indépendance*, Montréal, Éditions de la Renaissance, 1965. In diesem Essay steht insbesondere Folgendes: „Für Nationen, wie für Individuen, gibt es Grundfreiheiten, die nicht erbettelt werden können und die in keiner Weise kompromittiert oder gehandelt werden können. Das Selbstbestimmungsrecht für die französisch-kanadische Nation ist von dieser Größenordnung. Es ist ein kollektives Erbe, das ich als endgültig erworben betrachte und das ich niemals bereit sein werde, durch Verhandlungen aufs Spiel zu setzen.“: *ibid.*, S. 120.

19 Dieser Auszug aus dem Programm der Union Nationale ist wiedergegeben in Jean-Louis ROY, *Les programmes électoraux du Québec*, Montréal, Éditions Léméac, 1971, Band 2, S. 407.

20 Zu diesen Verhandlungen, siehe Edward MCWHINNEY, *Québec and the Constitution*, Toronto, University of Toronto Press, 1979, *passim*.

21 Siehe René Lévesque, *Un Québec souverain dans une nouvelle Union canadienne*, Montréal, 15 September 1967.

Auf diesen Austritt folgt am 19. November 1967 die Gründung der Bewegung „Mouvement Souveraineté-Association“ [MSA]. Die verfassungsgebende Versammlung nutzt den Schwung, der durch die Generalstände von Französisch-Kanada entstanden war, und verabschiedet am ersten Tag der nationalen Konferenz, die am 24. November 1967 in der Université de Montréal stattfindet, eine Resolution über das Recht auf Selbstbestimmung.²² René Lévesque nimmt im Dezember 1967 im Namen der MSA Verhandlungen mit dem Rassemblement pour l'indépendance nationale [RIN] und dem Ralliement national [RN] im Hinblick auf einen möglichen Zusammenschluss auf. Am 6. Januar 1968 veröffentlicht er einen Aufsatz, in dem er das neue politische Projekt skizziert, das er mit den anderen Mitgliedern der Unabhängigkeitsfamilie vorantreiben möchte, deren Zusammenschluss mit der MSA er befürwortet.²³

Dieses Fusionsprojekt ist erfolgreich und führt zur Gründung der Parti Québécois. Nach der Feststellung, dass die politischen Institutionen des zukünftigen Landes es ermöglichen sollten, authentische Demokratie und staatliche Effizienz miteinander zu versöhnen und im Verhältnis zu anderen Nationen den Geist der Unabhängigkeit und die Notwendigkeit einer offenen und wohlkalkulierten gegenseitigen Abhängigkeit miteinander zu vereinbaren, sind im ersten Programm dieser neuen politischen Formation ihre Ziele wie folgt beschrieben:

Unsere politischen Ziele sind: eine friedliche Erlangung der Souveränität; eine ausreichend flexible Form der Assoziierung mit Kanada; eine Verfassung Quebecs, die ein Gleichgewicht zwischen effektiver Regierung und authentischer Demokratie sicherstellt; eine regionale Dezentralisierung, die von einer kommunalen Konsolidierung begleitet wird; ein Justizsystem, das sowohl dynamisch als auch sozial ist; eine möglichst unabhängige Außenpolitik mit einer engen und friedlichen Zusammenarbeit mit der internationalen Gesellschaft²⁴.



Im Programm heißt es weiter, dass Quebec „die Anerkennung durch andere souveräne Staaten und die Aufnahme in die UNO anstrebt“ und dass es „zu diesem Zweck die notwendigen Bedingungen erfüllt: ein Territorium, eine Bevölkerung,

staatliche Strukturen, das *Recht auf Selbstbestimmung*, die Annahme und Achtung der Forderungen der UNO sowie der internationalen Gesellschaft“.²⁵

Die Parti Québécois zieht bei den Parlamentswahlen am 29. April 1970 mit sieben Abgeordneten in die Nationalversammlung ein und erhält 23,06 % der abgegebenen Stimmen. Bei den darauffolgenden Parlamentswahlen am 29. Oktober 1973 erhält sie 30,22 % der Stimmen und wird mit sechs Abgeordneten zur

22 Der Text dieser Resolution ist nach dem Text der Ansprache von François-Albert ANGERS erstellt, „Déclaration préliminaire sur le droit à l'autodétermination“, [1968] 57 *L'Action nationale* 37, auf S. 42 [online: <http://collections.banq.qc.ca/actionnationale/pdf/1968/02/03/01/1642141968020301.pdf>]. Hier steht Folgendes: Die versammelten Generalstaaten von Französisch-Kanada, KOMMEN ÜBEREIN: dass die Frankokanadier ein Volk von fast sechs Millionen Seelen darstellen, das seine eigene Sprache, Kultur, Institutionen, Geschichte und den Willen gemeinsam zu leben besitzt, dass dieses über ganz Kanada verteilte Volk vor allem in Quebec konzentriert ist, dass dieses Volk in Quebec ein Territorium und einen Staat hat, dessen Institutionen seine Kultur und Mentalität widerspiegeln, dass das Leben und die Entwicklung des frankokanadischen Volkes auf der politischen Autorität, dem wirtschaftlichen Einfluss und dem kulturellen Einfluss von Quebec fußen, UND HALTEN FEST, dass die Charta der Vereinten Nationen die „Achtung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“ verlangt (Artikel 1, Abs. 2); BESTÄTIGEND, DASS: 1° die Frankokanadier eine Nation sind. 2° Quebec das nationale Territorium und das grundlegende politische Umfeld dieser Nation ist. 3° die frankokanadische Nation das Recht auf Selbstbestimmung und auf die freie Wahl des politischen Systems hat, unter dem sie leben wird.

23 Siehe René LÉVESQUE *et al.*, *Option Québec*, Montréal, Les Éditions de l'homme, 1968.

24 Siehe PARTI QUÉBÉCOIS, *La solution : le programme du Parti Québécois*, Montréal, Éditions du Jour, 1970., S. 75 [online: http://classiques.uqac.ca/collection_documents/parti_quebecois/la_solution/la_solution.html]. Der Text weiterer von der Parti Québécois verabschiedeter Programme, die sich systematisch auf das Selbstbestimmungsrecht beziehen, ist auf der Website der Société du patrimoine politique du Québec verfügbar unter <https://www.archivespolitiquesduquebec.com/programmes>.

25 *Ebd.*, S. 77 [die Kursivsetzung erfolgte durch uns].



Wahlen vom 15. November 1976 – Sieg der Parti Québécois und ihres Parteichefs René Lévesque

offiziellen Opposition. Bei den Parlamentswahlen am 15. November 1976 gewinnt die Parti Québécois mit 41,37 % der Wählerstimmen; 71 der 110 Sitze in der Nationalversammlung gehen an sie.²⁶

Die Machtübernahme durch die Parti Québécois öffnet den Weg für eine Unabhängigkeitsinitiative, die sich, wie im *Programm der Parti Québécois*²⁷ und im *Wahlprogramm von 1976*²⁸ festgeschrieben, einerseits auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und andererseits auf die Unterstützung der Quebecer durch ein Referendum stützt. Es ist wichtig, die Maßnahmen der Programme wiederzugeben, die den Prozess der Erlangung der Souveränität beschreiben:

[...] Die Erlangung der Unabhängigkeit

Das *Recht der Völker auf Selbstbestimmung*, d. h. das Recht, ihr eigenes politisches System zu wählen, ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Diese wurde von Kanada selbst unterzeichnet, als es zusammen mit mehr als 130 anderen Ländern auf der ganzen Welt beitrug. Völkerrecht und Landesbrauch stellen die Mechanismen bereit, durch die Völker politische Souveränität erlangen können. Zudem leben die Quebecer wie ihre kanadischen und amerikanischen Nachbarn auch in einem demokratischen System. In dieser Art von System hat das Volk die

26 In den Monaten vor der Wahl am 15. November 1976 wird ein Komitee für das Selbstbestimmungsrecht der Quebecer gegründet. Dieses initiiert eine Petition mit folgendem Wortlaut: „Wir, die Unterzeichnenden, ohne der Option vorzugreifen, die das Volk von Quebec in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts wählen wird, bitten alle Mitglieder des Parlaments, sich im Namen des Volkes von Quebec zusammenzuschließen, um kundzutun: 1) dass das Volk von Quebec Träger von Rechten ist, die allgemein unter dem Prinzip der Gleichberechtigung der Völker und ihrem Recht auf Selbstbestimmung anerkannt sind; 2) dass nur das Volk von Quebec das Recht hat, das politische Regime von Quebec zu wählen. Wir fordern die Nationalversammlung auf zu entscheiden: a) über die Art, den Umfang und die fachlichen Einzelheiten der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung Quebecs; b) dass dieses Recht in der aktuellen Verfassung von Quebec verankert wird. Diese Petition ist die Quelle für den Entwurf des *Gesetzes zur Anerkennung des Rechts auf freie Verfügung der Quebecer Bevölkerung* (Gesetzesentwurf Nr. 194), der am 22. Juni 1978 vom Abgeordneten Fabien Roy in die Nationalversammlung eingebracht wird; siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale du Québec*, 31. Legislatur, 3. Sitzung (14. Dezember 1976 – 12. März 1981), Bd. 20 Nr. 56, S. 2600. Dieser Gesetzesentwurf, dessen Text im Anhang 3 zu diesem Bericht wiedergegeben ist, wurde nicht verabschiedet und mit Auflösung der 31. Legislaturperiode am 12. März 1981 zu den Akten gelegt.

27 Die vollständige Fassung dieses Programms finden Sie unter folgender Webadresse: http://www.poltext.org/sites/poltext.org/files/plateformesV2/Quebec/QC_PL_1975_PQ_fr.pdf.

28 Der vollständige Wortlaut dieses Programms ist hier abrufbar: http://www.poltext.org/sites/poltext.org/files/plateformesV2/Quebec/QC_PL_1976_PQ_fr.pdf.

Macht, durch den Wahlprozess Entscheidungen zu treffen. Durch diesen von allen Seiten akzeptierten demokratischen Prozess kann Quebec nach einer Wahl politische Souveränität erlangen und gleichzeitig freundschaftliche, auf dem Völkerrecht basierende Beziehungen zu seinen Nachbarn und anderen Ländern unterhalten.

Deshalb verpflichtet sich eine Regierung unter der Parti Québécois dazu:

1. unverzüglich den Prozess der Erlangung der Souveränität in Gang zu setzen, indem sie der Nationalversammlung kurz nach ihrer Wahl ein Gesetz vorschlägt mit der Ermächtigung zu Folgendem:

- A Ottawa zu verpflichten, alle Befugnisse an Quebec zurückzugeben, mit Ausnahme derer, die die beiden Regierungen zu Zwecken der wirtschaftlichen Assoziation gemeinsamen Stellen anvertrauen wollen;
- B Zur Erreichung dieses Ziels fachbezogene Gespräche mit Ottawa über die geordnete Übertragung der Zuständigkeit einzuleiten;
- C Vereinbarungen mit Kanada auszuarbeiten, einschließlich der Verteilung von Vermögenswerten und Schulden und des Eigentums an öffentlichen Gütern, in Übereinstimmung mit den üblichen Regeln des Völkerrechts.

2. Für den Fall, dass ein einseitiges Vorgehen nötig wäre, würde sie methodisch die Ausübung aller Befugnisse eines souveränen

Staates übernehmen, wobei die Partei sich zuvor die Unterstützung der Quebecer durch ein Referendum sichern würde.

3. Der Bevölkerung eine nationale Verfassung zu unterbreiten, die von den Bürgern auf Ebene der Grafschaften [comtés] ausgearbeitet und von den Volksdelegierten in einer verfassungsgebenden Versammlung angenommen wird.²⁹

29 Ebd., S. 252 – 253 [die Kursivsetzung erfolgte durch uns].

II

20. Mai 1980

Die Volksbefragung zu Souveränität und
Assoziation: Das erste Referendum über
die Selbstbestimmung

Um die erste große demokratische Beratung über den politischen Status von Quebec einzuleiten, wird die Nationalversammlung zur Umsetzung der Verpflichtung der Parti Québécois aufgefordert, „ein grundlegendes Gesetz über Volksabstimmungen zu verabschieden, welches garantiert, dass die angebotenen Optionen klar und deutlich sowie eindeutig formuliert sind und echter Wahlmöglichkeiten zum Ausdruck bringen und ermöglichen“³⁰. Inspiriert von einem Gesetz, das vom Parlament des Vereinigten Königreichs für das Referendum über den Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft [Gemeinsamer Markt] 1975 verabschiedet wurde³¹, verabschieden die Mitglieder der Nationalversammlung von Quebec das Referendumsgesetz: die *Loi sur la consultation populaire*³².

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes bemüht sich die Regierung unter René Lévesque, den Inhalt eines Gesetzesentwurfs zu Souveränität und Assoziierung zu definieren, über den sie ein Referendum abhalten möchte. Dieser Entwurf fließt in ein Weißbuch, das am 1. November 1979 veröffentlicht wird. Dessen Titel verweist durch die Verwendung der Worte „unter Gleichgestellten“ auf das Prinzip der Gleichheit der Völker. In diesem Weißbuch heißt es, dass die Zeit für freie und demokratische Wahlen gekommen sei³³.

Die Frage, die dem Volk von Quebec gestellt werden soll, enthält auch einen Hinweis auf die „Gleichheit der Völker“. Am 20. Dezember 1979 vorgestellt und am 20. März 1980 von der Nationalversammlung

verabschiedet, lautet sie wie folgt:

Die Regierung von Quebec hat ihren Vorschlag bekannt gemacht, ein neues Abkommen mit dem übrigen Kanada zu erreichen, das auf dem *Prinzip der Gleichheit der Völker basiert*. Dieses Abkommen würde es Quebec ermöglichen, die ausschließliche Zuständigkeit zu erlangen, seine eigenen Gesetze zu machen, seine eigenen Steuern zu erheben sowie seine eigenen Außenbeziehungen zu schaffen, was Souveränität bedeutet, und gleichzeitig eine wirtschaftliche Assoziierung mit Kanada unter Verwendung derselben Währung aufrechtzuerhalten. Keine Änderung des politischen Status, die sich aus diesen Verhandlungen ergibt, darf ohne die Zustimmung der Bevölkerung durch ein weiteres Referendum erfolgen. Erteilen Sie auf dieser Grundlage der Regierung von Quebec das Mandat, das vorgeschlagene Abkommen zwischen Quebec und Kanada auszuhandeln?³⁴

Am Ende einer Referendumskampagne, an der sich der kanadische Premierminister Pierre Elliot Trudeau aktiv beteiligt und in der er den Quebecern einen „Wandel“ verspricht, wenn sie mit NEIN stimmten, erhält das Lager der Unabhängigkeitsbefürworter 40,44 % der Stimmen, während die NEIN-Seite mit 50,56 % der abgegebenen Stimmen gewinnt. Am Ende des Referendums, an dem sich 85,61 % der Wähler beteiligt haben, und eingedenk des Willens der Mehrheit erklärt Premierminister René

30 *Ebd.*, S. 255.

31 Siehe *Referendum Act 1975*, United Kingdom Statutes, 1975, Kpt. 33.

32 Recueil des lois et règlements du Québec [R.L.R.Q.], Kpt. C-64.1. Auszüge aus dem Gesetz sind in Anhang 1 zu diesem Bericht wiedergegeben.

33 GOUVERNEMENT DU QUÉBEC, *La nouvelle entente Québec-Canada: proposition du gouvernement du Québec pour une entente d'égal à égal: la souveraineté-association*, Québec, Éditeur officiel, 1979 [online: <https://www.saic.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie3/Document11.pdf>]. Zu diesem Weißbuch siehe André GAULIN, „Le livre blanc sur la souveraineté-association ou le Canada renégocié“, [1979] 36 Québec français 17 [online: <https://www.erudit.org/en/journals/qf/1979-n36-qf1208689/51331ac.pdf>].

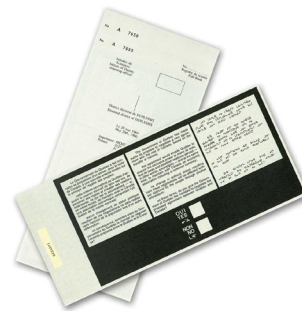
34 In seiner Rede zur Einführung des Themas in der Nationalversammlung erinnert Premierminister René Lévesque daran, dass „das Volk von Quebec seit seiner Geburt vor mehr als 370 Jahren noch nie die Möglichkeit hatte, demokratisch über seine Zukunft abzustimmen. Er fügt hinzu: Was die Regierung den Quebecern vorschlägt, ist, dass sie die volle Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen, und zwar durch eine neue Vereinbarung, die auf der *grundlegenden Gleichheit jedes der Partner* basiert, um das folgende zweifache Ziel zu erreichen: Quebec die ausschließliche Befugnis zu geben, seine eigenen Gesetze zu formulieren und seine eigenen Steuern zu erheben, sowie das Recht, an der Gemeinschaft der Nationen teilzunehmen und gleichzeitig mit Kanada die engen und für beide Seiten vorteilhaften Bindungen einer wirtschaftlichen Assoziierung und einer Währungsunion aufrechtzuerhalten“. Siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale*, 31. Legislatur, 4. Sitzung [6. März 1979 bis 18. Juni 1980], 20. Dezember 1979, Bd. 21 Nr. 85, S. [online: <http://m.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/31-4/journal-debats/19791220/121849.html>] [die Kursivsetzung erfolgte durch uns].

Lévesque nach der Bekanntgabe der Ergebnisse am 20. Mai 1980: „Wenn ich richtig verstanden habe, sagen Sie mir hiermit: bis zum nächsten Mal“.

Am 9. Juni 1980, 20 Tage nach dem Referendum und im Zuge einer Zusammenkunft mit dem kanadischen Premierminister und den Premierministern der anderen kanadischen Provinzen als Auftakt zu einer neuen Runde von Verfassungsverhandlungen, bezieht sich Premierminister René Lévesque mit folgenden Worten auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung Quebecs:

Im Referendum vom 20. Mai machten die Quebecer zum ersten Mal von ihrem *Selbstbestimmungsrecht* Gebrauch. Dieses Referendum wurde demokratisch und rechtmäßig durchgeführt – und es wurde als solches vom übrigen Kanada anerkannt, da der Premierminister Kanadas und die Premierminister mehrerer Provinzen persönlich beteiligt waren. Es wurde ebenfalls von der Völkergemeinschaft anerkannt, die das Referendum mit großem Interesse verfolgte.

Die klare Anerkennung dieses Rechts ist die wertvollste Errungenschaft des Quebecer Referendums. Unabhängig vom Ergebnis ist nun unumstritten, dass Quebec eine eigenständige nationale Gemeinschaft ist, die ihren verfassungsrechtlichen Status ohne Einmischung von außen selbst wählen kann. Die Quebecer können sich für den Verbleib im kanadischen Föderalismus entscheiden, oder aber sie können demokratisch beschließen, daraus auszuschneiden, wenn sie den Eindruck haben, dieses System entspreche nicht länger ihren Bestrebungen und Bedürfnissen. Dieses Recht, das eigene nationale Schicksal zu



Referendum vom 20. Mai 1980 – Stimmzettel

bestimmen, ist das grundlegendste Recht der Quebecer Gemeinschaft.³⁵

Die Niederlage beim Referendum hindert die Parti Québécois nicht daran, die Parlamentswahlen am 13. April 1981 zu gewinnen. Mit 49,26% der Wählerstimmen und damit 80 der 122 Sitze in der Nationalversammlung kann sie eine zweite Amtszeit antreten. Diesen Sieg erlangt sie zu einer Zeit, als die Verhandlungen über die Verfassung in vollem Gange sind und Quebec versucht, seine historischen Forderungen durchzusetzen, insbesondere jene, die auf die Anerkennung seines nationalen Charakters und den Ausbau seiner Autonomie innerhalb der Föderation abzielen.

Das Ergebnis der Verfassungsverhandlungen läutet jedoch Veränderungen ein, die nicht denen entsprechen, welche die Quebecer nach dem gescheiterten Referendum vom 20. Mai 1980 erwarteten. Die Gespräche führen zu einer Einigung zwischen dem kanadischen Premierminister und den Premierministern von neun kanadischen Provinzen über den Inhalt einer Resolution zur Änderung der kanadischen Verfassung, in der eine umfassende Reform der kanadischen Verfassungsordnung vorgeschlagen wird. Dieses Abkommen wird ohne Wissen der Regierung von Quebec in der Nacht vom 4. auf den 5. November 1981 geschlossen. Diese wird seither als „Nacht der langen Messer“³⁶ bezeichnet.

35 Notizen für eine Ansprache René Lévesques anlässlich eines Treffens in Ottawa mit den Premierministern am 9. Juni 1980, wiedergegeben in: GOUVERNEMENT DU QUÉBEC, MINISTÈRE DES AFFAIRES INTERGOUVERNEMENTALES, Commission de la présidence du conseil et de la consultation, *Positions du Québec dans les domaines constitutionnel et intergouvernemental de 1936 à mars 2001*, S. 158 [online: <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie2/ReneLevesque1980.pdf>] [die Kursivsetzung erfolgte durch uns].

36 Zu dieser dunklen Episode in der Geschichte der kanadischen Demokratie und ihrer Beschreibung durch den Premierminister von Quebec, siehe René LÉVESQUE, *Attendez que je me rappelle*, Montréal, Québec/Amérique, 1986.



Referendum vom 20. Mai 1980

Das Abkommen erfüllt in keiner Weise die historischen Forderungen Quebecs, vor allem nicht die nach Anerkennung seines nationalen Charakters und nach mehr Autonomie innerhalb der Föderation. Im Gegenteil, mehrere Elemente der Reform schränken diese Autonomie ein, insbesondere in Bezug auf die Befugnisse Quebecs zur Förderung und zum Schutz der französischen Sprache.³⁷

In den Tagen nach diesem „Coup de Force“ oder sogar „Coup d’État“³⁸ nimmt die Nationalversammlung einen Antrag an, in dem sie an das Selbstbestimmungsrecht Quebecs erinnert:

Die Nationalversammlung von Quebec erklärt unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Quebec und in Ausübung ihres historischen Rechts, an jeder Änderung der kanadischen Verfassung, die die Rechte und Befugnisse von Quebec beeinträchtigen könnte, mitzuwirken

und ihr zuzustimmen, dass sie dem vorgeschlagenen Prozess der „Heimführung“ (Patriation) der Verfassung nur zustimmen könne, wenn dieser die folgenden Bedingungen erfülle:

1. Es muss anerkannt werden, dass die beiden Völker, die Kanada gegründet haben, grundsätzlich gleich sind und dass Quebec innerhalb des kanadischen föderalen Systems eine Gesellschaft bildet, die sich in Sprache, Kultur und Institutionen unterscheidet und die alle Attribute einer eigenständigen nationalen Gesellschaft besitzt; [...].³⁹

Die Regierung Quebecs versucht daraufhin, ihr Recht, sich dieser Reform zu widersetzen und ihre endgültige Verabschiedung zu verhindern, gerichtlich anerkennen zu lassen. Der Oberste Gerichtshof Kanadas verweigert jedoch zweimal die Anerkennung dieses „Vetorechts“, das Quebec über die es betreffenden Verfassungsänderungen zu haben glaubt, da die Richterschaft der

37 Für eine Analyse des Entwurfs dieser Reform lesen Sie Eugénie BROUILLET, *La négation de la nation – L’identité culturelle québécoise et le fédéralisme canadien*, Québec, Septentrion, 2005. Bereits 1984 wurde die Verletzung der sprachlichen Autonomie von Quebec durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Kanada veranschaulicht, der die Bestimmungen über den Zugang zu englischsprachigen Schulen in der Charta der französischen Sprache (*Charte de la langue française*) für ungültig erklärte, da sie im Widerspruch zu Abschnitt 23 der neuen kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten (*Charte canadienne des droits et libertés*) stünden: siehe *Québec (Procureur général) c. Québec Association of Protestant School Boards*, [1984] 2 R.C.S. 66. Nachfolgende Urteile des Obersten Gerichtshofs sollten weitere auf die Sprache der Beschilderung sowie die Unterrichtssprache bezogene Bestimmungen der Charta der französischen Sprache für ungültig erklären, wovon die Urteile in den Fällen *Ford c. Québec (Procureur général)*, [1988] 2 R.C.S. 712, *Devine c. Québec (Procureur général)*, [1988] 2 R.C.S. 790 und *Nguyen c. Québec (Éducation, Loisirs et Sport)*, [2009] 3 R.C.S. 47 zeugen.

38 Siehe Antoine ROBITAILLE, „Point chaud – 1982: Un coup d’État“, *Le Devoir*, 10. April 2012, S. 1.

39 Der vollständige Wortlaut der Resolution ist online verfügbar unter <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie3/Document18.pdf> [die Kursivsetzung erfolgte durch uns]. Für einen Kommentar zu dem Textentwurf, der in diese Resolution aufgenommen wurde, siehe Daniel TURP, „De l’opportunité de proclamer le droit à l’autodétermination du peuple québécois“, dans Daniel TURP, *Le droit de choisir : essais sur le droit du Québec à disposer de lui-même*, Montréal, oben Rdn. 15, S. 297.

Meinung ist, die Zustimmung einer erheblichen Anzahl von Provinzen sei für die Verabschiedung von Änderungen ausreichend und die Zustimmung Quebecs an sich sei nicht erforderlich.⁴⁰ Darüber hinaus wird die Quebecer Regierung bei der Regierung und dem Parlament des Vereinigten Königreichs vorstellig, deren Eingreifen für die Umsetzung der Verfassungsreform und die Heimführung der Verfassung nach Kanada sich als notwendig erwiesen hatte.⁴¹ Auch diese Bemühungen bleiben erfolglos, und die Heimführung wird mit der Proklamation des Verfassungsgesetzes von 1982 (*Loi constitutionnelle de 1982*) am 17. April 1982 Realität.⁴²

In den Jahren nach dieser einseitigen Heimführung der kanadischen Verfassung greift die Regierung unter René Lévesque zu verschiedenen Mitteln, um dem Einfluss jenes *Verfassungsgesetzes von 1982* zu entgehen. Er fügt systematisch in alle Gesetze Quebecs eine Bestimmung ein, die ihre Gesetze vom Einfluss der neuen *Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten* ausnehmen soll.⁴³ Nach dem Sieg der Konservativen Partei Kanadas unter der Führung des Quebecers Brian Mulroney bei den Wahlen am 4. September 1984 und seinem

Versprechen, „die Nationalversammlung davon zu überzeugen, ihre Zustimmung zur neuen kanadischen Verfassung mit Ehre und Enthusiasmus zu geben“⁴⁴, fordert René Lévesque die Parti Québécois auf, „das schöne Risiko einzugehen“⁴⁵. Er erinnert daran, dass die Souveränität „die oberste Versicherungspolice des Volkes“ bleiben soll, und zieht dabei in Erwägung, Quebec in neue Verhandlungen über die Verfassung zu führen. Seine Regierung formuliert am 17. Mai 1985 einen entsprechenden neuen Verfassungsentwurf⁴⁶. In seinem Vorschlag für eine verfassungsrechtliche Übereinkunft, dem *Projet d'Accord constitutionnel*, soll die Regierung dann das Recht auf Selbstbestimmung Quebecs mit den folgenden Worten erneut bekräftigen:

.....

Diese Vorschläge, das sei angemerkt, fügen sich in den föderalen Rahmen der aktuellen Verfassung ein und sollen diesen so verbessern, dass die Quebecer, sofern sie es wünschen, die günstigsten Bedingungen für ihre Entwicklung vorfinden. Selbstverständlich ändern sie in keiner Weise das unveräußerliche Recht des Quebecer Volkes, seine

40 Siehe *Renvoi : Résolution pour modifier la Constitution*, [1981] 1 Rapports de la Cour suprême [R.C.S.] 753 und *Renvoi sur l'opposition du Québec à une résolution pour modifier la Constitution*, [1982] 2 R.C.S. 793.

41 Die Heimführung der Verfassung wird mittels Verabschiedung des Gesetzes *Canada Act 1982*, UK Public General Acts 1982, Kpt. 11, durch das Parlament des Vereinigten Königreichs ermöglicht, dessen französische Fassung mit dem Titel *Loi sur le Canada* in Anhang A aufgeführt ist. In Anhang B findet sich die französische Fassung des Verfassungsgesetzes *Loi constitutionnelle de 1982*, dessen Teil I die *Charte canadienne des droits et libertés* [Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten] umfasst [online: <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1982/11/contents>].

42 Nachfolgende Recherchen sollten die gegen das Prinzip der Gewaltenteilung verstoßende Komplizenschaft zwischen den Richtern des Obersten Gerichtshofs von Kanada, den kanadischen und britischen Behörden bezüglich dieser Heimführung aufzeigen: siehe dazu Frédéric BASTIEN, *La Bataille de Londres. Dessous, secrets et coulisses du rapatriement constitutionnel*, Montréal, Boréal, 2013.

43 Siehe *Loi concernant la Loi constitutionnelle de 1982*, R.L.R.Q., Kpt. L-4.2. Artikel 4 dieses Gesetzes ist auch heute noch in Kraft und sieht vor, dass „die Regierung die in Absatz 1 von Abschnitt 59 des Verfassungsgesetzes von 1982 genannte Proklamation nicht genehmigen darf, ohne zuvor die Zustimmung der Nationalversammlung eingeholt zu haben“. Diese Bestimmung verhindert also, dass die Regierung von Quebec ihre alleinige Zustimmung zur Anwendung von Absatz 1 (a) von Artikel 23 der Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten gibt, wonach jede Person, deren Muttersprache Englisch ist, genauso wie deren Kinder in dieser Sprache unterrichtet werden kann.

44 Dieser Auszug aus der „Sept-Îles-Rede“ von Brian Mulroney vom 6. August 1984 ist in der Rede von Quebecs Premier René Lévesque vom 17. Mai 1985 wiedergegeben, abrufbar unter <https://www.archivespolitiquesduquebec.com/discours/p-m-du-quebec/rene-levesque/allocation-du-premier-ministre-du-quebec-monsieur-rene-levesque-quebec-le-vendredi-17-mai-1985>.

45 Diese Entscheidung seitens René Lévesque führte zum Rücktritt mehrerer Abgeordneter der Parti Québécois, die unabhängige Abgeordnete wurden. Im Namen der Fraktion der unabhängigen Abgeordneten, zusammengeschlossen im Rassemblement démocratique pour l'indépendance (RDI), brachte der Abgeordnete Gilbert Paquette am 15. Mai 1985 in der Nationalversammlung den Gesetzesentwurf zur Anerkennung des Rechts auf freie Verfügung der Bevölkerung von Quebec (*Loi reconnaissant le droit de libre disposition peuple québécois*) ein [Gesetzesvorlage Nr. 191]: siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale du Québec*, 32. Legislatur, 5. Sitzung (19. Mai 1981 – 23. Oktober 1985), Bd. 28, Nr. 60, S. 3550. In einer am selben Tag herausgegebenen Pressemitteilung mit dem Titel „Quebec muss in der Lage sein, über seine politische Zukunft zu entscheiden“ erklärte der Abgeordnete Paquette: „In der neuen Perspektive, in die sich die Regierung von Quebec gestellt hat, und angesichts des schwachen Zustands, in dem sie die Gespräche über die Verfassung führt, würde es die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs bis zum Sommer der Regierung auch ermöglichen darauf zu bauen, dass die Nationalversammlung bei den nächsten Verfassungsgesprächen fordern wird, die kanadische Verfassung das Grundrecht des Volkes von Quebec auf freie Verfügung anzuerkennen. Es geht darum, „die kanadische Verfassung an die Rechte Quebecs anzupassen und nicht umgekehrt, und die Wege in die Zukunft offen zu halten“ (Hervorhebung hinzugefügt). Diese Gesetzesvorlage hat den gleichen Titel und ist inhaltlich identisch mit der Gesetzesvorlage 191, die vom Abgeordneten Fabien Roy am 22. Juni 1978 eingebracht wurde: siehe *Fußnote 27 oben* und Anhang 2. Wie der Gesetzesentwurf von Fabien Roy wurde auch die Vorlage des Abgeordneten Paquette nicht angenommen und mit der Auflösung des 31. Parlaments am 23. Oktober 1985 zu den Akten gelegt.

46 GOUVERNEMENT DU QUÉBEC, *Projet d'accord constitutionnel – Propositions du Gouvernement du Québec* S. 340 [online : <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/Partie3/Document20.pdf>] [im Folgenden *Verfassungsrechtliche Vorlage (Projet d'Accord constitutionnel)*].



Unterzeichnung der Verkündung des Inkrafttretens des *Verfassungsgesetzes von 1982*
Pierre Elliott Trudeau, Premierminister Kanadas und Königin Elisabeth II - 17. April 1982

eigene verfassungsmäßige Zukunft demokratisch zu bestimmen.⁴⁷

Durch diesen Entwurf wird die Anerkennung des Volkes von Quebec zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Beteiligung Quebecs an der neuen konstitutionellen Dynamik. Er enthält die Bedingungen für eine Einigung, darunter die Anerkennung der primären Verantwortung Quebecs für die Rechte und Freiheiten, die Änderung des Verfahrens zur Verfassungsänderung, die Neuordnung der Befugnisse, die Reform der Justizinstitutionen sowie die Notwendigkeit der Fortsetzung der Verhandlungen über die Verfassung.⁴⁸

Obwohl René Lévesque derjenige ist, der dieses Projekt vorantreibt, ist es sein Minister Pierre-Marc Johnson, der es fördert, als er nach dem Rücktritt ihres Gründers Vorsitzender der Parti Québécois wird. Doch bei

den Parlamentswahlen am 2. Dezember 1985 gelangt die Liberale Partei von Quebec erneut an die Macht und drängt die Parti Québécois und ihren neuen Vorsitzenden in die Opposition. Bei dieser Wahl und mit der Unterstützung von 55,99 % der Wähler gewinnt die Liberale Partei von Quebec 99 Sitze und bildet die Regierung, mit der Rückkehr von Robert Bourassa als Premierminister. Der neue Vorsitzende der Parti Québécois wird mit 22 weiteren Parteimitgliedern gewählt und erhält 38,69 % der Stimmen.⁴⁹

Zwischen 1976 und 1985 wurden also fast zehn Jahre der Regierung unter der Parti Québécois dem Streben nach Unabhängigkeit gewidmet, aber auch der Einforderung eines Selbstbestimmungsrechts, das die neue Regierung unter der Liberalen Partei Quebecs ihrerseits durch Einleitung einer Verfassungsreform versuchen sollte geltend zu machen.

47 *Ebd.*, S. 351. In seiner Ansprache vom 17. Mai 1985 bekräftigt der Premier von Quebec dieses Vorgehen: „Natürlich muss dies innerhalb des föderalen Rahmens der gegenwärtigen Verfassung geschehen, aber mit dem Ziel, diese so abzuändern, dass die Quebecer, sofern sie sich dafür entscheiden, die günstigsten Bedingungen für ihre Entwicklung vorfinden. Es versteht sich daher von selbst, dass unsere Vorschläge nichts an dem unveräußerlichen Recht des Quebecer Volkes ändern, seine eigene Zukunft als Nation demokratisch zu bestimmen. [online: <https://www.archivespolitiquesduquebec.com/discours/p-m-du-quebec/rene-levesque/allocation-du-premier-ministre-du-quebec-monsieur-rene-levesque-quebec-le-vendredi-17-mai-1985>].

48 *Ebd.*, S. 353-373.

49 In seiner Eigenschaft als Vorsitzender und nicht ohne in dem auf dem 10. Parteitag der Parti Québécois am 14. Juni 1987 verabschiedeten Programm daran zu erinnern, dass „aus dem Naturrecht zum Völkerrecht eine unveräußerliche und fundamentale Freiheit fließt: das Recht des quebecischen Volkes auf Selbstbestimmung, das seine Handlungen inspiriert und legitimiert und das mit Beständigkeit und Kontinuität geltend gemacht werden muss“, schlug Pierre Marc Johnson vor, durch einen Prozess der „nationalen Bejahung“ zu handeln. Dies wird wie folgt dargestellt: „Quebec, das durch das Ergebnis des Referendums, die einseitige Heimführung der Verfassung und die Wirtschaftskrise in die Defensive geraten ist, muss wieder die Initiative ergreifen. Um dies zu tun und um somit Fortschritte in Richtung Souveränität zu machen, schlagen wir einen stabilen Ansatz der Bejahung der Nation vor, als Instrument des Fortschritts und der Entwicklung für das Volk von Quebec“; siehe PARTI QUÉBÉCOIS, *Programme 1987*, Kapitel 1, Artikel 4 und 5 [online: <https://web.archive.org/web/20120823193641/https://d.pq.org/sites/default/files/Programme1987.pdf>].

III

1985-1992

Die Meech-Lake-Übereinkunft [*Accord du Lac Meech*] und die Konsultation zum Bericht über den Konsens von Charlottetown [*Rapport du consensus de Charlottetown*]: Ein zweites Referendum zum Selbstbestimmungsrecht

In der am 16. Dezember 1985 in der Nationalversammlung von Quebec verlesenen Antrittsansprache erklärt die neue Regierung Quebecs ihre Absicht, „die Verhandlungen mit der Bundesregierung abzuschließen, um auf der Grundlage der bereits genannten Bedingungen der Verfassungscharta von 1982 beizutreten“⁵⁰. Die Regierung wolle sich „für die Entwicklung harmonischer und positiver Beziehungen mit der Bundesregierung und den anderen Regierungen des Landes einsetzen, wobei der entschlossenen Verteidigung der eigenen Interessen von Quebec Vorrang eingeräumt wird“⁵¹.

Quebec sollte damit erneut zum Verteidiger einer föderalen Struktur werden, die mit der Gründung des Dominion von Kanada im Jahr 1867 geschaffen worden war.⁵² Wenn das Prinzip der Autonomie für Quebec bei der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes von 1867 [*Loi constitutionnelle de 1867* oder *Canada Act*] von größter Bedeutung war, dann deshalb, weil es ihm ermöglichen würde, seine Besonderheiten zu bewahren – insbesondere in Bezug auf Sprache und Kultur. Seitdem kämpft Quebec um die Beibehaltung jener Besonderheiten und setzt sich gegen föderale Versuche zur Wehr, die Befugnisse seiner Nationalversammlung zu beschneiden, insbesondere wegen des zentralisierenden Ansatzes des Obersten Gerichtshofs von Kanada bei der Anwendung und Auslegung der Gewaltenteilung.⁵³

Hier sei daran erinnert, dass mehrere Konferenzen zur Debatte über Verfassungsreformen abgehalten

wurden, bevor die Parti Québécois 1976 an die Macht kam. Nachfolgende Regierungen Quebecs hatten Vorschläge unterbreitet, um Quebec mehr Befugnisse nicht nur hinsichtlich Kultur und Sprache, sondern auch in Bezug auf Sozialpolitik und internationale Beziehungen zu geben. Diese Verfassungsreformen hätten, wenn sie angenommen worden wären, Quebec einen Sonderstatus verliehen oder zu einer Form des asymmetrischen Föderalismus geführt. Diese Verhandlungen scheiterten, weil die Regierungen Kanadas und der neun anderen kanadischen Provinzen sich weigerten, auf die Forderungen und Reformvorschläge Quebecs einzugehen, die zu einer verstärkten Zentralisierung der Befugnisse in Ottawa geführt hätten, wie das Scheitern der Verfassungskonferenz der Konföderation im Jahr 1967 und die Weigerung Quebecs, die auf der Konferenz 1971 erstellte Victoria-Charta [*Charte de Victoria*] zu billigen.⁵⁴

In Bezug auf die Heimführung der kanadischen Verfassung von 1982 ohne die Zustimmung Quebecs sollte die neue Regierung der Liberalen Partei Quebecs (Parti libéral du Québec) auf die historischen Rechte Quebecs verweisen und bekräftigen, dass das *Verfassungsgesetz von 1982* für Quebec annehmbar sein könnte, wenn bestimmte Änderungen daran vorgenommen würden. Weiterhin legt sie fünf Bedingungen für die künftige Einhaltung dieses Gesetzes dar:

Quebec hat selbstverständlich keinerlei Einwände dagegen, dass Kanada von London die volle Hoheit über die eigene Verfassung

50 Siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale*, 34. Legislatur, 1. Sitzung [16. Dezember 1985 bis 8. März 1988], Bd. 29, Nr. 1, 16. Dezember 1985 [online: <http://www.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/33-1/journal-debats/19851216/122661.html>].

51 *Ebd.*

52 Obwohl Kanada ein „Bundesstaat“ beziehungsweise eine „Föderation“ ist, wird es gelegentlich immer noch fälschlicherweise als Konföderation bezeichnet: siehe Benoît PELLETIER, „Le Canada n'est pas une confédération !“, *Journal de Québec*, 3. September 2014 [online: www.journaldequebec.com/2014/09/03/le-canada-nest-pas-une-confederation].

53 Für eine detaillierte Analyse dieses zentralistischen Ansatzes siehe Eugénie BROUILLET, „La dilution du principe fédératif et la jurisprudence de la Cour suprême du Canada“, [2004] 45 *Cahiers de droit* 7.

54 Zu diesen verschiedenen Versuchen, die Verfassung Kanadas zu reformieren, siehe Edward MCWHINNEY, *Québec and the Constitution*, Toronto, University of Toronto Press, 1979 und André TREMBLAY, *La réforme de la Constitution au Canada* Montréal, Éditions Thémis, 1995. Ungeachtet des Scheiterns dieser multilateralen Verfassungskonferenzen sei hier darauf hingewiesen, dass die Regierung von Quebec in dieser Zeit eine Reihe von bilateralen Regierungsabkommen mit der Regierung Kanadas unterzeichnete, insbesondere über Altersrenten, postsekundäre Studienstipendien und Einwanderung: siehe hierzu Johanne POIRIER, „Intergovernmental Agreements in Canada: At the Crossroads between Law and Politics“, in: Institute of Intergovernmental Relations, Queen's University, *The State of the Federation 2001-2002*, Montréal-Kingston, McGill-Queen's University Press, 2003, S. 425.

zurückgewonnen hat. Was wir beanstanden, ist, dass diese Heimführung als Vorwand für eine grundlegende Abänderung der kanadischen Verfassung diene, ohne dabei die historischen Rechte Quebecs zu berücksichtigen. Vier Jahre nach der Verkündung des Verfassungsgesetzes von 1982 hat sich Quebec unter einer neuen Regierung diesem Gesetz noch immer nicht angeschlossen. Hier gilt es festzuhalten, dass keine Regierung von Quebec, ungeachtet der politischen Couleur, das Verfassungsgesetz von 1982 in seiner jetzigen Form unterzeichnen könnte. Wenn jedoch bestimmte Änderungen vorgenommen würden, könnte es für Quebec annehmbar sein [...].

Am 2. Dezember 1985 hat uns die Bevölkerung von Quebec ein klares Mandat zur Umsetzung unseres Wahlprogramms erteilt. In diesem sind die wichtigsten Voraussetzungen dafür festgelegt, dass Quebec sich an das Verfassungsgesetz von 1982 hält. Diese Bedingungen sind:

- Die ausdrückliche Anerkennung Quebecs als „société distincte“ (eigenständige Gesellschaft);
- Eine Garantie über umfassendere Befugnisse im Bereich Einwanderung;

- Die Einschränkung der Ausgabenbefugnisse der Bundesebene;
- Die Anerkennung eines *Vetorechts*;
- Die Beteiligung Quebecs an der Ernennung von Richterinnen und Richtern am Obersten Gerichtshof von Kanada.⁵⁵

Verhandlungen werden aufgenommen und ein Entwurf für eine Verfassungsänderung vorgelegt, der diese fünf Bedingungen erfüllt. Dieser wird als Meech-Lake-Übereinkunft [*Accord du Lac Meech*] vorgestellt. Der Entwurf wird am 30. April 1987 vom kanadischen Premierminister Brian Mulroney, dem Premier von Quebec, Robert Bourassa, und den Premierministern der anderen neun kanadischen Provinzen angenommen.⁵⁶ Ein Rechtstext des Abkommens wird am 3. Juni 1987 veröffentlicht, vorgelegt als Gesetzesvorlage zur Verfassungsänderung von 1987 [*Modification constitutionnelle de 1987*]⁵⁷. Dieser Text enthält unter anderem eine Auslegungsregel, „in der Absicht“, dass jede Auslegung der kanadischen Verfassung mit der Anerkennung übereinstimmen muss, dass Quebec eine eigenständige Gesellschaft innerhalb Kanadas ist und dass es die Aufgabe der Legislative und der Regierung von Quebec ist, den eigenständigen Charakter von Quebec zu schützen und zu fördern⁵⁸.

55 Siehe den Text der Rede, die Herr Gil Rémillard, Minister für zwischenstaatliche Angelegenheiten Kanadas, auf diesem Symposium hielt: „Une collaboration renouvelée du Québec et de ses partenaires dans la Confédération“, Mont-Gabriel, 9. Mai 1986, wiedergegeben in *Positions du Québec dans les domaines constitutionnel et intergouvernemental de 1936 à mars 2001*, siehe Fußnote 35 oben, S. 167 [online: <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie2/GilRemillard1986.pdf>].

56 Für den Text des Abkommens vom 30. April 1987 und die gesamte Dokumentation zu dieser Vereinbarung, siehe „Documents du lac Meech“, [19992] 37 *Revue de droit de McGill* 144 [online: <https://lawjournal.mcgill.ca/wp-content/uploads/2018/09/7600838-SpecialSection.pdf>].

57 Der Text der Vorlage zur *Verfassungsänderung von 1987* findet sich in Henri BRUN, Guy TREMBLAY und Eugénie BROUILLET, 6. Ausgabe, Montréal, Éditions Yvon Blais, 2014, S. 1365-1374 und ist online abrufbar unter <https://www.canada.ca/fr/affaires-intergouvernementales/services/federation/accord-constitutionnel-1987.html>.

58 Der Wortlaut von Artikel 1 der Vorlage zur *Verfassungsänderung von 1987* lautet wie folgt:

1. Das *Verfassungsgesetz von 1867* wird durch folgenden Einschub nach Artikel 1 abgeändert:

2. [1] Jede Auslegung der kanadischen Verfassung muss im Einklang erfolgen mit: der Anerkennung, dass die Existenz französischsprachiger Kanadier, die in Quebec konzentriert, aber auch im übrigen Land präsent sind, und englischsprachiger Kanadier, die im übrigen Land konzentriert, aber auch in Quebec präsent sind, ein grundlegendes Merkmal Kanadas ist; der Anerkennung, dass Quebec eine eigenständige Gesellschaft innerhalb Kanadas ist.

[2] Das Parlament von Kanada und die Legislativen der Provinzen haben die Aufgabe, das in Absatz [1][a] genannte grundlegende Merkmal Kanadas zu schützen.

[3] Die Aufgabe der Legislative und der Regierung von Quebec ist es, den in Absatz [1][b] genannten besonderen Charakter von Quebec zu schützen und zu fördern.

[4] Dieser Artikel beeinträchtigt in keiner Weise die Befugnisse, Rechte oder Vorrechte des Parlaments oder der Regierung Kanadas oder der Gesetzgeber oder Regierungen der Provinzen, einschließlich ihrer Befugnisse, Rechte oder Vorrechte in Bezug auf die Sprache.

Zum Zusammenhang zwischen dem Konzept der „eigenständigen Gesellschaft“ und dem Recht auf Selbstbestimmung, siehe Daniel TURP, „La portée de la qualification du Québec comme ‚société distincte‘ ou ‚peuple‘ dans la Constitution du Canada“, S. 307 und „Le caractère distinct et le droit à l’autodétermination“, in Daniel TURP, *Le droit de choisir*, siehe Fußnote 15 oben, S. 307 und 325.



Ansprache vor der Nationalversammlung Quebecs nach der Ablehnung der Meech-Lake-Übereinkunft
Robert Bourassa - Premierminister Québecs - 22. Juni 1990

Gemäß den Bestimmungen des *Verfassungsgesetzes von 1982* unterliegen die darin enthaltenen Änderungen dem Verfahren der einstimmigen Zustimmung und bedürfen zu ihrem Inkrafttreten der Genehmigung von Beschlüssen des Parlaments von Kanada, der Nationalversammlung von Quebec und der gesetzgebenden Versammlungen der anderen neun kanadischen Provinzen. Diese Genehmigung muss innerhalb von maximal drei Jahren nach der ersten Beschlussfassung erfolgen, in diesem Fall am 23. Juni 1990, wegen der ersten Genehmigung des Beschlusses durch die Nationalversammlung am 23. Juni 1987.⁵⁹

Noch ehe das Genehmigungsverfahren beginnt, sollte die Meech-Lake-Übereinkunft jedoch Gegenstand ernsthafter Anfechtungen werden, unter anderem durch die Liberale Partei Kanadas und insbesondere durch ihren ehemaligen Vorsitzenden und Premierminister Pierre Elliot Trudeau.⁶⁰

Im Laufe der nächsten zwei Jahre vervielfachen sich die Einwände, was zur Schwächung des Abkommens führt. Trotz der Empfehlungen eines Sonderausschusses des Unterhauses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Jean Charest⁶¹ und einer Zusammenkunft der Premierminister zur Rettung des Abkommens vom 3. bis 10. Juni 1990 fassen zwei gesetzgebende Versammlungen, die von Manitoba und Neufundland, vor dem Stichtag 23. Juni 1990 keine Beschlüsse, die es ermöglichen würden, die *Verfassungsänderung von 1987* zu proklamieren.⁶²

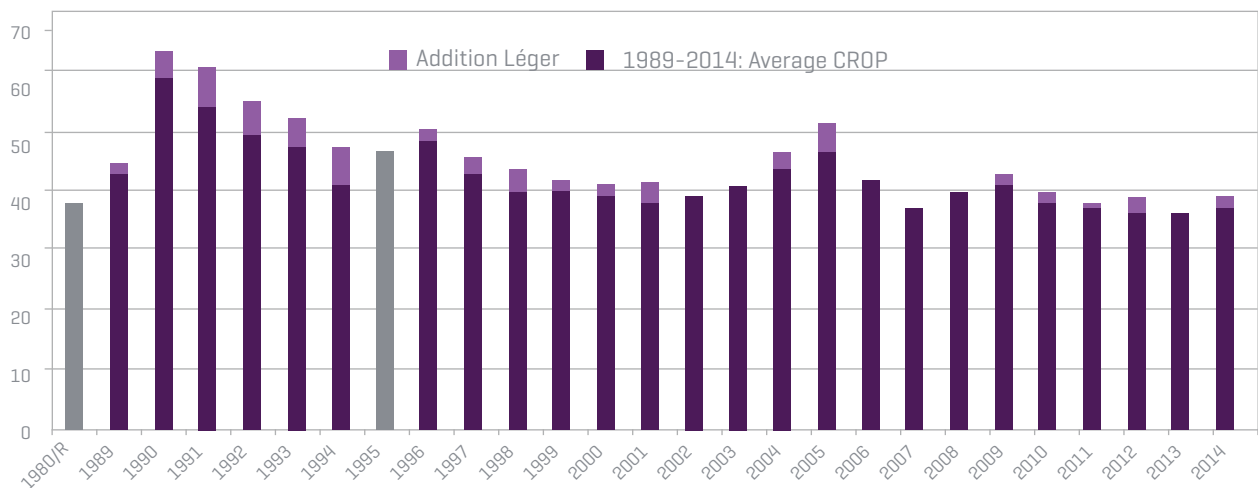
Das Scheitern der Meech-Lake-Übereinkunft gibt Premier Robert Bourassa die Gelegenheit, das Selbstbestimmungsrecht von Quebec zu bekräftigen, indem er an dessen Freiheit und die Fähigkeit, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, appelliert. In einer feierlichen Stellungnahme vor der Nationalversammlung von Quebec erklärt er:

59 Für den Text der Resolution, in der vorgeschlagen wird, dass „die Nationalversammlung die Änderung der Verfassung Kanadas durch eine Proklamation Seiner Exzellenz des Generalgouverneurs unter dem Bundessiegel Kanadas autorisiert“ und die den Text des Entwurfs zur Verfassungsänderung von 1987 [*Modification constitutionnelle de 1987*] umfasst, siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale*. 33. Legislatur, 1. Sitzung [16. Dezember 1985 bis 8. März 1988], 23. Juni 1987, Bd. 29 Nr. 130, S. 9535 – 9540 [online: <http://www.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/33-1/journal-debats/19870623/122969.html>]

60 Siehe Pierre Elliott TRUDEAU, „L'accord du lac Meech rendra le Canada impotent“, *La Presse*, 27. Mai 1987, S. A1, in englischer Fassung veröffentlicht im *Toronto Star* am selben Tag unter dem Titel „Say Goodbye to the Dream of One Canada“ [online: <https://primarydocuments.ca/say-goodbye-to-the-dream-of-one-canada>]. 10. März 1989

61 Siehe CHAMBRE DES COMMUNES DU CANADA, Comité spécial pour examiner le projet de résolution d'accompagnement de l'Accord du Lac Meech, *Rapport*, Ottawa, Imprimeur de la Reine, 1990 – Sonderausschuss zur Untersuchung des Resolutionsentwurfs in Verbindung mit der Meech-Lake-Übereinkunft, dessen Resümee abrufbar ist unter http://bilan.usherbrooke.ca/votes/callisto/dhsp3/lois/Rapport_Charest.html.

62 Für eine Chronologie der Verhandlungen zur Meech-Lake-Übereinkunft, siehe „De la signature à l'échec“, *Le Devoir*, 19. Juni 2010 [online: <https://www.ledevoir.com/politique/canada/291195/de-la-signature-a-l-echec>]. Siehe auch Carol ROGERSON und Katherine SWINTON, *Competing Constitutional Visions: the Meech Lake Accord*, Toronto, Carswell, 1988 sowie Andrew COHEN, *Deal Undone: The Making and Breaking of the Meech Lake Accord*, Toronto, Douglas & McIntyre, 1990.



Umfragen zur Souveränität 1980-2014 - Jahresmittel der CROP-Umfragen [+ lila bei Abweichungen]
 Proportionale Verteilung der unentschlossenen Wähler. 1980 und 1995 wurde jeweils mittels Referendum abgestimmt.

Seit 1985 lautet also die Frage: *What does Canada want?* ...und wir warten immer noch auf die Antwort Kanadas in dieser Hinsicht. Herr Vorsitzender, Englisch-Kanada muss ganz klar verstehen, dass, egal was gesagt oder getan wird, Quebec heute und für immer eine eigenständige Gesellschaft ist, *frei und fähig, ihr Schicksal und ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen*.⁶³

*politique et constitutionnel du Québec*⁶⁵. In Anlehnung an die Terminologie des Artikels 1, die den *internationalen Menschenrechtsabkommen* gemeinsam ist, heißt es im ersten Erwägungsgrund der Präambel, „dass die Quebecer die Freiheit haben, ihr eigenes Schicksal, ihren politischen Status und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu bestimmen“.

Die Ablehnung dieses Abkommens lässt den Wunsch nach Unabhängigkeit in Quebec spürbar größer werden. Umfragen zeigen, dass die Unterstützung für die Souveränität auf dem Höhepunkt ist und fast zwei Drittel der Wähler erreicht, wie die folgende Tabelle verdeutlicht.⁶⁴

Die Bélanger-Campeau-Kommission, benannt nach ihren beiden Ko-Vorsitzenden und zusammengesetzt aus Mitgliedern der Nationalversammlung, aber auch aus Personen aus dem Gewerkschafts-, Wirtschafts-, Genossenschafts-, Bildungs-, Kultur- und Kommunalbereich sowie aus drei Mitgliedern des kanadischen Unterhauses, führt öffentliche Anhörungen in den verschiedenen Regionen Quebecs durch, setzt Anhörungen mit Experten an und sorgt für die Durchführung von Foren zu bestimmten Aspekten des Gegenstands ihres Auftrags, insbesondere zu sozialen, kulturellen, demografischen und regionalen

Zur Untersuchung der Optionen, die Quebec nunmehr zur Verfügung stehen, verabschiedet die Nationalversammlung das Gesetz zur Einsetzung der Kommission für die politische und verfassungsrechtliche Zukunft von Quebec (*Loi instituant la commission sur l'avenir*

63 Siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale*, 34. Legislatur, 1. Sitzung, [28. November 1989 bis 18. März 1992], Bd. 31, Nr. 62, 22. Juni 1990 [online: <http://www.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/34-1/journal-debats/19900622/63259.html>] [die Kursivsetzung erfolgte durch uns]. In seiner „Botschaft des Premierministers von Quebec an die Bevölkerung [...] nach dem Scheitern des Abkommens von Meech Lake, 23. Juni 1990“, fügte Robert Bourassa hinzu: „Kurz gesagt, Quebec hat die Freiheit, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aber es muss seine Wahl realistisch, besonnen und überlegt treffen. Was mich betrifft, so kann ich Ihnen versichern, dass ich mich nur von den besten Interessen des Volkes von Quebec leiten lassen werde“; siehe *Positions du Québec dans les domaines constitutionnel et intergouvernemental, de 1936 à mars 2001*, siehe Fußnote 35 oben, S. 184 [online: <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie2/RobertBourassa1990-2.pdf>].

64 Siehe Jean-François LISÉE, *L'appui à la souveraineté : état des lieux*, 29. April 2014 [online: <https://jffisee.org/lappui-a-la-souverainete-etat-des-lieux>].

65 Lois du Québec [L.Q.], 1990, Kpt. 34 [online: http://www.bibliotheque.assnat.qc.ca/DepotNumerique_v2/AffichageFichier.aspx?idf=86733]



DÉPÔT DU RAPPORT DE LA COMMISSION BÉLANGER-CAMPEAU 27 MARS 1991

Entwicklungsaspekten. Mehrere der Präsentationen und Studien der von der Kommission angefragten Fachleute befassen sich mit dem Recht auf Selbstbestimmung in Quebec.⁶⁶

Die Bélanger-Campeau-Kommission legt am 27. März 1991 ihren Bericht vor⁶⁷ und gibt gemäß ihrem Mandat Empfehlungen zum politischen und verfassungsrechtlichen Status von Quebec ab. Zuvor erinnert sie daran, dass Quebec eine moderne Gesellschaft mit einer eigenen Identität ist, legt eine Analyse der Defizite der bisherigen Entwicklung vor und unterbreitet zwei mögliche Lösungen. Diese fasst sie wie folgt zusammen:

Um aus der Sackgasse herauszufinden und seinen verfassungsmäßigen politischen Status neu zu definieren, hat Quebec nur zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ist, dass Quebec versucht, die Akzeptanz einer Neudefinition seines Status innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens der kanadischen Föderation zu erreichen. Diese Möglichkeit impliziert, dass

seine Einbindung in das politische System beibehalten, aber fundamental umgestaltet wird. Eine zweite Option wäre, dass Quebec aus dem verfassungsrechtlichen Rahmen der kanadischen Föderation ausscheidet, mit oder ohne Zustimmung der anderen Teile Kanadas, mit dem Ziel, die volle politische Souveränität zu erlangen und ein vom kanadischen Staat unabhängiger Staat zu werden, der für die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit letzterem offen ist.⁶⁸

Hinsichtlich der zweiten Option wirft die Kommission die Frage des Selbstbestimmungsrechts auf, ohne dabei diesen Begriff zu verwenden. Dafür nähert sie sich dem Thema unter dem Blickwinkel der demokratischen Meinungsäußerung und der politischen Legitimität und stellt fest:

In der kanadischen Verfassung wird das Recht einer Provinz auf Abspaltung, d. h. aus der Föderation auszutreten, nicht erwähnt. Der demokratische Ausdruck eines klaren Willens der Bevölkerung, sich als unabhängiger Staat zu

66 Siehe José WOEHLING, *Les aspects juridiques de la redéfinition du statut politique et constitutionnel du Québec* und Daniel TURP, *Exposé-réponse [Options d'avenir politique et constitutionnel pour le Québec]*, 18. Dezember 1990 und deren Texte, wiedergegeben in [1991-1992] 7 *Revue québécoise de droit international* 12 und 141.

67 COMMISSION SUR L'AVENIR POLITIQUE ET CONSTITUTIONNEL DU QUÉBEC, *Bericht*, 27. März 1991 [im Folgenden „Bericht der Bélanger-Campeau-Kommission“ (*Rapport de la Commission Bélanger-Campeau*)] [online: https://www.bibliotheque.assnat.qc.ca/DepotNumerique_v2/AffichageFichier.aspx?idf=45126]. Für eine Zusammenfassung der Arbeit der Kommission siehe Alain-G. GAGNON und Daniel LATOUCHE (Hrsg.), *Allaire, Bélanger, Campeau et les autres - Les Québécois s'interrogent sur leur avenir*, Montréal, Québec-Amérique, 1991 [online: http://classiques.uqac.ca/contemporains/gagnon_alain_g/allaire_belanger_campeau_et_al/allaire_belanger_campeau_et_al.html].

68 *Bericht der Bélanger-Campeau-Kommission*, S. 52.

konstituieren, in Verbindung mit der Verpflichtung Quebecs, die Prinzipien der internationalen Rechtsordnung zu achten, würde die Grundlage für die politische Legitimität von Quebecs Schritt in Richtung Souveränität bilden.⁶⁹

Die Empfehlungen der Bélanger-Campeau-Kommission bestehen darin, im Frühjahr 1991 die Verabschiedung eines Gesetzes vorzuschlagen, das den Prozess zur Bestimmung der politischen und verfassungsmäßigen Zukunft Quebecs festlegt. Bei der Beschreibung des Inhalts legt sie dar, dass dieses Gesetz „drei Abschnitte enthalten soll, nämlich eine Präambel, einen ersten Teil betreffend die Durchführung eines Referendums über die Souveränität Quebecs sowie einen zweiten Teil hinsichtlich eines Angebots einer neuen Verfassungspartnerschaft“⁷⁰.

Die Nationalversammlung folgt den Empfehlungen und verabschiedet am 20. Juni 1991 das Gesetz über das Verfahren zur Festlegung der politischen und verfassungsmäßigen Zukunft Quebecs [*Loi sur le processus de détermination de l'avenir politique et constitutionnel du Québec*]⁷¹. Wie im Gesetz, mit dem die Bélanger-Campeau-Kommission eingesetzt wurde und in dem deren Empfehlung zum Inhalt der Präambel aufgegriffen wird, heißt es im zweiten Erwägungsgrund dieses Gesetzes, „dass die Quebecer die Freiheit haben, ihr eigenes Schicksal, ihren politischen Status und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu bestimmen“.

Die ersten sechs Abschnitte des Gesetzes, in denen ein Referendum über die Souveränität und die Einsetzung zweier parlamentarischer Sonderkommissionen vorgesehen sind, eine Kommission zur Untersuchung von Fragen im Zusammenhang mit Quebecs Erlangung der Souveränität sowie eine Kommission

zur Prüfung eines gegebenenfalls vorgelegten Angebots einer neuen Partnerschaft mit verfassungsrechtlichem Charakter, sind es wert, zitiert zu werden:

KAPITEL I

REFERENDUM ÜBER DIE SOUVERÄNITÄT

1. Die Regierung von Quebec hält zwischen dem 8. und 22. Juni 1992 oder zwischen dem 12. und 26. Oktober 1992 ein Referendum über die Souveränität von Quebec ab.

Das Ergebnis des Referendums – sollte für die Souveränität gestimmt werden – hätte zur Folge, dass Quebec auf den Tag genau ein Jahr nach dem Datum des Referendums den Status eines souveränen Staates erhält.

KAPITEL II

KOMMISSION ZUR UNTERSUCHUNG VON FRAGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER SOUVERÄNITÄT QUEBECS

2. Unter der Aufsicht der Nationalversammlung wird ein besonderer parlamentarischer Ausschuss, die Kommission zur Untersuchung von Fragen im Zusammenhang mit der Souveränität Quebecs [*Commission d'étude des questions afférentes à l'accession du Québec à la souveraineté*] eingerichtet.

3. Die Kommission hat den Auftrag, alle Fragen zu untersuchen und zu analysieren, die mit der Erlangung der vollen Souveränität Quebecs zusammenhängen, d. h. mit der ausschließlichen Fähigkeit Quebecs, durch seine demokratischen Institutionen eigene Gesetze zu erlassen, auf seinem Territorium eigene Steuern zu erheben und auf internationaler Ebene zu handeln, um alle Arten von Abkommen oder Verträgen mit anderen unabhängigen Staaten abzuschließen und sich an verschiedenen internationalen Organisationen

69 Ebd., S. 59.

70 Ebd., S. 89.

71 L.Q. 1991, Kpt. 34.

zu beteiligen; diese Kommission gibt der Nationalversammlung diesbezügliche Empfehlungen. Sie hat zudem das Mandat, für den Fall, dass die Regierung Kanadas ein formelles Angebot für eine Wirtschaftspartnerschaft macht, ein solches Angebot zu untersuchen und zu analysieren und der Nationalversammlung diesbezügliche Empfehlungen zu unterbreiten.

KAPITEL III PRÜFUNGSKOMMISSION FÜR JEDWEDES ANGEBOT EINER NEUEN PARTNERSCHAFT MIT VERFASSUNGSCHARAKTER

4. Es wird ein parlamentarischer Sonderausschuss unter der Aufsicht der Nationalversammlung eingerichtet, der als „Prüfungskommission für jedwedes Angebot einer neuen Partnerschaft mit Verfassungscharakter“ bezeichnet wird.
5. Die Kommission hat den Auftrag, jedwedes Angebot der kanadischen Regierung an die Regierung Quebecs für eine neue Verfassungspartnerschaft zu bewerten und der Nationalversammlung diesbezügliche Empfehlungen zu unterbreiten.
6. Um von der Kommission in Betracht gezogen zu werden, muss jegliches Angebot einer neuen verfassungsmäßigen Partnerschaft an die Regierung von Quebec für die Regierung von Kanada und die anderen Provinzen formell bindend sein.

In den folgenden Monaten soll die Kommission zur Untersuchung von Fragen im Zusammenhang mit der Souveränität Quebecs die von der Bélanger-Campeau-Kommission in Vorbereitung des Referendums 1992 durchgeführten Untersuchungen weiterentwickeln. Mehrere dieser Entwürfe befassen sich mit der Frage des Selbstbestimmungsrechts Quebecs⁷² und werden in den Berichtsentwurf der Kommission⁷³ aufgenommen. Im Abschnitt über die Attribute eines souveränen Quebecs beleuchtet der Berichtsentwurf das „Volk von Quebec“ und stellt fest:

Im Laufe der Jahre ist den Quebecern bewusst geworden, dass sie ein Volk bilden, eine eigene nationale Gemeinschaft. Außerdem hat sich ein breiter Konsens über die Beschaffenheit der Quebecer Bevölkerung entwickelt: Alle, die in Quebec leben, sind Quebecer. Wenn die Quebecer aufgerufen sind, über ihre politische und verfassungsrechtliche Zukunft zu entscheiden, sind in der Tat alle zur Wahl aufgerufen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Sprache. Die Quebecer bilden eine moderne, multiethnische Gemeinschaft, die auf gemeinsamen Werten, einer gemeinsamen Kommunikationssprache und der Teilnahme am Gemeinschaftsleben basiert.⁷⁴

Was die Entwicklung im Hinblick auf die Folgen der Umsetzung der Souveränität betrifft wird, wie auch im Bericht der Bélanger-Campeau-Kommission, die Frage des Selbstbestimmungsrechts nicht direkt angesprochen, sondern wiederum aus der Perspektive des Willens der Bevölkerung und der demokratischen Tradition:

72 Siehe Daniel TURP, [Präsentation/Antwort] [Processus d'accèsion à la souveraineté], dessen erster Teil sich mit dem Selbstbestimmungsrecht befasst [online: http://www.bibliotheque.assnat.qc.ca/DepotNumerique_v2/AffichageFichier.aspx?idf=46291] und Stephen A. SCOTT, *Autodétermination, sécession, division, légalité : observations* [online: http://www.bibliotheque.assnat.qc.ca/DepotNumerique_v2/AffichageFichier.aspx?idf=46015]. Beide Texte wurden 2002 aktualisiert und sind betreffend Daniel Turp abrufbar unter <http://www.saic.gouv.qc.ca/documents/institutions-constitution/commission-accession-souverainete/QA-22-%20DanielTurp.pdf> bzw. der Text Stephen Scotts unter <http://www.saic.gouv.qc.ca/documents/institutions-constitution/commission-accession-souverainete/QA-13-StephenAScott.pdf>. Siehe auch Thomas M. FRANCK, Rosalyn HIGGINS, Alain PELLET, Malcolm N. SHAW und Christian TOMUSCHAT, *L'intégrité territoriale du Québec dans l'hypothèse de l'accèsion à la souveraineté*, 1991 [online: http://www.bibliotheque.assnat.qc.ca/DepotNumerique_v2/AffichageFichier.aspx?idf=46013].

73 COMMISSION D'ÉTUDE DES QUESTIONS AFFÉRENTES À L'ACCESSION DU QUÉBEC À LA SOUVERAINÉTÉ, *Berichtsentwurf – Arbeitsdokument*, 16. September 1992 [online: http://www.bibliotheque.assnat.qc.ca/DepotNumerique_v2/AffichageFichier.aspx?idf=46311].

74 Ebd., S. 10.

Auch hier ist es wichtig zu beachten, dass selbst im Falle einer Verfassungsänderung, die eine Sezession autorisiert, die Souveränität von Quebec nicht durch die kanadische Verfassung oder durch ein Abkommen zwischen Quebec und Kanada übertragen werden würde. Vielmehr würde sie auf dem Willen der Bevölkerung Quebecs beruhen, und nur normative Akte, die sich aus diesem Willen ableiten, hätten ab dem Tag des Beitritts zur Souveränität Wirkung auf dem Territorium Quebecs.

Darüber hinaus gibt die lange demokratische Tradition Kanadas und Quebecs Grund zur Annahme, dass weder die Nationalversammlung noch das kanadische Parlament versuchen würden, dem Territorium von Quebec eine verfassungsmäßige Ordnung aufzuerlegen, die gegen den Willen des Volkes von Quebec verstößt.⁷⁵

Dieser Bericht sollte jedoch im Entwurfsstadium bleiben, da die Regierung von Quebec die Verhandlungen mit der Regierung von Kanada und den Regierungen der neun anderen kanadischen Provinzen wieder aufnahm. Nach seiner Entscheidung, den Weg der Verfassungspartnerschaft einzuschlagen, und sich im August 1992 an den von der Regierung Kanadas mit den Regierungen

der neun anderen kanadischen Provinzen geführten Gesprächen zu beteiligen, nimmt Premier Robert Bourassa an einer Reihe von Treffen teil, die am 28. August zur Verabschiedung des *Berichts über den Konsens von Charlottetown* führen.⁷⁶ Der Inhalt dieses Dokuments basiert auf einem Bericht des Gemeinsamen Sonderausschusses zur Erneuerung Kanadas (*Comité mixte spécial sur le renouvellement du Canada*), der als Ausgangspunkt für Gespräche zwischen Vertretern der Regierungen Kanadas, der neun anderen Provinzen, der drei Territorien und der indigenen Völker diente – in Abwesenheit von Quebec. Dieser Bericht enthält Vorschläge zur Änderung der kanadischen Verfassungsgesetze, um die gleichen Bedingungen zu erfüllen, die von der Bourassa-Regierung nach der Ablehnung der Meech-Lake-Übereinkunft aufgestellt wurden, aber auch um den Status der Urbevölkerung Kanadas zu regeln und eine grundlegende Reform des Senats von Kanada vorzusehen.

Anders als beim Entwurf der Verfassungsänderung von 1987 [*Modification constitutionnelle de 1987*], mit dem die Meech-Lake-Übereinkunft in eine juristische Fassung gegossen wurde, soll der Entwurf der Verfassungsänderung von 1992 [*Modification constitutionnelle de 1992*]⁷⁷ nicht zur Folge haben, dass dem Parlament von Kanada, der Nationalversammlung von

75 Ebd., S. 70–71.

76 Der vollständige Wortlaut dieses Berichts ist online verfügbar unter <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie3/Document27.pdf>. Zur Kehrtwende von Premier Bourassa, siehe die beiden Aufsätze von Jean-François LISÉE, *Le tricheur. Robert Bourassa et les Québécois 1990–1991*, Montréal, Boréal, 1994 und *Le naufrageur. Robert Bourassa et les Québécois 1991–1992*, Montréal, Boréal 1994, wovon eine gekürzte und überarbeitete Fassung unter dem Titel *Le petit tricheur* veröffentlicht wurde, Montréal, Éditions Québec, Amérique, 2012.

77 Der vollständige Wortlaut dieses Entwurfs ist verfügbar unter <http://bilan.usherbrooke.ca/votes/callisto/dhsp3/lois/Chalottetown.html>. Die Auslegungsvorschrift, die sich auf Quebec als eigenständige Gesellschaft (*société distincte*) bezieht, wurde wie folgt geändert:

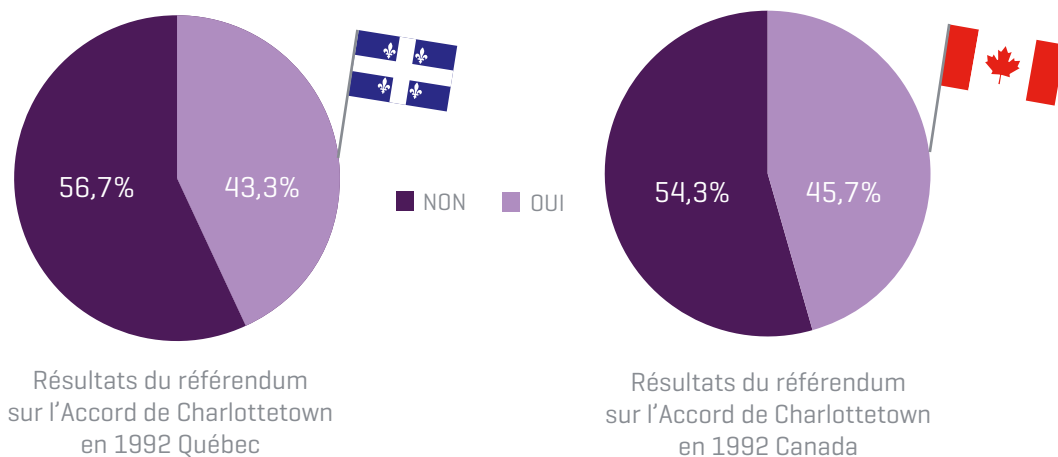
1. Das Verfassungsgesetz von 1867 wird durch folgende Hinzufügung nach Artikel 1 geändert:

2. [1] Jedwede Auslegung der Verfassung Kanadas, insbesondere der Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten, muss mit den folgenden Grundmerkmalen übereinstimmen:

- a) der Tatsache, dass Kanada eine Demokratie ist, die sich zu einem parlamentarischen und föderalen Regierungssystem und zur Rechtsstaatlichkeit bekennt;
- b) der Tatsache, dass die indigenen Völker Kanadas als die ursprünglichen Herrscher des Landes das Recht haben, ihre Sprachen, Kulturen und Traditionen zu fördern und die Integrität ihrer Gesellschaften zu gewährleisten, und dass ihre Regierungen eine der drei Regierungsordnungen in Kanada bilden;
- c) der Tatsache, dass Quebec eine eigenständige Gesellschaft innerhalb Kanadas ist, mit einer französischsprachigen Mehrheit, einer einzigartigen Kultur und einer zivilrechtlichen Tradition;
- d) dem Engagement der Kanadier und ihrer Regierungen für die Entfaltung und Entwicklung der offiziellen Sprachminderheitengemeinschaften in ganz Kanada;
- e) dem Engagement der Kanadier für die Gleichheit der Abstammungen und Ethnien in einer Gesellschaft, die Menschen verschiedenster Herkunft einschließt, deren Beitrag zum Aufbau eines starken Kanadas dessen kulturelle Vielfalt der Völker widerspiegelt;
- f) der Verpflichtung der Kanadier zur Achtung der individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten;
- g) dem Bekenntnis der Kanadier zum Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter;
- h) der Tatsache, dass die Kanadier das Prinzip der Gleichheit der Provinzen bestätigen, und gleichzeitig deren Vielfalt respektieren.

[2] Die Legislative und die Regierung von Quebec haben die Aufgabe, die eigenständige Gesellschaft zu schützen und zu fördern.

[3] Nichts im vorliegenden Artikel hebt die Befugnisse, Rechte oder Privilegien des Parlaments oder der Regierung Kanadas, der Legislativen oder Regierungen



Quebec und den Legislativen der übrigen neun kanadischen Provinzen Entschließungen vorgelegt werden. Stattdessen wird der *Bericht über den Konsens von Charlottetown* der Öffentlichkeit zur Abstimmung vorgelegt, mit der Aufforderung folgende Frage zu beantworten: „Sind Sie damit einverstanden, dass die Verfassung Kanadas auf der Grundlage der am 28. August 1992 erzielten Einigung erneuert werden sollte?“.

Um den Quebecern und Quebecerinnen die Möglichkeit zur Beantwortung dieser Frage zu geben, verabschiedet die Nationalversammlung am 8. September 1992 das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren zur Festlegung der politischen und verfassungsmäßigen Zukunft von Quebec [*Loi modifiant la Loi sur le processus de détermination de l'avenir politique et constitutionnel du Québec*⁷⁸]. Die Verabschiedung eines solchen Gesetzes ist notwendig, damit es bei dem anstehenden Referendum nicht mehr um die Souveränität geht, wie ursprünglich geplant. Artikel 1 des Gesetzes in seiner geänderten Fassung

besagt zudem, dass „die Regierung von Quebec spätestens am 26. Oktober 1992 ein Referendum über die Vereinbarung über eine neue Partnerschaft verfassungsrechtlicher Art abhalten wird, die aus den im August 1992 abgehaltenen Verfassungsverfassungen hervorgegangen ist“.

Während die Bevölkerung von neun kanadischen Provinzen und drei Territorien am 26. Oktober 1992 zu einer Abstimmung aufgerufen ist, die gemäß einem vom Bundesparlament verabschiedeten Referendumsgesetz abgehalten wird – in diesem Fall dem *Referendum Act*⁷⁹ –, ist die Tatsache interessant, dass das Referendum in Quebec am 26. Oktober 1992 unter einem eigenen Referendumsgesetz [*Loi sur la consultation populaire*] erfolgt. In zwei getrennten Urnen gängen lehnen 57,6 % der Wählerinnen und Wähler in Quebec die Reform der Verfassung Kanadas auf Grundlage der am 28. August 1992 erzielten Einigung ab. 54,3 % der Wähler im übrigen Kanada stimmen dagegen.⁸⁰

der Provinzen oder der gesetzgebenden Organe oder Regierungen der Urvölker Kanadas auf oder weicht davon ab, einschließlich ihrer Befugnisse, Rechte oder Privilegien in Bezug auf die Sprache.

[4] Selbstverständlich hebt nichts in diesem Artikel irgendwelche Rechte – ob überliefert oder vertraglich eingeräumt – der Ureinwohner Kanadas auf oder weicht davon ab.

Zur Tragweite dieser neuen Klausel, die einen Verweis auf Quebec als eigenständige Gesellschaft beinhaltet, siehe Henri BRUN, Ghislain OTIS, Jacques-Yvan MORIN, Daniel TURP, José WOEHLING, Daniel PROULX, William SCHABAS und Pierre PATENAUDE, „La clause relative à la société distincte du Rapport du consensus sur la Constitution : un recul pour le Québec“, in Alain-G. GAGNON und Daniel TURP, *Référendum, 26 octobre 1992 – Les objections de 20 spécialistes aux offres fédérales*, Montréal, Éditions Saint-Martin, 1992, S. 53.

78 L.Q. 1992, Kpt. 47 [online: <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie3/Document28.pdf>]

79 Revidierte Gesetze Kanadas, Lois du Canada [L.C.], 1992, Kpt. 30, eingefügt in die Lois révisées du Canada [L.R.C.], c. R-4.7 [online: <https://laws-lois.justice.gc.ca/fra/lois/r-4.7>].

80 Zum *Bericht über den Konsens von Charlottetown* und den Referenden vom 26. Oktober 1992, siehe Kenneth MCROBERTS und Patrick MONAHAN (Hrsg.), *The Charlottetown Accord, the Referendum and the Future of Canada*, Toronto, University of Toronto Press, 1993.



Gründung des Bloc Québécois 1991

Die Durchführung eines separaten Referendums in Quebec veranschaulicht erneut das Recht Quebecs, seinen politischen Status durch Anwendung eigener Gesetze mittels Volksbefragung frei zu bestimmen. Die Entscheidung der Quebecerinnen und Quebecer, am 26. Oktober 1992 den im *Bericht über den Konsens von Charlottetown* vorgeschlagenen Verfassungsänderungen nicht zuzustimmen, stellt letztlich einen weiteren Akt der Selbstbestimmung durch die Bevölkerung von Quebec dar.

Nach der Ablehnung dieser beiden Versuche einer Verfassungsreform sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rückkehr der Separatisten gegeben. Tatsächlich führt die Ablehnung der Meech-Lake-Übereinkunft und des Berichts über den Konsens von Charlottetown zur Gründung und zum Aufstieg einer neuen Unabhängigkeitspartei auf Bundesebene. Mit dem Ziel, die Unabhängigkeit Quebecs im kanadischen

Parlament zu fördern, wählt der Bloc Québécois unter der Führung des ehemaligen konservativen Ministers Lucien Bouchard noch im selben Jahr mit Gilles Duceppe seinen ersten Abgeordneten ins Parlament, der später sein Vorsitzender werden sollte. Der Bloc Québécois zeichnet sich bei den kanadischen Parlamentswahlen 1993 dadurch aus, dass er 49,3 % der abgegebenen Stimmen erhält. Er gewinnt 54 der 75 Sitze Quebecs im kanadischen Unterhaus, was ihm die Bildung der offiziellen Opposition ermöglicht.

Dieses Ergebnis ist ein Vorläufer für einen weiteren Sieg der Unabhängigkeitsbewegung, und zwar jenen der Parti Québécois unter der Führung von Jacques Parizeau. Dieser sorgt bei den Wahlen vom 12. September 1994 für eine Mehrheit der Abgeordneten in der Nationalversammlung von Quebec und verspricht, innerhalb des ersten Jahres seiner Amtszeit ein neues Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten.

IV

30. Oktober 1995

Die Volksbefragung zu Souveränität und
Partnerschaft: Ein drittes Referendum
über die Selbstbestimmung

Nachdem Premier Jacques Parizeau in seiner Antrittsrede daran erinnert hatte, dass „die größte politische Entscheidung, die ein Volk treffen kann, die über die Erlangung der Souveränität [ist]“⁸¹, leitet er ein zweites Verfahren ein, das darauf abzielt, Quebec zu einem vollwertigen Mitglied der Völkergemeinschaft zu machen. Dazu legt er der Nationalversammlung am 6. Dezember 1994 einen Vorentwurf für ein Gesetz betreffend die Souveränität von Quebec vor [*Loi sur la souveraineté du Québec*]⁸². Dieser Vorentwurf enthält Bestimmungen zur Souveränität, zur wirtschaftlichen Assoziation, zur neuen Verfassung, zum Territorium, zur Staatsbürgerschaft, zur Währung, zu Verträgen, zu internationalen Bündnissen, zur Kontinuität der Gesetze und zur Aufteilung von Staatsvermögen und Schulden. Die Frage an die Quebecer und Quebecerinnen ist hierin ebenfalls gestellt: „Sind Sie für das verabschiedete Gesetz zur Erklärung der Souveränität? JA oder NEIN“.

Gleichzeitig leitet Premier Parizeau einen Konsultationsprozess ein. In diesem fordert er die Bevölkerung auf, sich an der Ausarbeitung einer Präambel in Form einer Souveränitätserklärung zu beteiligen. Er erlässt eine Reihe von Verordnungen, mit denen er 16 regionale Kommissionen, eine Jugendkommission und eine Seniorenkommission einrichtet. Deren Aufgabe ist es, Befragungen durchzuführen und Schriftsätze zum Inhalt des Gesetzentwurfs zu prüfen. Diese Konsultationen finden im Januar und Februar 1995 statt, gefolgt von der Arbeit der Nationalen Kommission zur Zukunft von Quebec. Diese hat den Auftrag, alle Konsultationen zusammenzufassen und Empfehlungen zum Inhalt des zukünftigen Gesetzes betreffend die Souveränität von Quebec [*Loi sur la souveraineté du Québec*] zu geben.

In einem am 19. April 1995 an Premierminister Jacques Parizeau übermittelten Bericht äußert sich die Nationale Kommission erfreut über die Durchführung der größten öffentlichen Konsultation in der Geschichte Quebecs.⁸³ Im Rahmen dieser Konsultation, die als so genannter „Winter des Wortes“ („*Hiver de la parole*“) bezeichnet wird, unterstützten 55.000 Bürger die Arbeit der Kommissionen, 435 öffentliche Aktivitäten wurden organisiert, 5.500 Schriftsätze vorgelegt und 5.000 mündliche und schriftliche Interventionen von 288 Kommissionsmitgliedern gehört und verlesen, die meisten davon aus der Zivilgesellschaft.

In Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht weist der Bericht der Nationalen Kommission darauf hin, dass der Entwurf der Präambel oder „Souveränitätserklärung“ auf großes Interesse gestoßen und Gegenstand mehrerer Vorschläge für Inhalt und Formulierung gewesen sei. Zu diesen Vorschlägen gehörte, dass die Erklärung zunächst die rechtmäßige Ausübung des *Selbstbestimmungsrechts Quebecs*⁸⁴ proklamieren sollte. Die Kommission stellt auch fest, dass „die wichtigsten von den Befragten für eine Souveränitätserklärung vorgeschlagenen Ziele folgende sind: die Bestätigung der Existenz des Volks von Quebec, dessen *Recht auf Selbstbestimmung* und sein Wunsch, seinen rechtmäßigen Platz in der Gemeinschaft der souveränen Staaten einzunehmen.“⁸⁵

In ihren Empfehlungen schlägt die Nationale Kommission zur Zukunft Quebecs zwar nicht vor, einen expliziten Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht in den Entwurf des Gesetzes betreffend die Souveränität von Quebec [*Loi sur la souveraineté du Québec*] aufzunehmen. Sie regt jedoch die Aufnahme einer Passage

81 Antrittsrede, 29. November 1994 [online: <https://www.archivespolitiquesduquebec.com/discours/p-m-du-quebec/jacques-parizeau/discours-du-trone-quebec-29-novembre-1994>].

82 1. Sitzung, 35. Legislatur, 6. Dezember 1994 [online: https://biblio.republiquelibre.org/Avant-projet_de_loi_sur_la_souverainet%C3%A9_du_Qu%C3%A9bec]. Eine Analyse dieses Gesetzentwurfs nach Artikeln finden Sie unter Daniel TURP, *L'Avant-projet de loi souveraineté : texte annoté*, Montréal, 1995, Éditions Yvon Blais, 1995.

83 COMMISSION NATIONALE SUR L'AVENIR DU QUÉBEC, *Rapport*, Quebec, 19. April 1995 [online: https://www.bibliotheque.assnat.qc.ca/DepotNumerique_v2/AffichageFichier.aspx?id=67091].

84 *Ebd.*, S. 17 [Die Kursivsetzung erfolgte durch uns].

85 *Ebd.* [Die Kursivsetzung erfolgte durch uns].



Jacques Parizeau, Lucien Bouchard und Mario Dumont - Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Parti Québécois, dem Bloc Québécois und der Action démocratique du Québec - 12. Juni 1995

an als „Ausdruck unseres Willens, Herr unseres Schicksals zu sein, in einem Territorium in Amerika zu leben, das unser eigenes ist, anders und unverwechselbar durch unsere Sprache, unsere Geschichte, unsere Bräuche, unsere Art zu sein, zu handeln und zu denken“⁸⁶.

Am Rande der Arbeit der Nationalen Kommission schließen die drei politischen Parteien Quebecs, die sich bereit erklärt hatten, für die JA-Seite zu werben – die Parti Québécois, die Action démocratique du Québec und der Bloc Québécois – am 12. Juni 1995 eine Vereinbarung. In dieser beschließen sie „einen gemeinsamen Entwurf, der zum Referendum vorgelegt werden soll, um auf entschiedene und offene Weise auf das lange Streben der Quebecer zu antworten, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen“⁸⁷.

Nach Prüfung der Empfehlungen der Nationalen Kommission zur Zukunft von Quebec und inspiriert durch die Übereinkunft vom 12. Juni 1995 [*Entente du 12 juin 1995*] wandelt die Regierung von Quebec den Vorentwurf des Gesetzes betreffend die Souveränität von Quebec [*Loi sur la souveraineté du Québec*] in den

Gesetzesentwurf Nr. 1 über die Zukunft von Quebec [*Loi n° 1 sur l'avenir du Québec*]⁸⁸ um. In einer Präambel mit dem Titel „Erklärung der Souveränität“ wird durch Einfügung einer Erklärung deutlich, dass die Regierung die Freiheit der Bevölkerung von Quebec bekräftigen möchte, seine Zukunft selbst zu wählen. Diese lautet: „Wir, das Volk von Quebec, erklären, dass wir frei sind, unsere Zukunft zu wählen“. Ein expliziter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht findet sich auch im Gesetzestext in Form der Überschrift von Artikel 1 der Gesetzesvorlage:

ÜBER DIE SELBSTBESTIMMUNG

Die Nationalversammlung wird ermächtigt, im Rahmen dieses Gesetzes die Souveränität von Quebec auszurufen.

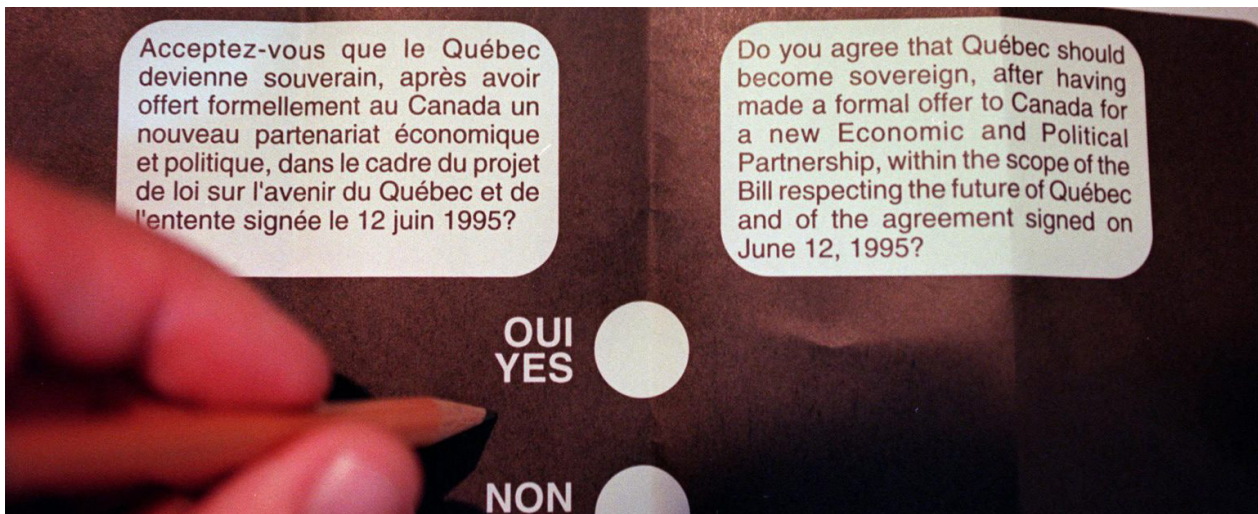
Dieser Proklamation muss ein formelles Angebot zur wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft mit Kanada vorausgehen.

Die Referendumsfrage, die den Wählern bei der Volksbefragung am 30. Oktober 1995 vorgelegt wird, orientiert sich an diesem Artikel und lautet wie folgt:

86 Ebd., S. 56.

87 Siehe *Entente entre le Parti Québécois, le Bloc Québécois et l'Action démocratique du Québec*, 12. Juni 1995 [online: https://biblio.republiquelibre.org/Loi_sur_l%27avenir_du_Qu%3%A9bec#ANNEXE] [Die Kursivsetzung erfolgte durch uns].

88 Der vollständige Wortlaut des Entwurfs des Gesetzes über die Zukunft Quebecs [*Loi sur l'avenir du Québec*] [*Projet de loi no 1*], dessen Anhang jene Übereinkunft enthält [*Entente du 12 juin 1995*], ist verfügbar unter <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie3/Document30.pdf> und aufgeführt in Anhang 3 des vorliegenden Berichts.



Das Referendum vom 30. Oktober 1995 – Die Frage

„Stimmen Sie zu, dass Quebec souverän werden soll, nach einem formellen Angebot einer neuen wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft an Kanada, gemäß der Gesetzesvorlage über die Zukunft Quebecs und der am 12. Juni 1995 unterzeichneten Übereinkunft?“⁸⁹

Der Wortlaut der Frage des Votums von 1995 enthält zwar keinen Verweis auf die „Gleichheit der Völker“ und implizit auf das Selbstbestimmungsrecht von Quebec wie im Referendum vom 20. Mai 1980. Die Frage der Ausübung dieses Rechts und des Rechts seitens Quebecs, die Souveränität durch seine Nationalversammlung und gegebenenfalls einseitig zu bewirken, wie im Entwurf des Gesetzes über die Zukunft von Quebec [*Loi sur l'avenir du Québec*] vorgesehen, sollte jedoch Gegenstand einer Gerichtsverhandlung werden.

Diese Kontroverse ist das Ergebnis eines Versuchs des Anwalts Guy Bertrand, die Durchführung des

Referendums durch eine einstweilige Verfügung zu verhindern, mit der Begründung, dass „das Verhalten der Regierung von Quebec sowie ihre Maßnahmen und Handlungen in Bezug auf den Gesetzesentwurf zur Souveränität und das Abkommen vom 12. Juni 1995 einen veritablen parlamentarischen und verfassungsrechtlichen Staatsstreich darstellen, einen Betrug an der kanadischen Verfassung und einen Ermessensmissbrauch, der zur Folge hat, dass die Rechte und Freiheiten [...] aller Steuerzahlenden in Quebec verletzt und verweigert werden“. Diese Beschwerde wird jedoch vom Obersten Gerichtshof am 8. September 1995 abgewiesen, weil das angestrebte Referendum durch seinen konsultativen Charakter „nicht gegen die Rechts- oder Verfassungsordnung verstößt“⁹⁰. Der Richter erklärt darüber hinaus, dass „politische Kräfte nicht an ihrer Entfaltung gehindert werden können“ und dass man verstehen müsse, dass die Bevölkerung sich äußern wolle⁹¹.

89 Der Antrag, der diese Frage enthält, wurde am 20. September 1995 angenommen und ist verfügbar unter <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-gc/partie3/Document31.pdf>. Die Übereinkunft vom 12. Juni 1995, auf die in der Frage Bezug genommen wird, ist diejenige, die zwischen den drei politischen Parteien Quebecs getroffen wurde, die sich bereit erklärt hatten, für das JA zu werben, nämlich die Parti Québécois, die Action démocratique du Québec und der Bloc Québécois. Obwohl die Vereinbarung keinen expliziten Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht Quebecs nimmt, heißt es darin, dass sich die drei Parteien „auf einen gemeinsamen Entwurf einigen, der einem Referendum unterzogen wird, um damit in entschlossener, offener Art und Weise auf das lange Streben der Quebecer zu reagieren, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen“ [*Die Kursivsetzung erfolgte durch uns*]. Der vollständige Wortlaut der Übereinkunft im Anhang des Entwurfs über ein Gesetz über die Zukunft Quebecs (Gesetzesentwurf Nr. 1) [*Projet de loi no 1*] ist abrufbar unter <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-gc/partie3/Document30.pdf>.

90 Siehe *Bertrand c. Bégin*, [1995] Recueil de jurisprudence du Québec [R.J.Q.] 2514.

91 *Id.*, S. 2515. Das Gericht gibt dem Kläger jedoch durch folgende gerichtliche Erklärung teilweise Recht: „[Das Gericht] erklärt, dass der Gesetzesentwurf Nr. 1 mit dem Titel Gesetz über die Zukunft von Quebec [*Loi sur l'avenir du Québec*], das von Premierminister Jacques Parizeau am 7. September 1995 in die National-



Das Referendum vom 30. Oktober 1995 – Plakate des JA-Lagers

Diese gerichtliche Auseinandersetzung wird fortgesetzt mit der Einreichung eines neuen Antrages sieben Tage vor dem Referendum, d. h. am 23. Oktober 1995. Der Antrag besagt, dass das *Gesetz über die Zukunft Quebecs* sowie jede andere gesetzgeberische oder staatliche Maßnahme, die darauf abzielt, den Status Quebecs als kanadische Provinz zu ändern, *ultra vires* Zuständigkeit der Nationalversammlung sei und gegen die von der *Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten* garantierten Rechte verstoße, außer im Falle einer Änderung der Verfassung Kanadas gemäß Teil V des *Verfassungsgesetzes von 1982*.⁹² Es findet jedoch keine Anhörung zu dieser Klage vor dem Referendum statt, und die Frage des Selbstbestimmungsrechts von Quebec stellt letztlich kein wichtiges Thema in der Referendumskampagne dar.

Am 30. Oktober 1995 geben 93,52 % der Stimmberechtigten ihr Votum bei dem Referendum ab. Das NEIN-Lager gewinnt mit einer Mehrheit von

50,58 % der abgegebenen gültigen Stimmen, während das JA-Lager 49,42 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Gerade einmal 1,16 % der Stimmen, d. h. 54.288 von 4.671.008 abgegebenen Stimmen, trennen die beiden Lager. Die Vertreter des JA-Lagers finden sich mit ihrer Niederlage ab und akzeptieren die demokratische Entscheidung der Quebecerinnen und Quebecer.⁹³

Die Gegner der Unabhängigkeit hingegen setzen ihren gerichtlichen Guerillakrieg fort. Am 3. Januar 1996 legt Rechtsanwalt Guy Bertrand eine geänderte Fassung seines Antrags auf ein Feststellungsurteil und eine dauerhafte Unterlassungsverfügung vor und stellt einen zweiten Antrag auf einstweilige Verfügung. Darin stellt er die Strategie der Regierung in Frage, einseitig und unter Umgehung der kanadischen Verfassung mit der Sezession von Quebec vom übrigen Kanada fortzufahren. Da der Generalstaatsanwalt von Quebec die Auffassung vertritt, der Prozess der Erlangung der

versammlung eingebracht wurde, um der Nationalversammlung Quebecs die Befugnis zu geben, Quebec zu einem souveränen Staat zu erklären, ohne das in Teil V [Art. 38 – 49] des Verfassungsgesetzes von 1982 (*Loi constitutionnelle de 1982*) vorgesehene Änderungsverfahren befolgen zu müssen, eine ernsthafte Bedrohung der Rechte und Freiheiten des Klägers darstelle, die durch die Kanadische Charta der Rechte und Freiheiten (*Charte canadienne des droits et libertés*), insbesondere die Artikel 2, 3, 6, 7, 15 und 24, Absatz 1, garantiert werden: *Ebd.*, S. 2516.

92 Siehe *Singh c. Procureur général du Québec*, Requête pour jugement déclaratoire, Cour supérieure du Québec, District de Montréal, no 500-05-11275-953, 23. Oktober 1995.

93 Die Prüfung des Entwurfs des *Gesetzes über die Zukunft Quebecs* (Gesetzesentwurf Nr. 1) wurde in der Nationalversammlung damit nicht weiterverfolgt und mit der Auflösung der 35. Legislatur Quebecs am 21. Oktober 1998 ad acta gelegt.

Souveränität Quebecs sei im Wesentlichen ein grundlegender demokratischer, durch das Völkerrecht anerkannter Prozess, und dass es sich dabei um eine Angelegenheit handele, die nicht in die Zuständigkeit der Gerichte falle, beantragt dieser am 12. beziehungsweise 30. April 1996 die Abweisung der Klagebegehren in den Fällen Bertrand und Singh.

Als Reaktion auf den Antrag des kanadischen Generalstaatsanwalts, im Fall Bertrand zu intervenieren, und auf Initiative des neuen Premierministers von Quebec, Lucien Bouchard, der am 29. Januar 1996 die Nachfolge von Jacques Parizeau antritt, verabschiedet die Nationalversammlung von Quebec eine Resolution, die das Selbstbestimmungsrecht Quebecs erneut bestätigt. Diese Resolution lautet:

Die Nationalversammlung bestätigt, dass das Volk von Quebec die Freiheit hat, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, seinen politischen Status ungehindert zu bestimmen und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten.⁹⁴

Mit Urteil vom 30. August 1996 weist der Oberste Gerichtshof Quebecs den Antrag des Generalstaatsanwalts von Quebec auf Unzulässigkeit der Klage zurück. Er erinnert daran, dass die Annahme des Antrags vom 22. Mai 1996 durch die Nationalversammlung den Vorschlag unterstützt, dass das Unabhängigkeitsstreben noch immer lebendig sei, und dass die Kontroverse über das völkerrechtliche Recht auf einseitige Sezession, von dem Quebec Gebrauch machen könnte, zu der Schlussfolgerung führe, dass die Situation Quebecs in dieser Hinsicht alles andere als klar und definiert sei. Das Gericht formuliert hierzu Fragen, die nach seiner Auffassung eine Antwort des Gerichts verdienen:

- Ist das Recht auf Selbstbestimmung gleichbedeutend mit dem Recht auf Sezession?
- Kann Quebec einseitig die Sezession von Kanada bewirken?
- Ist der Prozess der Erlangung der Souveränität seitens Quebecs völkerrechtlich abgesegnet?
- Genießt das Völkerrecht Vorrang vor dem nationalen Recht?⁹⁵

Als Reaktion auf dieses Urteil kündigt die Regierung von Quebec am 4. September 1996 an, dass sie sich nicht mehr in Gerichtsverfahren einbringen werde, die sich mit Schritten hin zu einer möglichen Souveränität Quebecs befassen. Am 26. September 1996 erklärt die Regierung Kanadas ihre Absicht, die vom obersten Gericht in seinem Urteil vom 18. August 1996 formulierten Fragen dem Obersten Gerichtshof Kanadas zur Stellungnahme vorzulegen, wie es das Statut dieses Gerichts zulässt.⁹⁶ Die Regierung von Quebec bekräftigt ihre Haltung, dass der Prozess zur Erlangung der Souveränität für Quebec im Wesentlichen eine politische Angelegenheit sei. Dies hindert die höchste gerichtliche Instanz Kanadas jedoch nicht daran, eine Stellungnahme zu verfassen, die sich als von grundlegender Bedeutung in der Frage des Selbstbestimmungsrechts von Quebec erweisen sollte.

94 Nationalversammlung, *Journal des débats*, 35. Legislatur, 2. Sitzung, Bd. 35, Nr. 24, 22. Mai 1996, S. 1268 [online: <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie3/Document32.pdf>].

95 *Ebd.*

96 *Loi sur la Cour suprême du Canada*, L.R.C., Kpt. S-26, Art. 53 [2].

V

1998-2000

Die Stellungnahme zur Sezession Quebecs
[Renvoi relatif à la sécession du Québec]
und das Klarheitsgesetz *[Loi sur la clarté]*:
Der Wille zur Selbstbestimmung und das Recht
auf die Umsetzung von Sezessionsbestrebungen



Gebäude des Obersten Gerichtshofs Kanadas - Ottawa, Ontario

Also wurde die rechtliche Debatte über das Recht Quebecs auf Selbstbestimmung vor dem Obersten Gerichtshof Kanadas weitergeführt. Entsprechend sind die neun Richterinnen und Richter aufgerufen, die folgenden drei Fragen zu beantworten:

1. Kann die Nationalversammlung, die Legislative oder die Exekutive Quebecs nach kanadischem Verfassungsrecht einseitig die Sezession von Kanada bewirken?

2. Hat die Nationalversammlung, die Legislative oder die Exekutive Quebecs gemäß Völkerrecht das Recht, einseitig die Sezession von Kanada zu bewirken? Hat die Nationalversammlung, die Legislative oder die Exekutive Quebecs diesbezüglich ein völkerrechtliches Selbstbestimmungsrecht, das der Nationalversammlung, der Legislative oder der Exekutive Quebecs das Recht gibt, einseitig die Sezession von Kanada zu vollziehen?

3. Welches Recht hätte in Kanada Vorrang im Falle eines Widerspruchs zwischen nationalem Recht und Völkerrecht im Hinblick auf das Recht der Nationalversammlung, der Legislative oder der Exekutive Quebecs auf einseitige Bewirkung der Abspaltung?⁹⁷

So ist der Oberste Gerichtshof aufgerufen, sich zum Geltungsbereich des Verfassungsrechts, aber auch des Völkerrechts, in Fragen der einseitigen Sezession zu äußern. Diese Fragen begrenzen demnach die Debatte auf die alleinige Frage nach dem Recht, „einseitig“ die Abspaltung Quebecs von Kanada zu vollziehen. Diese Fragen wurden im Übrigen von Professor Alain Pellet als ein „überaus offensichtlicher Versuch politischer Manipulation“⁹⁸ betrachtet.

Der Oberste Gerichtshof von Kanada ist angehalten sich zu weigern, diese Suggestivfragen mit JA oder NEIN zu beantworten. Ein NEIN hätte zur Folge, dass er Quebec das Recht abspräche, ein unabhängiger und

97 *Renvoi relatif à la sécession du Québec*, [1998] 2 R.C.S. 217, § 2 [online: <https://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/fr/item/1643/index.do>] [im Folgenden „*Renvoi sur la sécession du Québec*“]. Auszüge hieraus finden sich in Anhang 4 des vorliegenden Berichts.

98 Siehe Alain PELLET, *Opinion juridique sur certaines questions de droit international soulevées par le renvoi sur la sécession du Québec*, S. 45 [online: <http://www.alainpellet.eu/Documents/PELLET%20-%201992%20-%20L'int%C3%A9grit%C3%A9%20territoriale%20du%20Qu%C3%A9bec.pdf>].

souveräner Staat zu werden. Unter Berufung auf die kanadische Verfassung formuliert er Antworten, die unwiderruflich zu dem Schluss führen, dass Quebec das Recht auf die Wahl seines politischen Status und insbesondere auf Erlangung von Souveränität und Unabhängigkeit hat.⁹⁹

So verankert der Oberste Gerichtshof als Antwort auf die erste Frage und auf der Grundlage verfassungsrechtlicher Grundsätze das „Recht Quebecs, die Sezession anzustreben“; gleichzeitig bekräftigt er aber auch die Verpflichtung Kanadas zu Verhandlungen. Das Gericht äußert sich einstimmig wie folgt:

Das Prinzip des Föderalismus verlangt zusammen mit dem Demokratieprinzip, dass die klare Ablehnung der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung und die eindeutige Äußerung des Wunsches nach Abspaltung durch die Bevölkerung einer Provinz eine gegenseitige Verpflichtung aller den Bund bildenden Parteien nach sich zieht, über Verfassungsänderungen zu verhandeln, um dem geäußerten Wunsch Rechnung zu tragen. Eine Verfassungsänderung beginnt als politischer Prozess, der im Rahmen der Verfassung selbst durchgeführt wird. In Kanada liegt die Initiative für eine Verfassungsänderung in der Verantwortung der demokratisch gewählten Vertreter der Konföderationspartner. Für diese Vertreter kann das Signal für die Initiative durch ein Referendum gegeben werden. Rechtlich gesehen aber gehört die verfassungsgebende Gewalt in Kanada – wie in vielen anderen Ländern

auch – den demokratisch gewählten Volksvertretern. Die logische Folge eines legitimen Versuchs der Verfassungsänderung eines Konföderationspartners ist die Verpflichtung aller Parteien, Verhandlungen aufzunehmen. Die klar zum Ausdruck gebrachte Ablehnung der bestehenden Verfassungsordnung durch die Bevölkerung von Quebec würde den sezessionistischen Forderungen eindeutig Legitimität verleihen und die anderen Provinzen und die Bundesregierung verpflichten, diesen Ausdruck des demokratischen Willens zu berücksichtigen und zu respektieren, indem sie in Übereinstimmung mit den oben erwähnten zugrundeliegenden Verfassungsprinzipien Verhandlungen aufnehmen. [...].¹⁰⁰

Die bestehende kanadische Verfassungsordnung kann die klare Äußerung einer deutlichen Mehrheit der Quebecer, nicht länger Teil Kanadas sein zu wollen, nicht ignorieren. Dies wäre gleichbedeutend mit der Aussage, dass andere anerkannte Verfassungsprinzipien zwangsläufig Vorrang vor dem demokratisch und unmissverständlich zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes von Quebec hätten. Eine derartige Sichtweise verleiht den zugrundeliegenden Verfassungsprinzipien, die den Änderungsprozess leiten müssen, einschließlich des Prinzips der Demokratie und des Föderalismus, nicht genügend Gewicht. Die Rechte der anderen Provinzen und der Bundesregierung können der Regierung von Quebec nicht das Recht auf die Umsetzung von Sezessionsbestrebungen absprechen, sollte

99 Zum Völkerrecht stellt das Gericht fest: „Zusammengefasst ergibt sich aus dem völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrecht allenfalls das Recht auf äußere Selbstbestimmung im Falle ehemaliger Kolonien, im Falle unterdrückter Völker, etwa unter fremder militärischer Besatzung, oder im Falle einer definierten Gruppe, der der effektive Zugang zur Regierung zum Zwecke ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung verwehrt wird. In allen drei Situationen genießen die betroffenen Menschen das Recht auf äußere Selbstbestimmung, weil ihnen die Möglichkeit verwehrt wird, ihr Selbstbestimmungsrecht im Inneren auszuüben. Diese außergewöhnlichen Umstände treffen auf den Fall von Quebec unter den gegenwärtigen Bedingungen eindeutig nicht zu. Daher haben weder die Bevölkerung von Quebec, selbst wenn sie als „Volk“ oder „Völker“ bezeichnet würde, noch ihre repräsentativen Institutionen, die Nationalversammlung, die Legislative oder die Regierung Quebecs, gemäß Völkerrecht das Recht, sich einseitig von Kanada abzuspalten“: siehe *Renvoi sur la sécession du Québec*, § 138. Für eine Analyse des *renvoi* aus völkerrechtlicher Sicht siehe Geneviève Dufour und Alexandre Morin, „Le Renvoi relatif à la sécession du Québec : critique du traitement que fait la Cour Suprême du droit international“, [1999] 12. 2 *Revue québécoise de droit international* 175 [online: https://www.sqdi.org/wp-content/uploads/12.2_-_dufour-morin.pdf] sowie Daniel TURP, „Le Québec et le droit international“, in Gilbert GUILLAUME (Hrsg.), *La vie internationale et le droit*, Paris, Éditions Hermann, 2017, S. 179 [online: http://danielturpqc.org/upload/2018/Turp-_La_Qubec_et_le_droit_international_Paris_Hermann_2017_p_179-214.pdf].

100 *Ebd.*, § 88.

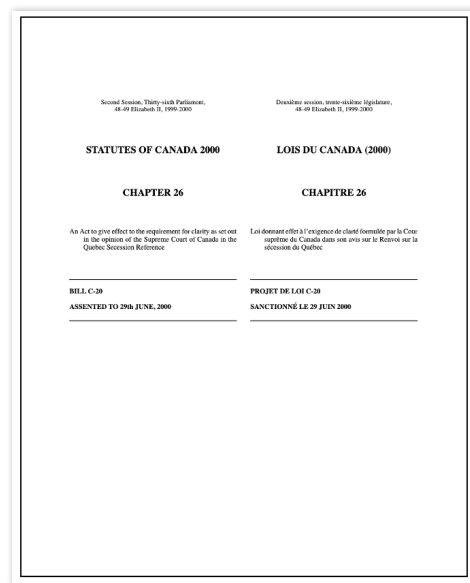
sich eine klare Mehrheit der Bevölkerung Quebecs dafür entscheiden, solange Quebec bei diesem Streben die Rechte der anderen respektiert. Verhandlungen wären notwendig, um die Interessen der Bundesregierung, Quebecs und der anderen Provinzen, weiterer Beteiligter sowie die Rechte aller Kanadier innerhalb und außerhalb Quebecs zu berücksichtigen.¹⁰¹

Die Auffassung des Obersten Gerichtshofs von Kanada ist für die Bundesregierung offensichtlich kein Anlass zur Freude. Des gewünschten juristischen Arguments beraubt, versucht die Regierung Kanadas schließlich, das Recht Quebecs auf Abspaltung zu neutralisieren. Zu diesem Zweck bewegt sie das kanadische Parlament dazu, das Gesetz zur Umsetzung der Forderung nach Klarheit [*Loi visant à donner effet à l'exigence de clarté*], formuliert vom Obersten Gerichtshof Kanadas in der seitens der kanadischen Regierung beauftragten rechtlichen Stellungnahme zur Sezession [*Renvoi sur la sécession du gouvernement du Canada*], zu neutralisieren.¹⁰²

Zwar wird im sogenannten „Klarheitsgesetz“ [*Loi sur la clarté*] anerkannt, dass Quebec ein Recht auf Abspaltung hat¹⁰³, jedoch ergibt die genauere Lektüre des Gesetzes, dass es sich eher um eine „Nichtverhandlungspflicht“ handelt, da hier die Umstände definiert werden, unter denen die Regierung Kanadas „keine Verhandlungen über die Bedingungen aufnehmen wird, unter denen eine Provinz aus Kanada ausscheiden könnte“¹⁰⁴. Eine solche Verpflichtung zur Nichtverhandlung ist an ein neues Verfahren geknüpft,

bei dem das Unterhaus die Befugnis erhält, durch eine Entschließung festzustellen, ob eine Referendumsfrage und eine Mehrheit die Klarheitsanforderungen des Gesetzes erfüllen. Dieses Verfahren trägt den Keim einer impliziten Verweigerung des Rechts Quebecs auf Abspaltung in sich, das der Oberste Gerichtshof Kanadas aus den Verfassungsgrundsätzen des Föderalismus und der Demokratie abgeleitet hatte, und dem die Verhandlungspflicht dennoch Wirkung verleihen sollte.¹⁰⁵

Eine Untersuchung der Bestimmungen des *Klarheitsgesetzes* führt unweigerlich zu der Feststellung, dass damit anscheinend Hindernisse für diejenigen errichtet werden sollten, die Quebec auf den Weg der Souveränität und Unabhängigkeit bringen wollten, und dass Quebec das Recht auf Anstreben der Abspaltung abgesprochen werden sollte.



101 *Ebd.*, § 92. Für einen Kommentar zur Stellungnahme des Obersten Gerichtshofs von Kanada, siehe Patrick DUMBERRY, „Lessons learned from the Quebec Secession Reference before the Supreme Court of Canada“, in Marcelo KOHEN (Hrsg.), *Secession: International Law Perspectives*, Cambridge, Cambridge University Press, 2006, S. 416.

102 *Lois du Canada* [L.C.] 2000, Kpt. 26, *Lois révisées du Canada* [L.R.C.], Kpt. C-31.8, *clarté* [online: <https://laws-lois.justice.gc.ca/fra/lois/c-31.8/page-1.html>]. Der verkürzte Gesetzestitel lautet im Französischen *Loi de clarification*, jedoch ist dieses Gesetz in Kanada und in Quebec geläufiger unter dem Titel *Loi sur la clarté*. Der vollständige Wortlaut dieses Gesetzes findet sich in Anhang 5 des vorliegenden Berichts.

103 Entsprechend wird in Absatz 3(1) dieses *Klarheitsgesetzes* ein Recht auf Sezession eingeräumt, das der Verpflichtung zu Verhandlungen unterliegt, da verankert ist, dass „Einvernehmen darüber besteht, dass es gemäß der kanadischen Verfassung kein Recht gibt, sich einseitig von irgendeiner Provinz Kanadas abzuspalten“. Dies impliziert, dass ein solches Recht besteht, wenn es nicht einseitig ausgeübt wird.

104 *Ebd.*, Art. 1 [6] und 2 [4].

105 Zu dieser Frage der Befugnisse des Unterhauses, siehe Patrick TAILLON, „De la clarté à l'arbitraire: le contrôle de la question et des résultats référendaire par le Parlement canadien“, [2014] 20 *Revista d'estudis autonòmics i federals* 13 [online: <https://www.raco.cat/index.php/REAF/article/view/283090>].

VI

2000

Das Gesetz über die Grundrechte Quebecs
[Loi sur les droits fondamentaux du Québec]:
Die gesetzliche Kodifizierung des Rechts auf
Selbstbestimmung

Offensichtlich inspiriert durch den Wortlaut der 1978¹⁰⁶ und 1985¹⁰⁷ eingebrachten Gesetzesentwürfe, reagiert die Regierung Quebecs auf dieses *Klarheitsgesetz*, indem sie die Nationalversammlung das sogenannte Gesetz über die Ausübung der Grundrechte und Vorrechte des Volkes von Quebec und des Staates Quebec (*Loi sur l'exercice des droits fondamentaux et des privilèges du peuple québécois et de l'État du Québec*) verabschieden lässt¹⁰⁸. Jenes Gesetz über die *Grundrechte Quebecs* wird als regelrechte Charta der politischen Rechte des Volks von Quebec¹⁰⁹ betrachtet und eröffnet Quebec ganz klar das Recht auf Wahl seiner eigenen politischen und verfassungsmäßigen Zukunft. Dieses Gesetz versteht sich als wahrhafte Konsolidierung der Rechtsvorschriften zum Selbstbestimmungsrecht Quebecs, wie aus den ersten drei Artikeln hervorgeht:

KAPITEL I DAS VOLK VON QUEBEC

1. Das Volk von Quebec kann de facto und rechtlich über sich selbst verfügen. Es ist Träger von Rechten, die aufgrund des Prinzips der Gleichheit der Rechte der Völker und ihres Selbstbestimmungsrechts allgemein anerkannt sind.
2. Das Volk von Quebec hat das unveräußerliche Recht, das politische System und den rechtlichen Status Quebecs frei zu wählen.
3. Das Volk von Quebec allein bestimmt durch seine eigenen politischen Institutionen die Art und Weise, in der es sein Recht zur Wahl seines politischen Systems und rechtlichen Status ausübt.

4. Jede Bedingung oder Ausprägung betreffend die Ausübung dieses Rechts, insbesondere die Konsultation der Bevölkerung von Quebec mittels Referendums, hat nur dann Wirkung, wenn sie gemäß Absatz I festgelegt ist.

Im *Gesetz über die Grundrechte Quebecs* spiegelt sich der klare Wunsch wider, die Existenz des Volkes von Quebec zu bestätigen und dessen Recht auf Selbstbestimmung zu erklären. Artikel I besagt, dass das Volk von Quebec aufgrund des Prinzips der Gleichberechtigung der Völker und seines Rechts auf Selbstbestimmung „Rechte“ hat. Es gilt festzustellen, dass die verwendete Sprache die der *Charta der Vereinten Nationen* ist und dass sich aus diesen Prinzipien und Rechten mehrere Rechte zu ergeben scheinen. Eines der Rechte, das sich aus diesem Verweis abzuleiten scheint und das in Abschnitt 2 des Gesetzes verankert ist, ist das „unveräußerliche Recht“, das politische System sowie den rechtlichen Status von Quebec frei zu wählen. Diese letztere Terminologie ist ähnlich, aber nicht in allen Punkten identisch, mit der in Artikel 1 der *Internationalen Menschenrechtspakte* verwendeten. Demnach bestimmen die Völker „ihren politischen Status frei und verfolgen ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei“. Weiters wird festgelegt, dass die Bestimmung der Art und Weise der Ausübung dieses Rechts „allein“ und „durch eigene politische Institutionen“ erfolgen soll.

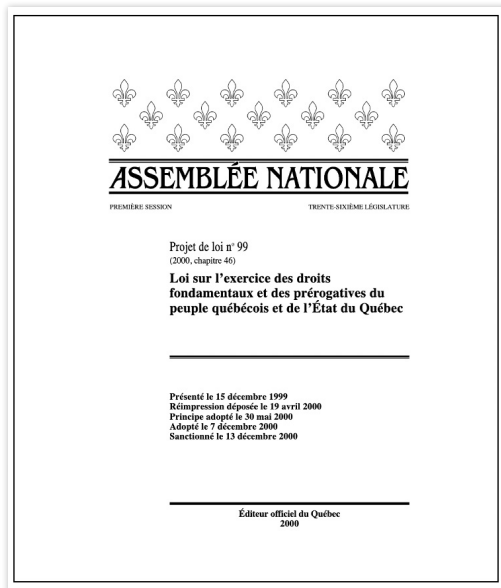
Zusammengenommen sollen diese drei Artikel eine Antwort auf die Anforderungen und Bedingungen darstellen, die Kanada Quebec auferlegen zu wollen scheint, damit es sein demokratisches Recht auf Abspaltung ausüben kann. Zudem stellen sie die

106 Siehe Fußnote 26 oben.

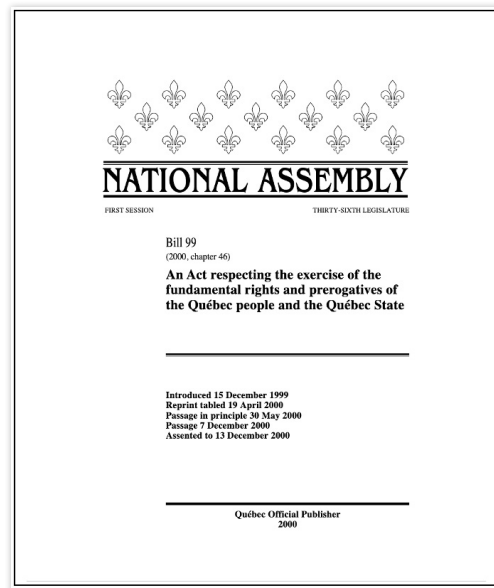
107 Siehe Fußnote 45 oben.

108 L.Q. 2000, Kpt. 46, R.L.R.Q., Kpt. E- 20.2 [online: <http://legisquebec.gouv.qc.ca/fr/ShowDoc/cs/E-20.2>] [im Folgenden „*Loi sur les droits fondamentaux du Québec*“]. Der vollständige Wortlaut dieses Gesetzes findet sich in Anhang 6 des vorliegenden Berichts.

109 Diese Bezeichnung stammt vom Premierminister Quebecs, Lucien Bouchard, der während der Debatte über die Verabschiedung des Gesetzes über die *Grundrechte von Quebec* am 7. Dezember 2000 mehrfach an die Existenz des Rechts auf Selbstbestimmung erinnerte und über dieses zukünftige Gesetz sagte, es sei mehr als nur ein schlichtes Gesetz und habe mehr mit einer *Charta der politischen Rechte des Volkes von Quebec* gemein: siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale*, 7. Dezember 2000, Bd. 36, Nr. 149 [online: <http://www.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/36-1/journal-debats/20001207/9425.html>].



Französische Fassung



Englische Fassung

Autorität in Frage, die jenes *Klarheitsgesetz* dem kanadischen Unterhaus sowie den anderen im Gesetz genannten politischen Akteuren verleiht und die, wie wir sehen, das Recht Quebecs verletzen könnte, „allein durch die ihm eigenen politischen Institutionen die Art und Weise zu bestimmen, in der es sein Recht ausüben wird“.

Im *Gesetz über die Grundrechte Quebecs* wird ein letztes Mal auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Quebec verwiesen, und zwar in Artikel 13. Dieser lautet wie folgt:

13. Kein anderes Parlament und keine andere Regierung kann die Befugnisse, die Autorität, die Souveränität und die Legitimität der Nationalversammlung beschneiden, noch kann sie den demokratischen Willen des Volkes von Quebec zwingen, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Die Bedeutung dieses Artikels kann nicht ignoriert werden, da er eine weitere Anfechtung des *Klarheitsgesetzes* darstellt und das Recht, das er dem Unterhaus und der Regierung von Kanada scheinbar

verliehen hat, den Umfang des Rechts von Quebec zur Anstrengung seiner Abspaltung einzuschränken, was dem demokratischen Willen der Bevölkerung Quebecs zur Selbstbestimmung entgegensteht.

Die Bestimmungen des *Gesetzes über die Grundrechte Quebecs* machen deutlich, dass es sich auf Kollisionskurs mit dem vorgenannten *Klarheitsgesetz* befindet. Während letzteres implizit die Bedingungen für die Ausübung des Rechts von Quebec definiert, sein politisches System sowie seinen rechtlichen Status zu wählen, bestätigt das *Gesetz über die Grundrechte von Quebec*, dass diese Bedingungen in der alleinigen Verantwortung Quebecs liegen.

Unmittelbar nach seiner Verabschiedung wird dieses Gesetz verfassungsrechtlich angefochten. Erst mehr als 20 Jahre später bestätigte ein Urteil die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes und erkannte das Selbstbestimmungsrecht Quebecs an.

VIII

2001-2021

Das Urteil *Henderson vs. Generalstaatsanwaltschaft von Quebec*: Die rechtliche Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung

Innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung entstehen zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts neue Unabhängigkeitsparteien. 2002 wird die Union des forces progressistes (UFP) und 2004 die Bürgeroption gegründet. Diese beiden Parteien fusionieren 2006 zu Québec solidaire. 2011 wird zudem eine neue politische Partei unter dem Namen Option nationale gegründet. Letztere geht 2017 in der Québec solidaire auf. Québec solidaire wählt 2008 ihren ersten Abgeordneten in die Nationalversammlung, erringt 2012 zwei und 2014 drei Sitze. In ihrem Wahlprogramm 2018 bezieht sich Québec solidaire auf „das Entscheidungsrecht Quebecs“: „Wie alle Völker der Welt ist die Bevölkerung von Quebec souverän.“ 1. Damit die Bevölkerung von Quebec ihr Recht wahrnehmen kann, über ihre Zukunft zu entscheiden, wird Québec solidaire einen Prozess der verfassungsgebenden Versammlung einleiten, sobald sie an die Macht kommt. 2. Die verfassungsgebende Versammlung wird gewählt und hat den Auftrag, einen Verfassungsentwurf für ein unabhängiges Quebec zu erarbeiten. Über diesen Entwurf stimmt die Bevölkerung per Referendum ab¹¹⁰.



Während das *Klarheitsgesetz* in Quebec weiterhin bekämpft wird¹¹¹, richtet sich die Aufmerksamkeit in den ersten zwei Jahrzehnten auf das *Gesetz über die Grundrechte Quebecs*, das Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde wird. Nur wenige Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, am 9. Mai 2001, reicht der Vorsitzende der Égalité du Québec, einer politischen Partei, die gegen die Unabhängigkeit eintritt, in seinem Namen sowie dem seiner Partei eine Feststellungsklage ein, um mehrere Bestimmungen des *Gesetzes über die Grundrechte Quebecs* für verfassungswidrig erklären zu lassen.¹¹²

Diese Klage gibt Anlass zu mehreren Zwischenentscheidungen, einschließlich eines Antrags auf Abweisung durch die Generalstaatsanwaltschaft von Quebec.¹¹³ Am 30. August 2007 gibt das Berufungsgericht von Quebec in einem Berufungsverfahren gegen ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von Quebec vom 16. August 2002¹¹⁴ diesem Antrag auf Abweisung teilweise statt und ermächtigt damit selbigen Obersten Gerichtshof, über die Schlussfolgerungen zu entscheiden, die darauf abzielen, die Artikel 1, 2, 3, 4, 5 und 13 des Gesetzes für *ultra vires*, absolut null und nichtig und ohne jegliche Kraft oder Wirkung zu erklären.¹¹⁵

Als Beklagte in dieser Rechtssache beschließt die Regierung Kanadas, sich an dem Verfahren zu beteiligen, und reicht entsprechend am 16. Oktober 2013 eine Interventionserklärung, die sogenannte

- 110 Siehe QUÉBEC SOLIDAIRE, *Plateforme 2018*, S. 42 [online: <https://cdn.quebecsolidaire.net/QS-Plateforme-E%CC%81lectorale.pdf>] (*Die Kursivsetzung erfolgte durch uns*). Bei den Parlamentswahlen 2018 gewann sie 10 Sitze, eine Anzahl, die der der Parti Québécois entspricht, obwohl letztere mehr Stimmen als Québec solidaires erhalten hatte. Mit dem Rücktritt eines Mitglieds der Nationalversammlung der Parti Québécois sollte Québec solidaire der Parti Québécois den Rang als zweitgrößte Oppositionsgruppe in der Nationalversammlung ablaufen: siehe Patricia CLOUTIER, „Le PQ perd son titre de deuxième groupe d’opposition au profit de QS“, *Le Soleil*, 20. März 2019 [online: <https://www.lesoleil.com/actualite/politique/le-pq-perd-son-titre-de-deuxieme-groupe-dopposition-au-profit-de-qs-e6d99cbb8a86841641e2a58d32ea66e3>].
- 111 In seiner Antrittsrede am 6. März 2001 erklärte der neue Premierminister von Quebec, Bernard Landry: „Die Regierung hat mit Unterstützung der anderen Parteien in diesem Hause bestätigt und wird dies auch weiterhin tun, dass dieses Klarheitsgesetz illegitim ist und dass es weder die Befugnisse, die Autorität, die Souveränität und die Legitimität der Nationalversammlung einschränken noch den demokratischen Willen des Volkes von Quebec, seine eigene Zukunft zu bestimmen, erzwingen kann“. Siehe *Journal des débats de l’Assemblée nationale*, 36. Legislatur, 2. Sitzung [22. März 2001 bis 12. März 2003], 22. März 2001, Bd. 36, Nr. 1 [online: http://www.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/36-2/journal-debats/20010322/9443.html#_Toc509989645].
- 112 Der Wortlaut des ursprünglichen Feststellungsantrags ist verfügbar unter <https://ssjb.com/files/uploads/2017/04/2001-05-09-Henderson-Requête-introductive-dinstance-initiale-1.pdf>; die gesamte Dokumentation zu diesem Fall, zusammengestellt von RA Maxime Laporte, der als Anwalt der Société Saint-Jean-Baptiste fungierte (siehe Fußnote 114 unten) ist verfügbar unter <https://ssjb.com/loi99-1/#2001>.
- 113 *Québec (Procureur général) c. Henderson*, 2001 CanLII 38417 (QC CA) [online: <https://www.canlii.org/fr/qc/qcca/doc/2001/2001canlii38417/2001canlii38417.html>].
- 114 *Henderson c. Procureur général du Québec*, 2002 CanLII 527 (QC CS) [online: <https://www.canlii.org/fr/qc/qccs/doc/2002/2002canlii527/2002canlii527.html>].
- 115 *Henderson c. Procureur général du Québec*, 2007 QCCA 1138 [online: <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/affaires-intergouvernementales/institutions-constitution/dossiers-judiciaires/documents/loi-99-cour-appel-2007-rjq-2174.pdf>].

„Declaration of Intervention“, ein, in der sie das Gericht auffordert, die Artikel 1 bis 5 sowie 13 des Quebecer Grundrechtgesetzes abschwächend auszulegen oder zu erklären, dass sie außerhalb der Zuständigkeit des Quebecer Gesetzgebers liegen und unwirksam sind.¹¹⁶

In einer „Bestätigung der grundlegenden Prinzipien, die der Gesellschaft und der Demokratie in Quebec innewohnen“, reagiert der Minister für zwischenstaatliche Angelegenheiten, Frankophonie und souveränes Regieren Kanadas, Alexandre Cloutier, auf diese Maßnahme der kanadischen Regierung, indem er an das Selbstbestimmungsrecht der Quebecer Bevölkerung erinnert:

Die Regierungen von Quebec, sowohl die souveränitätsorientierten als auch die föderalistischen, haben diese Prinzipien verteidigt und angewandt, insbesondere in drei Volksabstimmungen, 1980, 1992 und 1995. Müssen wir Sie daran erinnern, dass die Regeln, über die wir hier sprechen, zur Zeit des Charlottetown-Referendums in Kraft waren, bei dem es um die Erneuerung des Föderalismus ging? Diese Grundsätze sind nicht parteipolitisch gebunden. Sie müssen nicht souveränitätsbestrebt oder föderalistisch genannt werden. Sie bekräftigen lediglich das Grundrecht des Volkes von Quebec, seine Zukunft frei zu bestimmen, nicht mehr und nicht weniger. Erinnern wir uns hier, an diesem Ort, der die Demokratie Quebecs symbolisiert, daran, dass diese unsere Grundprinzipien aus der Entstehung eines Volkes und eines Staates stammen, die der kanadischen Verfassung um mehr als zwei Jahrhunderte vorausgehen. Unsere Nation hat

es ungeachtet aller Widrigkeiten der Geschichte geschafft, diese immanenten Prinzipien in verschiedenen Formen aufrechtzuerhalten, von denen die heute angegriffene Gesetzgebung der jüngste Ausdruck ist.

Es ist also das Fundament unserer Institutionen, das heute von der Bundesregierung in Frage gestellt wird, denn genau darum geht es. Diese Handlung ist nicht mehr und nicht weniger als ein Versuch, unsere Geschichte zu leugnen, unsere Freiheit, unsere Zukunft als Nation zu bestimmen. Indem die Bundesregierung ihre eigene Interpretation unserer kollektiven Rechte vorgeben will, steht sie in klarem Widerspruch zur Anerkennung der Quebecer Nation. Die Bundesregierung greift damit Prinzipien an, die die Bevölkerung Quebecs vereinen und alle politischen Strömungen ansprechen.

Die Regierung Quebecs wird keine Mühen scheuen, die kollektiven Rechte der Bevölkerung und die Grundprinzipien, auf denen die Demokratie Quebecs beruht, zu verteidigen. Angesichts dieses neuen Angriffs auf die Freiheit können wir nur die Richtigkeit der Aussage von René Lévesque erlauben: „Es gibt eine Zeit, in der stiller Mut und Kühnheit die einzige Form der Besonnenheit werden, die für ein Volk in den entscheidenden Augenblicken seiner Existenz geeignet ist.“

Wir fordern daher die Bundesregierung eindringlich auf, von ihrem Vorhaben, das Grundrechtgesetz abzuschaffen, Abstand zu nehmen.¹¹⁷

116 Der Wortlaut dieser „Declaration of intervention“ der kanadischen Bundesregierung ist abrufbar unter <https://ssjb.com/files/uploads/2017/04/2013-10-16-PG-Canada-Acte-d'intervention.pdf>. Zu dieser Intervention der kanadischen Regierung, siehe Radio-Canada, „Souveraineté: Ottawa s'attaque à la règle du 50 % plus une voix“, 19. Oktober 2013 [online: <https://ici.radio-canada.ca/nouvelle/637501/ottawa-conteste-loi-99>]. Für eine weitergehende Prüfung der vom Generalstaatsanwalt Kanadas angestrebten – und abgelehnten – Feststellungen, siehe: Anthony BEAUSÉJOUR und Daniel TURP, „Le droit du Québec à l'autodétermination et la constitution du Canada : une évaluation des arguments du Canada dans l'affaire Henderson“, Anmerkung Nr. 2, Montréal, Institut de recherche sur l'autodétermination des peuples et les indépendances nationales, 2019 [online: http://danielturpqc.org/upload/2019/IRAI-Note_2-Le_droit_a_lautodetermination_2019.pdf], unter demselben Titel aufgegriffen in [2019] 53 *Revue juridique Thémis de l'Université de Montréal* 269 [online: http://danielturpqc.org/upload/2020/Beausejour_et_Turp_Affaire_Henderson_et_Loi_99_2019_53_RJTUM_366-394.pdf].

117 Siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale* 40. Legislatur, 1. Sitzung [30. Oktober 2012 bis 5. März 2014], 23. Oktober 2013, S. 5076 – 5077 [online: http://www.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/40-1/journal-debats/20131023/98991.html#_Toc370390259].

Auf Initiative der Premierministerin von Quebec, Pauline Marois, verabschiedet die Nationalversammlung von Quebec eine Resolution, in der diese Grundsätze bestätigt werden, und zwar einstimmig und in folgendem Wortlaut:

Dass die Nationalversammlung von Quebec einstimmig die grundlegenden Prinzipien bekräftigt und verkündet, die im Gesetz über die Ausübung der Grundrechte und Vorrechte des Volkes von Quebec und des Staates Quebec festgelegt sind;

Dass die Nationalversammlung bestätigt, dass die Quebecer *das Recht haben, ihre Zukunft zu wählen und ihren eigenen politischen Status zu bestimmen*;

Dass die Nationalversammlung bestätigt, dass bei einer Befragung der Quebecer durch ein Referendum, das nach dem Referendumsgesetz durchgeführt wird, die dann geltende demokratische Regel die der absoluten Mehrheit ist, nämlich 50 % der für gültig erklärten Stimmen plus eine Stimme;

Dass die Nationalversammlung bestätigt, dass nur die Nationalversammlung von Quebec die Macht und die Kompetenz hat, die Bedingungen für die Durchführung eines Referendums in Übereinstimmung mit dem Referendumsgesetz festzulegen, einschließlich der Formulierung der Referendumsfrage;

Dass die Nationalversammlung bestätigt, dass kein Parlament und keine Regierung die Befugnisse, die Autorität, die Souveränität und die Legitimität

der Nationalversammlung beschneiden und den demokratischen Willen des Volkes von Quebec, seine eigene Zukunft zu bestimmen, erzwingen darf;

Dass die Nationalversammlung die Einmischung der Regierung Kanadas in die Demokratie von Quebec durch ihren Versuch verurteilt, die angefochtenen Bestimmungen des Gesetzes über die Ausübung der Grundrechte und Vorrechte des Volkes von Quebec und des Staates Quebec für ungültig erklären zu lassen;

Dass die Nationalversammlung die Regierung Kanadas auffordert, von einem Eingreifen und der Anfechtung des Gesetzes über die Ausübung der Grundrechte und Vorrechte der Bevölkerung Quebecs sowie des Staates Quebec vor dem Obersten Gerichtshof von Quebec abzusehen.¹¹⁸

Die Regierung Kanadas kommt dem Ersuchen der Nationalversammlung von Quebec nicht nach und nimmt an dem Verfahren teil, ebenso wie die Société Saint-Jean-Baptiste de Montréal, eine zivilgesellschaftliche Organisation, die Argumente zur Verteidigung der Verfassungsmäßigkeit des *Gesetzes über die Grundrechte Quebecs* vorbringen möchte und die auf freundschaftlicher Basis als Streithelferin zugelassen wird.¹¹⁹

In einem Urteil vom 18. April 2018 kommt der Oberste Gerichtshof zu dem Schluss, die Klagen auf Verfassungswidrigkeit der Artikel 1, 2, 3, 4, 5 und 13 des *Gesetzes über die Grundrechte Quebecs* abzuweisen.¹²⁰ In einem umfassenden Urteil stellte Richterinnen Claude D'Almeida Folgendes fest:

118 Siehe *Journal des débats de l'Assemblée nationale*, 40. Legislatur, 1. Sitzung [30. Oktober 2012 bis 5. März 2014], 23. Oktober 2013, Bd. 43 Nr. 82, S. 5080 [online: http://www.assnat.qc.ca/fr/travaux-parlementaires/assemblee-nationale/40-1/journal-debats/20131023/98991.html#_Toc370390264].

119 Zunächst abgelehnt vom Oberen Gericht Quebecs in einem Urteil vom 1. September 2016, dessen Text abrufbar ist unter <https://ssjb.com/files/uploads/2017/04/2016-09-01-CS-décision-interlocutoire-sur-requête-en-intervention.pdf>, sollte dem Antrag am 27. Januar 2017 durch das Berufungsgericht von Quebec stattgegeben werden: *Société St-Jean-Baptiste de Montréal c. Henderson*, 2017 QCCA 179 [online: <https://www.canlii.org/fr/qc/qcca/doc/2017/2017qcca179/2017qcca179.html>].

120 *Henderson c. Procureur général du Québec*, 2018 QCCS 1586 [online: <http://t.souqij.ca/q3H5P>].

Wir finden [...] nichts im Gesetz 99 [Bill 99], was den Aussagen des Gutachtens des Obersten Gerichtshofs von 1998 zur Sezession von Quebec zuwiderläuft, das darauf hindeutet, dass Quebec nicht beabsichtigt, sein Ausscheiden zu verhandeln, wenn eine positive Abstimmung zugunsten der Sezession erfolgt. Außerdem sehen wir im Gesetz 99 nichts, was zu Anarchie oder Revolution führen könnte, wie der Petent befürchtet und der der Bedrohung überdrüssig ist, die schon zu lange über der Zukunft von Quebec hängt. Wollte der Gesetzgeber mit der Verabschiedung des Gesetzes etwaige Unklarheiten bezüglich der Rolle aller vom Inhalt dieses Gesetzes erfassten Akteure klären? Unserer Meinung nach, nein. Unserer Ansicht nach hat es nie eine Unklarheit über die Rolle gegeben, die jeder von ihnen in der kanadischen Föderationsgeschichte gespielt hat. Niemand hat die Tatsache in Frage gestellt, dass das Volk von Quebec schon immer seine Vertreter gewählt hat, dass diese Vertreter ihre Legitimität aus der Tatsache ableiten, dass das Volk ihnen die Macht in die Hände legt, dass die gewählten Vertreter diejenigen sind, die die Angelegenheiten der Provinz vorantreiben und dass sie die legitime Autorität für all die Anliegen darstellen, die das Volk von ihnen zu verteidigen verlangt. Ging es damals um einen Blick in die Zukunft, um einen eventuellen Prozess der Bestimmung der Zukunft von Quebec? Wir glauben nicht, dass dies der Fall ist. Wesentlich für die Beilegung des Streits ist, dass die Nationalversammlung die verfassungsmäßige Kompetenz hatte, alle Abschnitte des Gesetzes 99 zu verabschieden. Nach diesem langen Verfahren offenbart der wahre Charakter des Gesetzes 99, d. h. das Ziel oder die Ziele, die es zu erreichen

sucht, nichts Verzerrtes, Verborgenes, Schädliches oder Rechtswidriges, so dass kein Eingreifen des Obersten Gerichtshofs von Quebec erforderlich ist.¹²¹

Gegen diese Entscheidung wird Berufung eingelegt, und in einem Urteil vom 9. April 2021 bestätigen das Berufungsgericht von Quebec, ebenso wie der Oberste Gerichtshof, die Verfassungsmäßigkeit der Artikel des *Gesetzes über die Grundrechte Quebecs* und insbesondere derjenigen, die das Selbstbestimmungsrecht von Quebec bekräftigen.¹²² Indem er die Ansprüche der Berufungskläger und des Generalstaatsanwalts Kanadas zurückweist und im Namen eines einstimmigen Drei-Richter-Gremiums spricht, hat Richter Robert Mainville eindeutig ein starkes Interesse daran zu betonen, dass Quebec keine Provinz wie andere ist. Dies tut er mit folgenden Worten:

Dass Quebec eine kanadische Provinz ist, ist eine unbestreitbare rechtliche Tatsache, und eine gerichtliche Erklärung in diesem Sinne würde keinem besonderen rechtlichen Zweck dienen. Vielmehr könnte sie angesichts ihrer rechtlichen Sinnlosigkeit zu Unsicherheit über ihren Zweck und ihren rechtlichen Geltungsbereich führen. Sie würde auch mit ziemlicher Sicherheit die ernsthaften Spannungen über den Status von Quebec innerhalb der kanadischen Konföderation verschärfen, einschließlich des Status einer „eigenständigen Gesellschaft“ oder „eigenständigen Nation“, der von der Regierung Quebecs und mehreren anderen politischen Akteuren vorangetrieben und 2006 durch eine Entschließung des kanadischen Parlaments gebilligt wurde, sowie die Bewegung in Richtung eines asymmetrischen Föderalismus, wie ihn einige befürworten.

121 *Ebd.*, 572-579.

122 *Henderson c. Procureur général du Québec*, 2021 QCCA 565. S. 21 [online: <https://courdappelduquebec.ca/jugements/details/henderson-c-procureur-general-du-quebec>] [im Folgenden „*Henderson 2021 QCCA*“]. Auszüge aus diesem Urteil finden sich in Anhang 7 des vorliegenden Berichts. Zu diesem Urteil, siehe Robert DUTRISAC, „Les droits du peuple québécois confirmés“, *Le Devoir*, 13. April 2021, S. A-6 [online: <https://www.ledevoir.com/opinion/editoriaux/598687/loi-99-les-droits-du-peuple-quebecois-confirmes>] und André BINETTE, „La Cour d’appel a validé la loi 99“, *L’Aut’Journal*, 13. April 2021 [online: <https://lautjournal.info/20210413/la-cour-dappel-valide-la-loi-99>].



Bei allem Respekt vor der gegenteiligen Meinung: Quebec ist keine Provinz wie die anderen. Dies ist eine unbestreitbare soziologische und politische Tatsache. Unter anderem ist Quebec die Heimat der französischen Sprache und Kultur in Nordamerika und sein auf dem Zivilrecht basierendes Rechtssystem unterscheidet sich deutlich von denen seiner Partner und Nachbarn. Mit diesen Ausführungen sollen nicht die Besonderheiten der anderen Provinzen Kanadas geleugnet oder geschmälert, sondern vielmehr sichergestellt werden, dass die wesentlichen und unbestreitbaren Besonderheiten Quebecs selbst nicht

überschattet oder aus der rechtlichen Debatte herausgenommen werden.¹²³

Das Berufungsgericht von Quebec, das die Schlussfolgerungen der Stellungnahme des Obersten Gerichtshofs von Kanada zu Fragen betreffend die Sezession Quebecs [*Renvoi relatif à la sécession du Québec*] bemüht und die Argumente des Berufungsklägers sowie des Generalstaatsanwalts von Kanada zurückweist¹²⁴, erklärt, dass es „die Beendigung des Rechtsstreits auf die Ablehnung des Rechtswegs beschränkt und dass das *Gesetz über die Vorrechte Quebecs* in Kraft und anwendbar bleibt [...]“¹²⁵.

¹²³ Henderson 2021 QCCA, S. 37, § 104.

¹²⁴ Hier sei angemerkt, dass das Berufungsgericht die Ausführungen nicht wieder aufgriff, die es in einem früheren Urteil vom 9. Mai 2006 bezüglich eines Antrags auf Zugang zu allen Dokumenten im Zusammenhang mit dem Referendum vom 30. Oktober 1995 dargelegt hatte, wonach „die Verfassung auch vorschreibt, dass die Regierung Quebecs, sollte eine Mehrheit der in Quebec ansässigen kanadischen Bürgerinnen und Bürger für einen Austritt Quebecs aus der kanadischen Föderation stimmen, mit dem übrigen Kanada Verhandlungen über Änderungen der Verfassung aufnehmen muss, um dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen [Reference Re Secession of Quebec, [1998] 2 R.C.S. 217]. Nur wenn diese Verhandlungen erfolglos bleiben, kann das Parlament von Quebec eine einseitige Unabhängigkeitserklärung abgeben, die im Sinne der Verfassung gültig ist und die folglich die politischen Institutionen des übrigen Kanada binden würde [Stellungnahme zu Fragen betreffend eine Sezession Quebecs von Kanada]“, [1998] 2 R.C.S. Siehe *Alliance Québec et al. c. Directeur général des élections du Québec*, 2006 QCCA 651, § 29 [online: <http://t.soquij.ca/o6YLf>].

¹²⁵ Henderson 2021 QCCA, S. 41 § 147.

Im Urteil des Berufungsgerichts Quebecs wird somit die verfassungsrechtliche Gültigkeit und die Bestätigung anerkannt, dass das Volk von Quebec faktisch und rechtlich über sich selbst verfügen kann und dass es Träger von Rechten ist, die allgemein unter dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker und dem im *Gesetz über die Grundrechte Quebecs* enthaltenen Recht auf Selbstbestimmung anerkannt sind.

Die Entscheidung des Berufungsführers, dieses Urteil nicht vor den Obersten Gerichtshof Kanadas zu bringen, macht es endgültig und nicht mehr anfechtbar. Damit wird einer juristischen Offensive ein Ende gesetzt, deren Ziel es war, die Gerichte zur Negierung des Selbstbestimmungsrechts von Quebec zu veranlassen, was die Richterschaft von Quebec und Kanada ablehnte, indem sie vielmehr für die Anerkennung dieses Rechts verantwortlich zeichneten.¹²⁶

126 Siehe hierzu Mylène CRÉTE, „La loi sur l'autodétermination du Québec est constitutionnelle“, *Le Devoir*, 10. April 2021, S. A-3 [online: <https://www.ledevoir.com/politique/quebec/598542/la-loi-99-sur-l-autodetermination-du-quebec-validee-par-la-cour-d-appel>].

SCHLUSSFOLGERUNG

Wie wir feststellen konnten, hat Quebec in den letzten sieben Jahrzehnten sein Recht auf Selbstbestimmung und das Recht der Quebecer Bevölkerung auf Selbstbestimmung geltend gemacht. Dieses Recht hat es auch erfolgreich wahrgenommen. Drei Referenden, darunter zwei über die Unabhängigkeit, haben es Quebec ermöglicht, die Bevölkerung über ihren politischen Status und über die Mittel zur freien Gestaltung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu befragen. Es konnte auch darauf zählen, dass der Oberste Gerichtshof Kanadas sein „Recht auf Sezession“ festschrieb und das Berufungsgesicht von Quebec die verfassungsrechtliche Gültigkeit des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung von Quebec anerkannte.

Dennoch scheint es, dass Quebec einige Steine in den Weg gelegt wurden, um es an der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts zu hindern. Zum Beispiel könnte das Klarheitsgesetz [*Loi sur la clarté*], das immer noch in Kraft ist, ins Spiel kommen, wenn eine zukünftige Regierung Quebecs einen neuen Souveränitätsprozess einleitet und die Nationalversammlung eine Frage genehmigt, die die Wählerinnen und Wähler von Quebec auffordert, eine solche Frage zur Unabhängigkeit zu beantworten. Das kanadische Unterhaus könnte beschließen, über die Klarheit der gestellten Referendumsfrage sowie der Mehrheit zu entscheiden, wie es jene *Loi sur la clarté* ja ermöglicht. Dabei könnte es zu dem Schluss zu kommen, dass eine Referendumsfrage nicht eindeutig ist oder dass die Ergebnisse eines Referendums nicht zeigen, dass eine klare Mehrheit der Bevölkerung Quebecs ihren Willen erklärt hat, dass Quebec nicht länger Teil von Kanada sein soll.

Derartige Schlussfolgerungen könnten im Widerspruch

zu denen der Nationalversammlung von Quebec stehen. Wenn die Nationalversammlung Quebecs eine Frage in Übereinstimmung mit dem Referendumsgesetz billigt, würden die Quebecerinnen und Quebecer in der Volksbefragung eben diese Frage beantworten, unabhängig von der Schlussfolgerung des kanadischen Unterhauses in Bezug auf ihre Klarheit. In Bezug auf die Eindeutigkeit der Mehrheit legt das *Gesetz über die Grundrechte Quebecs* in Artikel 4 fest, dass „wenn das Volk von Quebec in einem gemäß dem Referendumsgesetz abgehaltenen Referendum befragt wird, diejenige Antwortoption den Sieg davonträgt, die die Mehrheit der für gültig erklärten Stimmen erhält, d. h. fünfzig Prozent dieser Stimmen plus eine Stimme“. Würde das Unterhaus bei einer solchen Mehrheit von 50 % + 1 davon ausgehen, dass eine klare Mehrheit der Bevölkerung von Quebec ihren Willen bekundet hat, dass Quebec nicht länger Teil von Kanada sein soll? Wäre dies nicht der Fall, hätten wir es mit einem veritablen Konflikt zu tun. Diesen hat Quebec im Übrigen antizipiert, indem es im *Gesetz über die Grundrechte* in Artikel 13 einfügte, dass „kein anderes Parlament und keine andere Regierung die Befugnisse, die Autorität, die Souveränität und die Legitimität der Nationalversammlung einschränken und den demokratischen Willen des Volkes von Quebec, seine eigene Zukunft zu bestimmen, erzwingen darf“.

Die Gerichte könnten zur Schlichtung eines solchen Konflikts angerufen werden, falls sich die Regierung von Quebec auf Artikel 13 des *Gesetzes über die Grundrechte Quebecs* beruft, um die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des Quebecer Volkes zu gewährleisten, das in eben diesem Gesetz bestätigt wird. In seinem Urteil vom 9. April 2021 hat das Berufungsgesicht von Quebec die Möglichkeit einer gerichtlichen

Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes aufgeworfen, sollte es die Quelle einer Souveränitätserklärung sein, die aufgrund der Schlussfolgerungen des kanadischen Unterhauses bezüglich der Klarheit der Frage oder der Mehrheit abgegeben wurde – trotz der Weigerung der kanadischen Regierung, mit Quebec zu verhandeln. Im Rahmen einer solchen Überprüfung lässt das Gericht durchscheinen, dass „das *Klarheitsgesetz* und das *Gesetz über [die Grundrechte] Quebecs* von den Gerichten zwar miteinander in Einklang gebracht werden müssten, da beide Teil des materiellen Rechts von Quebec seien, es jedoch Umstände geben könne, unter denen eine solche Vereinbarkeit unmöglich sei“¹²⁷.

Die Unmöglichkeit einer solchen Vereinbarkeit könnte die Gerichte zu der Prüfung veranlassen, ob die Verpflichtung zu Verhandlungen, auf die sich der Oberste Gerichtshof Kanadas in seiner Stellungnahme zur Frage betreffend eine Sezession von Quebec [*Renvoi sur la sécession du Québec*] bezieht, eingehalten wurde oder nicht, oder es könnte schlicht die Ansichten des Gerichtshofs über die erheblichen internationalen Auswirkungen einer Verhandlungsverweigerung, insbesondere im Hinblick auf die internationale Anerkennung, bestätigen:

In dem Maße, in dem ein Verstoß gegen die verfassungsmäßige Verpflichtung, in Übereinstimmung mit den oben beschriebenen Prinzipien

zu verhandeln, die Legitimität der Handlungen einer Partei untergräbt, kann dies erhebliche internationale Auswirkungen haben. Zum Beispiel kann das Versäumnis, Verhandlungen in Übereinstimmung mit rechtsstaatlichen Prinzipien zu initiieren und zu führen, die Legitimität der Regierung, die sie beansprucht, untergraben, was im Allgemeinen eine Voraussetzung für die Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft ist. Umgekehrt kann die Verletzung dieser Prinzipien durch die Bundesregierung oder die Regierungen anderer Provinzen in ihrer Reaktion auf eine Forderung nach Abspaltung ihre Legitimität untergraben. So hätte ein Quebec, das angesichts der ungerechtfertigten Unnachgiebigkeit anderer Teilnehmer auf Bundes- oder Provinzebene in Übereinstimmung mit verfassungsrechtlichen Prinzipien und Werten verhandelt hat, wahrscheinlich bessere Chancen auf Anerkennung als ein Quebec, das während des Verhandlungsprozesses selbst nicht in Übereinstimmung mit verfassungsrechtlichen Prinzipien gehandelt hat. Die Rechtmäßigkeit der Handlungen der Verhandlungsparteien nach kanadischem Recht und die Legitimität ihrer Handlungen wären beide wichtige Faktoren im Anerkennungsprozess. Auf diese Weise würde die Einhaltung der Verhandlungspflicht durch die Parteien indirekt zu einer internationalen Bewertung führen. [...].¹²⁸

127 Siehe *Henderson 2021 QCCA*, S. 40 § 116.

128 Siehe *Renvoi relatif à la sécession du Québec*, § 103. Der Oberste Gerichtshof Kanadas geht in seiner beratenden Stellungnahme weiter auf die Frage der internationalen Anerkennung ein und führt unter anderem aus: „142. [...] Die Abspaltung einer Provinz von Kanada könnte, wenn sie vor Ort erfolgreich ist, durchaus zur Gründung eines neuen Staates führen. Während die Anerkennung durch andere Staaten zumindest theoretisch nicht notwendig ist, um Staatlichkeit zu erlangen, hängt die Lebensfähigkeit einer aufstrebenden Entität in der internationalen Gemeinschaft in der Praxis von ihrer Anerkennung durch andere Staaten ab. Dieser Anerkennungsprozess wird durch Rechtsnormen geleitet. Die internationale Anerkennung allein verleiht jedoch keine Staatlichkeit, und es muss betont werden, dass sie nicht bis zum Zeitpunkt der Sezession zurückreicht, um rückwirkend als Quelle eines ursprünglichen ‚legalen‘ Rechts auf Sezession zu dienen. Die

Obgleich die Möglichkeit einer Verhandlungsverweigerung Kanadas auf der Grundlage des *Klarheitsgesetzes* im Falle eines Referendums zugunsten der Unabhängigkeit Quebecs nicht ausgeschlossen werden kann, besteht Grund zu der Annahme, dass das demokratische Prinzip, das sich als Quelle des „Rechts auf das Streben nach Sezession“ erwiesen hat und das der Oberste Gerichtshof in seiner Stellungnahme zu Fragen betreffend eine Sezession Quebecs verankert hat, die Oberhand gewinnen würde. In diesem Zusammenhang sei an eine Aussage des Bundesjustizministers und Generalstaatsanwalts von Kanada, Allan Rock, erinnert:

Führende Politiker in allen unseren Provinzen und die kanadische Öffentlichkeit sind sich seit langem einig, dass das Land nicht gegen den klar geäußerten Willen der Quebecer vereint bleiben wird. Unsere Regierung stimmt mit dieser Position überein. Dieses Denken entspringt zum Teil unseren Traditionen der Toleranz und des gegenseitigen Respekts, aber es existiert auch, weil wir instinktiv wissen, dass die Qualität und das eigentliche Funktionieren unserer Demokratie die allgemeine Zustimmung aller Kanadier erfordert.¹²⁹

Wenn das demokratische Prinzip, die Qualität und das Funktionieren der Demokratie sich in der Anerkennung niederschlagen, warum sollte es dann jenseits der Grenzen Kanadas und Quebecs anders sein? Alle

Völker, die nach Selbstbestimmung streben, könnten die Regierungen der Staaten, denen sie angehören, daran erinnern, dass ihr Entscheidungsrecht auch auf dem demokratischen Prinzip beruht, das in vielen Verfassungen der Welt verankert ist. Dieser Grundsatz bietet eine solide Grundlage für andere Völker, sich auf das demokratische Prinzip zu berufen, um sich selbst zu ermächtigen. Dies schließt auch die Völker Europas ein, deren Recht zu wählen von der Europäischen Freien Allianz gefördert wird. Hat nicht die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon in ihrer Siegesrede bei den schottischen Wahlen am 6. Mai 2021 die Bedeutung des demokratischen Prinzips bekräftigt, als sie sagte: „Es gibt einfach keine demokratische Rechtfertigung für Boris Johnson oder irgendjemand anderen, dem schottischen Volk das Recht auf die Wahl seiner eigenen Zukunft zu verweigern“¹³⁰.

In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, dass der *Vertrag über die Europäische Union*¹³¹ in seiner Präambel auf die Demokratie und den demokratischen Charakter der Organe Bezug nimmt. Dabei heißt es in Artikel 2: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, *Demokratie*, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern

Anerkennung erfolgt erst, nachdem es einer territorialen Einheit gelungen ist, als politische Tatsache die Abspaltung zu erreichen“: siehe auch § 143 und 144. Zu dieser Frage siehe Daniel TURP, „La reconnaissance internationale dans le *Renvoi relatif à la sécession du Québec* de la Cour suprême du Canada“, in Daniel TURP, *Le droit de choisir*, Fußnote 15 oben, S. 653 und in englischer Fassung mit dem Titel „International Recognition in the Supreme Court of Canada’s Québec Reference“, [1998] 35 *Annuaire canadien de droit international* 335-346.

129 Kanada, *Débats de la Chambre des communes du Canada*, 35. Legislatur, 2. Sitzung, 26. September 1996 [Übersetzung] [online: <https://www.noscommunes.ca/DocumentViewer/fr/35-2/chambre/seance-75/debats#4745>].

130 Die Originalversion dieser Aussage, wie in der Zeitung *The Guardian* berichtet, lautet: „[T]here is simply no democratic justification whatsoever for [U.K. Prime Minister] Boris Johnson or anyone else seeking to block the right of the people of Scotland to choose our future“: Siehe „SNP Election Win: Johnson sets up summit as Sturgeon pledges second referendum“, *The Guardian*, 8. Mai 2021 [online: <https://www.theguardian.com/uk-news/2021/may/08/nicola-sturgeon-second-independence-referendum-snp-scottish-elections-holyrood>]. Siehe auch AGENCE FRANCE PRESSE, „Victoire des indépendantistes qui exigent un référendum d’autodétermination“, *La Presse*, 8. Mai 2021 [online: <https://www.lapresse.ca/international/europe/2021-05-08/elections-en-ecosse/victoire-des-independantistes-qui-exigent-un-referendum-d-autodetermination.php>] [die französische Übersetzung der Erklärung stammt von Agence France Presse] und Pauline FROISSART, „Un bras de fer se dessine entre Londres et Édimbourg“, *La Presse*, 9. Mai 2021 [online: <https://www.lapresse.ca/international/europe/2021-05-09/referendum-en-ecosse/un-bras-de-fer-se-dessine-entre-londres-et-edimbourg.php>].

131 Die konsolidierte Fassung des Vertrags ist verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e-6da6.0002.02/DOC_1&format=pdf.

auszeichnet“. So könnte man sich vorstellen, dass das demokratische Prinzip zu den „allgemeinen Grundsätzen“ gehört, die sich aus den gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten ergeben, und dass man sich vor dem Gerichtshof der Europäischen Union darauf berufen könnte – wie es der Oberste Gerichtshof Kanadas für Quebec getan hat –, damit den Völkern Europas ein Recht auf Selbstbestimmung, einschließlich eines „Rechts auf Streben nach Abspaltung“, zuerkannt wird, für dessen Einhaltung die Europäische Union sich als Garant erweisen und sie gewährleisten könnte.¹³²

In Erwartung einer solchen Anerkennung sollten die Völker Europas, wie sie es bislang getan haben und weiterhin tun werden, ihr Recht auf Selbstbestimmung bejahen und sich die Mittel zum Handeln geben. Dazu sollten sie sich von jenen Mitteln inspirieren lassen, die Quebec eingesetzt hat und die es nicht an der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts gehindert haben, sondern die, wie Ernest Renans so schön sagte „die Nation zu einem täglichen Plebiszit“¹³³ machen.

132 Siehe hierzu Nicolas LEVRAT, *The Right to National Self-determination within the EU: a Legal Investigation*, Euborders Working Paper, 8. September 2017 [online: https://www.dcu.ie/sites/default/files/law_and_government/levrat.pdf].

133 Ernest RENAN, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris, Calman-Lévy, 1882, S. 28.

ANNEXES ANHÄNGE

ANNEXE 1

Loi sur la consultation populaire [Extraits] [1977]

ANNEXE 2

Loi reconnaissant le droit à la libre disposition du peuple Québécois
[Projets de loi nos 191 et 194] [1978 et 1985]

ANNEXE 3

Loi sur l'avenir du Québec [Projet de loi no 1] [1995]

ANNEXE 4

Renvoi relatif à la sécession du Québec [Extraits] [1998]

ANNEXE 5

Loi de clarification [*Loi sur la clarté*] [2000]

ANNEXE 6

*Loi sur l'exercice des droits fondamentaux des prérogatives
du peuple Québécois et de l'État du Québec* [2000]

ANNEXE 7

Henderson c. Procureur général dit Québec [Extraits] [2021]

Loi sur la consultation populaire

[Extraits]

R.L.R.Q., chapitre C-64.1

[En ligne : <http://legisquebec.gouv.qc.ca/fr/showdoc/cs/c-64.1>]

CHAPITRE III

L'OBJET DE LA CONSULTATION

7. Le gouvernement peut ordonner que les électeurs soient consultés par référendum :
- a) sur une question approuvée par l'Assemblée nationale conformément aux articles 8 et 9, ou
 - b) sur un projet de loi adopté par l'Assemblée nationale conformément à l'article 10.

Dès que l'Assemblée nationale a été saisie de la question ou du projet de loi visé au premier alinéa, le secrétaire général de l'Assemblée doit en aviser, par écrit, le directeur général des élections.

8. L'Assemblée nationale peut, sur proposition du Premier ministre, adopter le texte d'une question devant faire l'objet d'une consultation populaire. Le débat de cette proposition est une affaire prioritaire et a préséance sur toute autre question, sauf le débat sur le discours d'ouverture de la session.
9. Lors du débat sur la proposition prévue à l'article 8, un député peut proposer une motion d'amendement ou de sous-amendement, mais cette motion ne restreint pas le droit d'un autre député de présenter une telle motion, ni de traiter à la fois de la motion de fond et des motions d'amendement ou de sous-amendement. La

règle voulant qu'un député ne parle qu'une fois ne s'applique pas. Dès que le débat a duré 35 heures, le président de l'Assemblée nationale, après une conférence avec les leaders de groupes parlementaires, doit mettre successivement aux voix, dans l'ordre qu'il détermine, les motions d'amendement ou de sous-amendement et la motion de fond.

10. Un projet de loi adopté par l'Assemblée nationale ne peut être soumis à la consultation populaire que si, lors de son dépôt, il contient une disposition à cet effet ainsi que le texte de la question soumise à la consultation. Ce projet ne peut être présenté pour sanction qu'après avoir été soumis aux électeurs par voie de référendum.
11. Un projet de loi soumis à la consultation populaire peut recevoir la sanction après la prorogation de la session durant laquelle il a été adopté, pourvu que ce soit avant la dissolution de la Législature qui a voté son adoption.
12. Il ne peut y avoir, au cours d'une même Législature, plus d'un référendum sur le même objet ou sur un objet qui, de l'avis du Conseil du référendum, lui est substantiellement semblable.

CHAPITRE IV

DÉCRET ORDONNANT UN RÉFÉRENDUM

13. La tenue d'un référendum est ordonnée par décret du gouvernement adressé au directeur général des élections. Ce décret lui enjoint de tenir un référendum à la date qui y est fixée. Le directeur général fait parvenir copie du décret au directeur du scrutin de chaque circonscription électorale qui doit s'y conformer.

14. Aucun décret ordonnant la tenue d'un référendum ne peut être pris avant le dix-huitième jour qui suit celui où l'Assemblée nationale a été saisie de la question ou du projet de loi visé à l'article 7.
15. Dès qu'un décret ordonnant la tenue d'une élection générale est délivré, tout décret ordonnant la tenue d'un référendum cesse d'avoir effet et aucun décret ne peut être délivré avant que les élections générales n'aient eu lieu. [...]

CHAPITRE VIII

LA CAMPAGNE RÉFÉRENDAIRE

SECTION I

COMITÉS NATIONAUX

22. Dès que l'Assemblée nationale a adopté le texte d'une question ou d'un projet de loi qui doit être soumis à la consultation populaire, le secrétaire général de l'Assemblée doit en informer, par écrit, le directeur général des élections.

Il doit également faire parvenir à chaque membre de l'Assemblée nationale un avis à l'effet que celui-ci peut, dans les cinq jours qui suivent celui de l'adoption de la question ou du projet de loi, s'inscrire auprès du directeur général des élections en faveur d'une des options soumises à la consultation populaire.

23. Tous les membres de l'Assemblée nationale qui, dans les cinq jours qui suivent celui de l'adoption d'une question ou d'un projet de loi qui doit être soumis à la consultation populaire, s'inscrivent auprès du directeur général des élections pour l'une des options, forment le comité provisoire en faveur de cette option.

Lorsque, à la fin du délai prévu au premier alinéa, il n'y a aucun membre de l'Assemblée nationale qui se soit inscrit en faveur d'une des options, le directeur général des élections peut inviter au moins trois et au plus vingt électeurs à former le comité provisoire en faveur de cette option. Ces électeurs doivent être choisis parmi les personnes publiquement identifiées à cette option.

Le directeur général des élections doit, dans les meilleurs délais, convoquer une réunion de chaque comité provisoire au lieu, jour et heure qu'il indique. Lors de cette réunion, les membres de chaque comité provisoire adoptent les règlements devant régir le comité national en faveur de cette option et en nomment le président.

24. Les règlements régissant un comité national peuvent déterminer toutes les matières relatives à son bon fonctionnement y compris le nom sous lequel il sera connu et la façon dont il sera constitué.

Ces règlements peuvent également prévoir la mise sur pied d'instances de ce comité au niveau de chaque circonscription électorale, pourvu que chacune de ces instances soit autorisée par le président du comité national.

Ces règlements doivent de plus prévoir l'affiliation au comité de groupes favorables à la même option et voir à l'établissement des normes, conditions et modalités régissant l'affiliation et le financement de ces groupes.

- 24.1 Toute demande d'affiliation à un comité national doit être présentée dans les sept jours suivant l'adoption des règlements de ce comité.

Le comité national doit décider de la demande dans les sept jours de sa présentation.

25. La résolution d'un comité provisoire nommant le président et celle adoptant les règlements d'un comité national doivent être attestées par la signature d'une majorité des membres de ce comité provisoire. Elles prennent effet lorsqu'elles ont été transmises au directeur général des élections. Elles ne peuvent être remplacées ou modifiées que suivant la même procédure.

SECTION II

DROIT À L'INFORMATION

26. Au plus tard dix jours avant la tenue du scrutin, le directeur général des élections doit transmettre aux électeurs une brochure unique expliquant chacune des options soumises à la consultation populaire et dont le texte est déterminé par les comités nationaux respectifs. Cette brochure doit assurer à chaque option un espace égal fixé par le directeur général.

Projet de loi n° 194

Loi reconnaissant le droit à la libre disposition du peuple Québécois

22 juin 1978

Présenté par M. FABIEN ROY

CONSIDÉRANT que le peuple Québécois possède, en tant que peuple distinct, des caractéristiques propres et une continuité historique enracinée dans le territoire Québécois sur lequel il exerce un droit de possession par l'entremise de son gouvernement de sa Législature l

Considérant que la Législature a le pouvoir de voter des lois pour modifier la constitution du Québec ;

Considérant que les membres de l'Assemblée nationale du Québec sont élus au suffrage universel par le peuple du Québec ;

Considérant que l'Assemblée nationale du Québec tient sa légitimité du peuple Québécois dont elle constitue le seul organe législatif qui lui soit propre ;

À ces causes, Sa Majesté, de l'avis et du consentement de l'Assemblée nationale du Québec, décrète ce qui suit :

CHAPITRE I**DISPOSITIONS GÉNÉRALES**

1. Font partie du peuple Québécois L
 - a) les personnes nées et domiciliées au Québec ;
 - b) les citoyens canadiens domiciliés au Québec.
2. La naissance et le domicile au Québec se prouvent conformément au Code civil.

Projet de loi n° 194

Loi reconnaissant le droit à la libre disposition du peuple Québécois

15 mai 1985

Présenté par M. GILBERT PAQUETTE

3. L'autorité législative de l'État du Québec tient sa légitimité de la possession de son territoire et de la volonté du peuple qui l'habite ; cette volonté s'exprime dans des élections au suffrage universel et au vote secret ou suivant une procédure équivalente assurant la liberté de vote.

CHAPITRE II**DROITS ET LIBERTÉS POLITIQUES DU PEUPLE QUÉBÉCOIS**

4. Le peuple Québécois est, en fait comme en droit, titulaire des droits universellement reconnus en vertu du principe de l'égalité des droits des peuples et leur droit à disposer d'eux-mêmes.
5. Seul le peuple Québécois a droit de choisir son régime politique et son statut juridique [Projet de loi no 194].
6. Seul le peuple Québécois a droit de choisir le régime politique et le statut juridique du Québec [Projet de loi no 191]
7. Seule l'Assemblée nationale a droit de statuer sur la nature, l'étendue et les modalités techniques de l'exercice du droit du peuple Québécois à disposer de lui-même.
8. Au cas d'atteinte au droit du peuple Québécois à disposer de lui-même, à la compétence de

l'Assemblée nationale ou au libre fonctionnement des institutions politiques Québécoises., le gouvernement du Québec, sur l'avis de l'Assemblée nationale, peut faire appel directement aux organismes internationaux pour rétablir le peuple Québécois dans ses droits.

CHAPITRE III
DISPOSITIONS DIVERSES

9. La présente loi ne peut être interprétée de façon à limiter les droits qui y sont définis.
10. La présente loi fait partie de la constitution du Québec.
11. La présente loi entre en vigueur le jour de sa sanction

Loi sur l'avenir du Québec

[Projet de loi no 1]

[En ligne : <https://www.sqrc.gouv.qc.ca/documents/positions-historiques/positions-du-qc/partie3/Document30.pdf>]

PRÉAMBULE

DÉCLARATION DE SOUVERAINETÉ

Voici venu le temps de la moisson dans les champs de l'histoire. Il est enfin venu le temps de récolter ce que sèment pour nous quatre cents ans de femmes et d'hommes et de courage, enracinés au sol et dedans retournés.

Voici que naît pour nous, ancêtres de demain, le temps de préparer pour notre descendance des moissons dignes des travaux du passé.

Que nos travaux leur ressemblent et nous rassemblent enfin.

À l'aube du XVIIe siècle, les pionniers de ce qui allait devenir une nation, puis un peuple, se sont implantés en terre Québécoise. Venus d'une grande civilisation, enrichis par celle des Premières Nations, ils ont tissé des solidarités nouvelles et maintenu l'héritage français.

La conquête de 1760 n'a pas brisé la ténacité de leurs descendants à demeurer fidèles à un destin original en Amérique. Dès 1774, par l'Acte de Québec, le conquérant reconnaissait le caractère distinct de leurs institutions. Ni les tentatives d'assimilation, ni l'Acte d'union de 1840 ne sont parvenus à mater leur endurance.

La communauté anglaise qui s'est établie à leurs côtés, les immigrants qui se sont joints à eux ont contribué à former ce peuple qui, en 1867, est devenu l'un des deux fondateurs de la fédération canadienne.

Nous, peuple d'ici,

Parce que nous habitons les territoires délimités par nos ancêtres, de l'Abitibi aux Îles-de-la-Madeleine, de l'Ungava aux frontières américaines, parce que depuis quatre cents ans, nous avons défriché, labouré, arpenté, creusé, pêché, construit, recommencé, discuté, protégé et aimé cette terre que le Saint-Laurent traverse et abreuve ;

Parce que cette terre bat en français et que cette pulsation signifie autant que les saisons qui la régissent, que les vents qui la plient, que les gens qui la façonnent ;

Parce que nous y avons créé une manière de vivre, de croire et de travailler originale ;

Parce que dès 1791, nous y avons instauré une des premières démocraties parlementaires au monde et que nous n'avons cessé de la parfaire ;

Parce que l'héritage des luttes et du courage passés nous incombe et doit aboutir à la prise en charge irrévocable de notre destin ;

Parce que ce pays est notre fierté et notre seul recours, notre unique chance de nous dire dans l'entièreté de nos natures individuelles et de notre cœur collectif ;

Parce que ce pays sera tous ceux, hommes et femmes, qui l'habitent, le défendent et le définissent, et que ceux-là, c'est nous.

Nous, peuple du Québec, déclarons que nous sommes libres de choisir notre avenir.

L'hiver nous est connu. Nous savons ses frimas, ses solitudes, sa fausse éternité et ses morts apparentes.

Nous avons bien connu ses morsures.

Nous sommes entrés dans la fédération sur la foi d'une promesse d'égalité dans une entreprise commune et de respect de notre autorité en plusieurs matières pour nous vitales.

Mais la suite a démenti les espoirs du début. L'état canadien a transgressé le pacte fédératif en envahissant de mille manières le domaine de notre autonomie et en nous signifiant que notre croyance séculaire dans l'égalité des partenaires était une illusion.

Nous avons été trompés en 1982, quand les gouvernements du Canada et des provinces anglophones ont modifié la Constitution en profondeur et à notre détriment, passant outre à l'opposition catégorique de notre Assemblée nationale.

Deux fois depuis, on a tenté de réparer ce tort. En 1990, l'échec de l'accord du lac Meech a révélé le refus de reconnaître jusqu'à notre caractère distinct. En 1992, le rejet de l'accord de Charlottetown, et par les Canadiens et par les Québécois, a consacré l'impossibilité de tout accommodement.

Parce que nous avons perduré en dépit des tractations et des marchandages dont nous avons été l'objet ;

Parce que le Canada, loin de s'enorgueillir de l'alliance entre ses deux peuples et de la clamer au monde, n'a eu de cesse de la banaliser et de consacrer le principe d'une égalité factice entre provinces ;

Parce que depuis la Révolution tranquille, nous avons pris le parti de ne plus nous cantonner dans la survie mais, désormais, de construire sur notre différence ;

Parce que nous avons l'intime conviction que persister à l'intérieur du Canada signifierait s'étioler et dénaturer notre identité même ;

Parce que le respect que nous nous devons à nous-mêmes doit guider nos actes ;

Nous, peuple du Québec, affirmons la volonté de détenir la plénitude des pouvoirs d'un état : prélever tous nos impôts, voter toutes nos lois, signer tous nos traités et exercer la compétence des compétences en concevant et maîtrisant, seuls, notre loi fondamentale.

Pour les gens de ce pays qui en sont la trame et le fil et l'usure, pour ceux et celles de demain que nous voyons grandir, l'être précède l'avoir. Nous faisons de ce principe le cœur de notre projet.

Notre langue scande nos amours, nos croyances et nos rêves pour cette terre et pour ce pays. Afin que le profond sentiment d'appartenance à un peuple distinct demeure à jamais le rempart de notre identité, nous proclamons notre volonté de vivre dans une société de langue française.

Notre culture nous chante, nous écrit et nous nomme à la face du monde. Elle se colore et s'accroît de plusieurs apports. Il nous importe de les accueillir, pour que jamais ces différences ne soient considérées comme menaces ou objets d'intolérance.

Ensemble, nous célébrerons les joies, nous éprouverons les chagrins que la vie mettra sur notre route. Surtout, nous assumerons nos succès et nos échecs, car dans l'abondance comme dans l'infortune nous aurons fait nos propres choix.

Nous savons de quelles vaillances se sont construites les réussites de ce pays. Ceux et celles qui ont bâti le

dynamisme du Québec tiennent à léguer leurs efforts aux vaillances de demain. Notre capacité d'entraide et notre goût d'entreprendre sont une force. Nous nous engageons à reconnaître et à encourager ce « cœur à l'ouvrage » qui fait de nous des bâtisseurs.

Nous partageons avec les pays de même taille que le nôtre cette vertu particulière de s'adapter vite et bien aux défis mouvants du travail et des échanges. Notre aptitude au consensus et à l'invention nous permettra de prendre bonne place à la table des nations.

Nous entendons soutenir l'imagination et la capacité des collectivités locales et régionales dans leur volonté de développement économique, social et culturel.

Gardiens de la terre, de l'eau et de l'air, nous agissons avec le souci de la suite du monde.

Gens de ce nouveau pays, nous nous reconnaissons des devoirs moraux de respect, de tolérance et de solidarité les uns envers les autres.

Réfractaires à l'autoritarisme et à la violence, respectueux de la volonté populaire, nous nous engageons à garantir la démocratie et la primauté du droit.

Le respect de la dignité des femmes, des hommes et des enfants et la reconnaissance de leurs droits et libertés constituent le fondement de notre société. Nous nous engageons à garantir les droits civils et politiques des individus, notamment le droit à la justice, le droit à l'égalité et le droit à la liberté.

Le combat contre la misère et la pauvreté, le soutien aux jeunes et aux aînés, sont essentiels à notre projet. Les plus démunis d'entre nous peuvent compter sur notre solidarité et sur notre sens des responsabilités. Le partage équitable des richesses étant notre objectif, nous nous engageons à promouvoir le plein emploi et à garantir les droits sociaux et économiques :

notamment le droit à l'éducation, le droit aux services de santé ainsi qu'aux autres services sociaux.

Notre avenir commun est entre les mains de tous ceux pour qui le Québec est une patrie. Parce que nous avons à cœur de conforter les alliances et les amitiés du passé, nous préserverons les droits des Premières Nations et nous comptons définir avec elles une alliance nouvelle. De même, la communauté anglophone établie historiquement au Québec jouit de droits qui seront préservés.

Indépendants, donc pleinement présents au monde, nous entendons oeuvrer pour la coopération, l'action humanitaire, la tolérance et la paix. Nous souscrirons à la Déclaration universelle des droits de l'Homme et aux autres instruments internationaux de protection des droits.

Sans jamais renoncer à nos valeurs, nous nous emploierons à tisser par ententes et par traités des liens mutuellement bénéfiques avec les peuples de la terre. Nous voudrions en particulier inventer avec le peuple canadien, notre partenaire historique, de nouvelles relations nous permettant de maintenir nos rapports économiques et de redéfinir nos échanges politiques. Nous déploierons aussi un effort singulier pour resserrer nos liens avec les peuples des États-Unis et de la France et ceux des autres pays des Amériques et de la Francophonie.

Pour accomplir ce projet, maintenir la ferveur qui nous habite et nous anime, puisque le temps est enfin venu de mettre en train la vaste entreprise de ce pays,

Nous peuple du Québec, par la voix de notre Assemblée nationale, proclamons :

Le Québec est un pays souverain.

LE PARLEMENT DU QUÉBEC DÉCRÈTE CE QUI SUIT :
DE L'AUTODÉTERMINATION

1. L'Assemblée nationale est autorisée, dans le cadre de la présente loi, à proclamer la souveraineté du Québec.

Cette proclamation doit être précédée d'une offre formelle de partenariat économique et politique avec le Canada.

DE LA SOUVERAINETÉ

2. A la date fixée dans la proclamation de l'Assemblée nationale, la déclaration de souveraineté inscrite au préambule prend effet et le Québec devient un pays souverain ; il acquiert le pouvoir exclusif d'adopter toutes ses lois, de prélever tous ses impôts et de conclure tous ses traités.

DU TRAITÉ DE PARTENARIAT

3. Le gouvernement est tenu de proposer au gouvernement du Canada la conclusion d'un traité de partenariat économique et politique sur la base de l'entente tripartite du 12 juin 1995 reproduite en annexe.

Ce traité doit, avant d'être ratifié, être approuvé par l'Assemblée nationale.

4. Est établi un comité d'orientation et de surveillance des négociations relatives au traité de partenariat, formé de personnalités indépendantes nommées par le gouvernement conformément à l'entente tripartite.
5. Le gouvernement doit favoriser l'établissement dans la région de l'Outaouais du siège des institutions créées par le traité de partenariat.

NOUVELLE CONSTITUTION

6. Un projet de nouvelle constitution sera élaboré par une commission constituante établie conformément aux prescriptions de l'Assemblée nationale. Cette commission, composée d'un nombre égal d'hommes et de femmes, sera formée d'une majorité de non-parlementaires et comprendra des Québécois d'origines et de milieux divers.

Les travaux de cette commission doivent être organisés de manière à favoriser la plus grande participation possible des citoyens dans toutes les régions du Québec, y compris, au besoin, par la création de sous-commissions régionales.

Le projet de la commission est déposé à l'Assemblée nationale qui en approuve la teneur définitive. Ce projet est ensuite soumis à la consultation populaire et devient, après son approbation, la loi fondamentale du Québec.

7. La nouvelle constitution précisera que le Québec est un pays de langue française et fera obligation au gouvernement d'assurer la protection et le développement de la culture Québécoise.
8. La nouvelle constitution affirmera la primauté de la règle de droit et comportera une charte des droits et des libertés de la personne. Elle affirmera également que les citoyens ont des responsabilités les uns envers les autres.

La nouvelle constitution garantira à la communauté anglophone la préservation de son identité et de ses institutions. Elle reconnaîtra également aux nations autochtones le droit de se gouverner sur des terres leur appartenant en propre et de participer au développement du Québec ; en outre, les droits constitutionnels

existants des nations autochtones y seront reconnus. Cette garantie et cette reconnaissance devront s'exercer dans le respect de l'intégrité du territoire Québécois.

Des représentants de la communauté anglophone et de chacune des nations autochtones doivent être invités par la commission constituante à participer à ses travaux pour ce qui est de la définition de leurs droits. Ceux-ci ne pourront être modifiés que suivant des modalités particulières.

9. La nouvelle constitution affirmera le principe de la décentralisation. Des pouvoirs spécifiques et des ressources fiscales et financières correspondantes seront attribués par la loi aux autorités locales et régionales.

TERRITOIRE

10. Le Québec conserve les frontières qui sont les siennes au sein de la fédération canadienne à la date de son accession à la souveraineté. Il exerce ses compétences sur son territoire terrestre, aérien et maritime, de même que sur les espaces adjacents à ses côtes, conformément aux règles du droit international.

CITOYENNETÉ

11. Acquiert la citoyenneté Québécoise toute personne qui a la citoyenneté canadienne et qui est domiciliée au Québec à la date de l'accession à la souveraineté.

Acquiert également la citoyenneté Québécoise toute personne qui est née au Québec, est domiciliée à l'extérieur du Québec à la date de l'accession à la souveraineté et réclame la citoyenneté Québécoise.

Dans les deux ans qui suivent la date de l'accession à la souveraineté, toute personne ayant la citoyenneté canadienne qui vient s'établir au Québec ou qui, sans être domiciliée au Québec, y a établi des liens manifestes peut réclamer la citoyenneté Québécoise.

12. La citoyenneté Québécoise peut être obtenue, après l'accession à la souveraineté, dans les cas et aux conditions prévus par la loi. Celle-ci doit notamment prévoir que la citoyenneté Québécoise est attribuée à toute personne qui est née au Québec ou qui est née à l'étranger d'un père ou d'une mère ayant la citoyenneté Québécoise.
13. La citoyenneté Québécoise peut être cumulée avec celle du Canada et de tout autre pays.

MONNAIE

14. La monnaie qui a cours légal au Québec demeure le dollar canadien.

TRAITÉS, ORGANISATIONS ET ALLIANCES INTERNATIONALES

15. Conformément aux règles du droit international, le Québec assume les obligations et jouit des droits énoncés dans les traités, conventions ou ententes internationales pertinents, auxquels le Canada ou le Québec est partie à la date de l'accession à la souveraineté, notamment ceux de l'Accord de libre-échange nord-américain.
16. Le gouvernement est autorisé à demander l'admission du Québec à l'Organisation des Nations Unies et à ses institutions spécialisées. Il prend également les mesures nécessaires pour assurer la participation du Québec à l'Organisation mondiale du commerce, à l'Organisation

des Etats américains, à l'Organisation de coopération et de développement économiques, à l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe, à la Francophonie, au Commonwealth et à d'autres organisations et conférences internationales.

17. Le gouvernement prend les mesures nécessaires pour que le Québec continue de participer aux alliances de défense dont le Canada est membre. Cette participation doit cependant être compatible avec la volonté du Québec d'accorder la priorité au maintien de la paix dans le monde sous l'égide de l'Organisation des Nations Unies.

CONTINUITÉ DES LOIS, DES PENSIONS, DES PRESTATIONS, DES PERMIS, DES CONTRATS ET DES TRIBUNAUX

18. Les lois du Parlement du Canada et les règlements qui en découlent, applicables au Québec à la date de l'accession à la souveraineté, sont réputés être des lois et des règlements du Québec. Les dispositions de ces lois et de ces règlements sont maintenues en vigueur jusqu'à ce qu'elles soient modifiées, remplacées ou abrogées.
19. Le gouvernement assure la continuité des programmes d'assurance-chômage et de prestations fiscales pour enfants ainsi que le versement des autres prestations effectué par le gouvernement du Canada aux personnes physiques domiciliées au Québec à la date de l'accession à la souveraineté. Les pensions et suppléments payables aux personnes âgées et aux anciens combattants continuent d'être payés par le gouvernement du Québec suivant les mêmes barèmes et conditions.

20. Les permis, licences et autres autorisations qui ont été délivrés avant le 30 octobre 1995 en vertu d'une loi du Parlement du Canada et qui sont en vigueur au Québec à la date de l'accession à la souveraineté sont maintenus. Ceux qui seront délivrés ou renouvelés le 30 octobre 1995 ou postérieurement seront également maintenus, à moins qu'ils ne soient dénoncés par le gouvernement dans le mois qui suit l'accession à la souveraineté.

Les permis, licences et autres autorisations ainsi maintenus pourront être renouvelés conformément à la loi.

21. Les ententes et les contrats qui ont été conclus avant le 30 octobre 1995 par le gouvernement du Canada ou ses agences et organismes et qui sont en vigueur au Québec à la date de l'accession à la souveraineté sont maintenus en substituant, s'il y a lieu, le gouvernement du Québec à la partie canadienne. Ceux qui seront conclus le 30 octobre 1995 ou postérieurement seront également maintenus en substituant, s'il y a lieu, le gouvernement du Québec à la partie canadienne, à moins qu'ils ne soient dénoncés par le gouvernement dans le mois qui suit l'accession à la souveraineté.
22. Les tribunaux judiciaires continuent d'exister après la date de l'accession à la souveraineté. Les causes en instance peuvent être poursuivies jusqu'à jugement. Toutefois, la loi peut prévoir le transfert de causes pendantes en Cour fédérale ou en Cour suprême à la juridiction Québécoise qu'elle détermine.

La Cour d'appel devient le tribunal de dernière instance jusqu'à l'institution d'une Cour suprême par la nouvelle constitution, à moins que la loi n'y pourvoie autrement.

Les juges nommés par le gouvernement du Canada avant le 30 octobre 1995 et qui sont en poste à la date de l'accession à la souveraineté sont confirmés dans leurs fonctions et conservent leur compétence. Ceux de la Cour fédérale et de la Cour suprême du Canada venant du Barreau du Québec deviennent, s'ils en expriment le désir, respectivement juges de la Cour supérieure et de la Cour d'appel.

FONCTIONNAIRES ET EMPLOYÉS FÉDÉRAUX

23. Le gouvernement peut, en respectant les conditions prévues par la loi, nommer le personnel nécessaire et prendre toutes les mesures appropriées pour faciliter l'application des lois canadiennes qui continuent de s'appliquer au Québec en vertu de l'article 18. Les sommes requises pour l'application de ces lois sont prises sur le fonds consolidé du revenu.

Le gouvernement s'assure que les fonctionnaires et autres employés du gouvernement du Canada ou de ses agences et organismes qui ont été nommés avant le 30 octobre 1995 et qui sont domiciliés au Québec à la date de l'accession à la souveraineté puissent devenir des fonctionnaires ou employés du gouvernement du Québec s'ils en expriment le désir. Le gouvernement peut, à cette fin, conclure avec toute association d'employés ou toute autre personne des ententes pouvant faciliter ce transfert. Le gouvernement peut également mettre sur pied un programme de mise à la retraite volontaire ; il donne suite à tout arrangement de retraite ou de départ volontaire dont bénéficiait une personne transférée.

CONSTITUTION TRANSITOIRE

24. Le Parlement du Québec peut adopter le texte

d'une constitution transitoire qui sera en vigueur à compter de la date de l'accession à la souveraineté jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle constitution du Québec. Cette constitution transitoire doit assurer la continuité des institutions démocratiques du Québec et des droits constitutionnels qui sont en vigueur à la date de l'accession à la souveraineté, notamment ceux qui concernent les droits et les libertés de la personne, la communauté anglophone, l'accès aux écoles de langue anglaise et les nations autochtones.

Jusqu'à ce que cette constitution transitoire entre en vigueur, les lois, règles et conventions qui régissent la constitution interne du Québec restent en vigueur.

AUTRES ACCORDS

25. Outre le traité de partenariat, le gouvernement est autorisé à conclure avec le gouvernement du Canada tout accord susceptible de faciliter l'application de la présente loi, notamment en ce qui touche le partage équitable de l'actif et du passif du gouvernement du Canada.

ENTRÉE EN VIGUEUR

26. Les négociations relatives à la conclusion du traité de partenariat ne doivent pas dépasser le 30 octobre 1996, à moins que l'Assemblée nationale n'en décide autrement.

La proclamation de la souveraineté peut être faite dès que le traité de partenariat aura été approuvé par l'Assemblée nationale ou dès que cette dernière aura constaté, après avoir demandé l'avis du comité d'orientation et de surveillance des négociations, que celles-ci sont infructueuses.

27. La présente loi entre en vigueur le jour de sa sanction.

ANNEXE

Texte de l'entente entre le Parti Québécois, le Bloc Québécois et l'Action démocratique du Québec, ratifié par MM. Jacques Parizeau, Lucien Bouchard et Mario Dumont, à Québec le 12 juin 1995.

UN PROJET COMMUN

Représentant le Parti Québécois, le Bloc Québécois et l'Action démocratique du Québec, nous convenons d'un projet commun qui sera soumis au référendum, afin de répondre, de manière moderne, décisive et ouverte, à la longue quête des Québécois pour la maîtrise de leur destin.

Nous convenons de conjuguer nos forces et de coordonner nos efforts pour qu'au référendum de l'automne de 1995, les Québécois puissent se prononcer pour un véritable changement : faire la souveraineté du Québec et proposer formellement un nouveau Partenariat économique et politique au Canada, visant notamment à consolider l'espace économique actuel.

Les éléments de ce projet commun seront intégrés au projet de loi qui sera déposé à l'automne et sur lequel les Québécois se prononceront lors du référendum.

Nous croyons que ce projet commun est respectueux des vœux d'une majorité de Québécoises et de Québécois, qu'il est le reflet des aspirations historiques du Québec, et qu'il incarne de façon concrète les préoccupations exprimées au sein des Commissions sur l'avenir du Québec.

Ainsi, notre projet commun rompt avec le statu quo canadien, rejeté par l'immense majorité des Québécois. Il est fidèle à la volonté d'autonomie des Québécois et fait en sorte que le Québec devienne souverain :

perçoive tous ses impôts, vote toutes ses lois, signe tous ses traités. Notre projet exprime aussi le souhait des Québécois de maintenir un lien souple et équitable avec nos voisins canadiens, pour gérer en commun l'espace économique, notamment par la mise en place d'institutions communes, y compris de nature politique. Nous sommes convaincus que cette proposition est conforme aux intérêts du Québec et du Canada, mais nous ne pouvons bien sûr préjuger de la décision que les Canadiens auront à prendre à cet égard.

Enfin, notre projet répond au vœu maintes fois exprimé ces derniers mois que le référendum puisse rassembler le plus grand nombre de Québécois possible sur une proposition claire, moderne, ouverte.

LE MANDAT RÉFÉRENDAIRE

Après une victoire du Oui au référendum, l'Assemblée nationale aura, d'une part, la capacité de proclamer la souveraineté du Québec et le gouvernement sera tenu, d'autre part, d'offrir au Canada une proposition de traité sur un nouveau Partenariat économique et politique qui vise notamment à consolider l'espace économique actuel. La question incorporera ces deux éléments.

L'ACCESSION À LA SOUVERAINÉTÉ

Dans la mesure où les négociations se déroulent positivement, l'Assemblée nationale déclarera la souveraineté du Québec après entente sur le traité de Partenariat. Un des premiers gestes du Québec souverain sera la ratification du traité de Partenariat.

Ces négociations ne dureront pas plus d'un an, sauf si l'Assemblée nationale en décide autrement.

Dans la mesure où les négociations seraient infructueuses, l'Assemblée nationale pourra déclarer la souveraineté du Québec dans les meilleurs délais.

LE TRAITÉ

Les nouvelles règles et la réalité du commerce international permettront à un Québec souverain, même sans Partenariat formel avec le Canada, de continuer à bénéficier d'un accès aux marchés extérieurs, entre autres à l'espace économique canadien. De plus, un Québec souverain pourra, de son propre chef, garder le dollar canadien comme devise.

Toutefois, étant donné l'ampleur des échanges économiques et l'intégration des économies, Québécoise et canadienne, il sera à l'avantage évident des deux États d'élaborer, par traité, un Partenariat économique et politique.

Le traité engagera les parties et prévoira les mesures aptes à maintenir et à améliorer l'espace économique existant. Il établira les règles de partage des actifs fédéraux et de gestion de la dette commune. Il prévoira de même la création et les règles de fonctionnement des institutions politiques communes nécessaires à la gestion du nouveau Partenariat économique et politique. Il prévoira la mise sur pied d'un Conseil, d'un Secrétariat, d'une Assemblée et d'un Tribunal de règlement des différends.

Prioritairement, le traité verra à ce que le Partenariat ait la capacité d'agir dans les domaines suivants :

- Union douanière ;
- Libre circulation des marchandises ;
- Libre circulation des personnes ;
- Libre circulation des services ;
- Libre circulation des capitaux ;
- Politique monétaire ;
- Mobilité de la main-d'oeuvre ;
- La citoyenneté ;

En fonction de la dynamique des institutions communes et du rythme de leurs aspirations, rien n'empêchera les deux États membres de s'entendre dans tout

autre domaine d'intérêt commun, tel que :

- En matière de commerce à l'intérieur du Partenariat, adapter et renforcer les dispositions de l'Accord sur le commerce intérieur.
- En matière de commerce international (par exemple, pour convenir de positions communes pour le maintien de l'exception culturelle dans l'OMC et l'ALÉNA) ;
- En matière de représentation internationale (par exemple, lorsqu'il le jugera utile ou nécessaire, le Conseil pourra décider que le Partenariat parlera d'une seule voix au sein d'instances internationales) ;
- En matière de transport (pour faciliter, par exemple, l'accès aux aéroports des deux pays ou pour harmoniser les politiques de transport routier, par rail ou de navigation intérieure) ;
- En matière de politique de défense (pour convenir notamment d'une participation commune à des opérations de maintien de la paix ou de coordination de la participation à l'OTAN et à NORAD) ;
- En matière d'institutions financières (pour définir par exemple la réglementation sur les banques à charte, les règles de sécurité et de saines pratiques financières) ;
- En matière de politiques fiscales et budgétaires (pour maintenir un dialogue visant une compatibilité des actions respectives) ;
- En matière de protection de l'environnement (pour fixer des objectifs notamment en matière de pollution trans-frontalière ou de transport et d'entreposage de matières dangereuses) ;
- En matière de lutte au trafic d'armes et au trafic de drogue ;
- En matière de postes ;
- En toutes autres matières que les parties considéreraient d'un intérêt commun.

LES INSTITUTIONS COMMUNES

1. Le Conseil

Le Conseil du Partenariat, formé à parts égales de ministres des deux États aura un pouvoir décisionnel quant à la mise en oeuvre du traité. Les décisions du Conseil du Partenariat devront être unanimes, donc chacun y aura droit de veto.

Le Conseil sera soutenu par un secrétariat permanent. Le Secrétariat servira de liaison fonctionnelle avec les gouvernements et veillera au suivi des décisions du Conseil. A la demande du Conseil ou de l'Assemblée parlementaire, le Secrétariat fera des rapports sur tout sujet relatif à l'application du traité.

2. L'Assemblée parlementaire

Une Assemblée parlementaire du Partenariat formée de députés Québécois et Canadiens désignés par leurs assemblées législatives respectives sera créée. Elle examinera les projets de décision du Conseil du Partenariat et lui fera ses recommandations. Elle pourra aussi adopter des résolutions sur tout sujet relatif à son application, à la suite notamment des rapports périodiques sur l'état du Partenariat que lui adressera le Secrétariat. Elle entendra, en audiences publiques, les dirigeants des commissions administratives bipartites chargées de l'application de certaines dispositions du traité.

La composition de l'Assemblée reflétera la répartition de la population au sein du Partenariat. Le Québec y détiendra 25 % des sièges. Le financement des institutions du Partenariat sera paritaire, sauf pour les dépenses occasionnées par les parlementaires, qui seront à la charge de chaque État.

3. Le Tribunal

Un tribunal devra être mis sur pied pour régler les différends relatifs au traité, à son application et à l'interprétation de ses dispositions. Ses décisions lieront les parties. On pourra s'inspirer, pour ses règles de fonctionnement, de mécanismes existants, tel le tribunal de l'ALENA, celui de l'Accord sur le commerce intérieur ou celui de l'Organisation mondiale du commerce.

LE COMITÉ

Un comité d'orientation et de surveillance des négociations, formé de personnalités indépendantes agréées par les trois partis (PQ, BQ, ADQ) sera créé. Sa composition sera dévoilée au moment jugé opportun. Ce comité :

1. sera impliqué dans le choix du négociateur en chef ;
2. pourra déléguer un observateur à la table des négociations ;
3. conseillera le gouvernement sur la marche des négociations ;
4. informera le public sur le processus et l'aboutissement des négociations.

Les instances démocratiques de nos trois partis ayant examiné et ratifié cette entente hier, dimanche 12 juin 1995 — l'Action Démocratique du Québec s'étant réunie à Sherbrooke, le Bloc Québécois à Montréal et le Parti Québécois à Québec— nous ratifions aujourd'hui ce projet commun et appelons toutes les Québécoises et tous les Québécois à se joindre à lui.

En foi de quoi, nous avons signé,
Jacques Parizeau, président du Parti Québécois ;
Lucien Bouchard, chef du Bloc Québécois ;
Mario Dumont, chef de l'Action démocratique du Québec.

Renvoi relatif à la sécession du Québec, [1998] 2 R.C.S. 217

[Extraits- Notes omises]

[En ligne : <https://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/fr/item/1643/index.do>]

Introduction

[...] 2. Les questions posées par le gouverneur en conseil dans le décret C.P. 1996-1497, daté du 30 septembre 1996, sont rédigées ainsi :

1. L'Assemblée nationale, la législature, ou le gouvernement du Québec peut-il, en vertu de la Constitution du Canada, procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ?
2. L'Assemblée nationale, la législature, ou le gouvernement du Québec possède-t-il, en vertu du droit international, le droit de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ? À cet égard, en vertu du droit international, existe-t-il un droit à l'autodétermination qui procurerait à l'Assemblée nationale, la législature, ou le gouvernement du Québec le droit de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ?
3. Lequel du droit interne ou du droit international aurait préséance au Canada dans l'éventualité d'un conflit entre eux quant au droit de l'Assemblée nationale, de la législature ou du gouvernement du Québec de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ? [...]

A. Question 1

L'Assemblée nationale, la législature ou le gouvernement du Québec peut-il, en vertu de la Constitution du Canada, procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ? [...]

[4] L'application des principes constitutionnels dans un contexte de sécession [...]

88. Le principe du fédéralisme, joint au principe démocratique, exige que la répudiation claire de l'ordre constitutionnel existant et l'expression claire par la population d'une province du désir de réaliser la sécession donnent naissance à une obligation réciproque pour toutes les parties formant la Confédération de négocier des modifications constitutionnelles en vue de répondre au désir exprimé. La modification de la Constitution commence par un processus politique entrepris en vertu de la Constitution elle-même. Au Canada, l'initiative en matière de modification constitutionnelle relève de la responsabilité des représentants démocratiquement élus des participants à la Confédération. Pour ces représentants, le signal peut être donné par un référendum mais, en termes juridiques, le pouvoir constituant au Canada, comme dans bien d'autres pays, appartient aux représentants du peuple élus démocratiquement. La tentative légitime, par un participant de la Confédération, de modifier la Constitution a pour corollaire l'obligation faite à toutes les parties de venir à la table des négociations. Le rejet clairement exprimé par le peuple du Québec de l'ordre constitutionnel existant conférerait clairement légitimité aux revendications sécessionnistes, et imposerait aux autres provinces et au gouvernement

fédéral l'obligation de prendre en considération et de respecter cette expression de la volonté démocratique en engageant des négociations et en les poursuivant en conformité avec les principes constitutionnels sous-jacents mentionnés précédemment. [...]

90. La conduite des parties dans de telles négociations serait régie par les mêmes principes constitutionnels que ceux qui ont donné naissance à l'obligation de négocier : le fédéralisme, la démocratie, le constitutionnalisme et la primauté du droit, et la protection des minorités. Ces principes nous amènent à rejeter deux propositions extrêmes. La première consiste à dire que les autres provinces et le gouvernement fédéral auraient l'obligation légale de donner leur assentiment à la sécession d'une province, sous réserve seulement de la négociation des détails logistiques de la sécession. Cette proposition serait une conséquence soi-disant implicite du principe démocratique de la Constitution, ou reposerait sur le principe de l'autodétermination des peuples en droit international.
91. Nous ne pouvons accepter ce point de vue pour des raisons à la fois théoriques et pratiques. À notre avis, le Québec ne pourrait prétendre invoquer un droit à l'autodétermination pour dicter aux autres parties les conditions d'une sécession : ce ne serait pas là une négociation. De même, il serait naïf de penser que l'objectif principal, la sécession, pourrait être distingué aisément des détails pratiques d'une sécession. Les écueils résident dans les détails. Comme nous l'avons souligné, on ne peut invoquer le principe de la démocratie pour écarter les principes du fédéralisme et de la primauté du droit, les droits de la personne et des minorités, non plus que le fonctionnement de la démocratie dans les autres provinces ou dans l'ensemble du

Canada. Il n'y a pas de véritables négociations si le résultat recherché, la sécession, est conçu comme un droit absolu résultant d'une obligation constitutionnelle de lui donner effet. Un tel a priori viendrait en réalité anéantir l'obligation de négocier et la vider de son sens.

92. Toutefois, il nous est tout aussi impossible d'accepter la proposition inverse, selon laquelle une expression claire de la part de la population du Québec d'une volonté d'autodétermination n'imposerait aucune obligation aux autres provinces ou au gouvernement fédéral. L'ordre constitutionnel canadien existant ne pourrait demeurer indifférent devant l'expression claire d'une majorité claire de Québécois de leur désir de ne plus faire partie du Canada. Cela reviendrait à dire que d'autres principes constitutionnels reconnus l'emportent nécessairement sur la volonté démocratiquement et clairement exprimée de la population du Québec. Une telle proposition n'accorde pas suffisamment de poids aux principes constitutionnels sous-jacents qui doivent guider le processus de modification, notamment le principe de la démocratie et le principe du fédéralisme. Les droits des autres provinces et du gouvernement fédéral ne peuvent retirer au gouvernement du Québec le droit de chercher à réaliser la sécession, si une majorité claire de la population du Québec choisissait cette voie, tant et aussi longtemps que, dans cette poursuite, le Québec respecte les droits des autres. Des négociations seraient nécessaires pour traiter des intérêts du gouvernement fédéral, du Québec et des autres provinces, d'autres participants, ainsi que des droits de tous les Canadiens à l'intérieur et à l'extérieur du Québec.
93. Peut-on concilier le rejet de ces deux propositions ? Oui, si l'on comprend bien qu'aucun des

droits ou principes en question ici n'est absolu et qu'aucun ne peut exclure les autres. Cette remarque signifie que d'autres parties ne peuvent exercer leurs droits d'une manière qui reviendrait à nier de façon absolue les droits du Québec et que, de la même façon, tant que le Québec exerce ses droits en respectant les droits des autres, il peut proposer la sécession et chercher à la réaliser par la voie de la négociation. Le processus de négociation qui découlerait d'une décision d'une majorité claire de la population du Québec en faveur de la sécession, en réponse à une question claire, exigerait la conciliation de divers droits et obligations par les représentants de deux majorités légitimes, à savoir une claire majorité de la population du Québec et une claire majorité de l'ensemble du Canada quelle qu'elle soit. On ne peut admettre que l'une ou l'autre de ces majorités l'emporte sur l'autre. Une majorité politique qui n'agit pas en accord avec les principes sous-jacents de la Constitution que nous avons décrits met en péril la légitimité de l'exercice de ses droits. [...]

103. Dans la mesure où la violation de l'obligation constitutionnelle de négocier conformément aux principes décrits ci-dessus mine la légitimité des actions d'une partie, elle peut avoir des répercussions importantes au plan international. Ainsi, le manquement à l'obligation d'engager et de poursuivre des négociations en conformité avec les principes constitutionnels peut affaiblir la légitimité du gouvernement qui s'en réclame, alors que celle-ci est en règle générale une condition préalable à la reconnaissance par la communauté internationale. Inversement, la violation de ces principes par le gouvernement fédéral ou le gouvernement d'autres provinces dans leur réponse à une demande de sécession peut entacher leur légitimité. Ainsi, un Québec qui aurait négocié dans le

respect des principes et valeurs constitutionnels face à l'intransigeance injustifiée d'autres participants au niveau fédéral ou provincial aurait probablement plus de chances d'être reconnu qu'un Québec qui n'aurait pas lui-même agi conformément aux principes constitutionnels au cours du processus de négociation. La légalité des actes des parties au processus de négociation selon le droit canadien ainsi que la légitimité qu'on leur reconnaît seraient l'une et l'autre des considérations importantes dans le processus de reconnaissance. De cette manière, l'adhésion des parties à l'obligation de négocier serait indirectement évaluée au plan international. [...]

B. Question 2

L'Assemblée nationale, la législature, ou le gouvernement du Québec possède-t-il, en vertu du droit international, le droit de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ? À cet égard, en vertu du droit international, existe-t-il un droit à l'autodétermination qui procurerait à l'Assemblée nationale, la législature, ou le gouvernement du Québec le droit de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ? [...]

[1] La sécession en droit international

111. Il est clair que le droit international n'accorde pas expressément aux parties constituantes d'un État souverain le droit de faire sécession unilatéralement de l'État « parent ». Cela est reconnu par les experts qui ont donné leur avis tant pour le compte de l'*amicus curiae* que pour le compte du procureur général du Canada. Puisque la sécession unilatérale ne fait pas l'objet d'autorisation expresse, les tenants de l'existence d'un tel droit en droit international n'ont d'autre choix que de fonder leur argument [i] soit sur

la thèse selon laquelle la sécession unilatérale n'est pas expressément interdite, et que ce qui n'est pas explicitement interdit est, par inférence, permis ; (ii) soit sur l'obligation implicite qui incombe aux États de reconnaître la légitimité d'une sécession accomplie par l'exercice du droit, bien établi en droit international, qu'a « un peuple » à l'autodétermination. L'*amicus curiae* a abordé le droit à l'autodétermination mais a soutenu que celui-ci ne s'appliquait pas au cas du Québec au sein de la fédération canadienne, indépendamment de l'existence ou de l'inexistence d'un résultat référendaire en faveur de la sécession. Nous sommes d'accord avec l'*amicus curiae* sur ce point, pour les raisons que nous allons exposer brièvement.

a) L'absence d'interdiction expresse

112. Le droit international ne prévoit pas de droit de sécession unilatérale, mais il n'en nie pas explicitement l'existence, quoique, dans une certaine mesure, une telle négation découle implicitement du caractère exceptionnel des circonstances qui sont requises pour autoriser une sécession fondée sur le droit d'un peuple à l'autodétermination, comme le droit de sécession découlant de la situation exceptionnelle d'un peuple opprimé ou colonisé, qui est examiné plus loin. Comme nous le verrons, le droit international attache une grande importance à l'intégrité territoriale des États Nations et, de manière générale, laisse le droit interne de l'État existant dont l'entité sécessionniste fait toujours partie décider de la création ou non d'un nouvel État [R. Y. Jennings, *The Acquisition of Territory in International Law* (1963), aux pp. 8 et 9]. Dans les cas, comme celui qui nous occupe, où la sécession unilatérale serait incompatible avec la constitution interne, le droit international acceptera vraisemblablement cette conclusion,

sous réserve du droit des peuples à disposer d'eux-mêmes, ou droit à l'autodétermination, sujet que nous allons maintenant aborder.

b) *Le droit d'un peuple à l'autodétermination*

113. Bien que le droit international régisse généralement la conduite des États Nations, il reconnaît également, dans certaines circonstances précises, les « droits » d'entités qui ne sont pas des États Nations -- tel le droit d'un peuple à l'autodétermination.

114. L'existence du droit des peuples à disposer d'eux-mêmes est aujourd'hui si largement reconnue dans les conventions internationales que ce principe a acquis un statut supérieur à celui d'une « convention » et est considéré comme un principe général du droit international. [A. Cassese, *Self-determination of peoples : A legal reappraisal* (1995), aux p. 171 et 172 ; K. Doehring, « Self-Determination », dans B. Simma, éd., *The Charter of the United Nations : A Commentary* (1994), à la p. 70.]

115. L'article premier de la *Charte des Nations Unies*, R.T. Can. 1945 no 7, édicte notamment que l'un des buts des Nations Unies est de :

Article 1

[...] 2. Développer entre les nations des relations amicales fondées sur le respect du principe de l'égalité des droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, et prendre toutes autres mesures propres à consolider la paix du monde ;

116. En outre, en vertu de l'art. 55 de sa *Charte*, l'Organisation des Nations Unies favorise des buts tels le relèvement des niveaux de vie, le plein

emploi et le respect des droits de l'homme «[e]n vue de créer les conditions de stabilité et de bien-être nécessaires pour assurer entre les nations des relations pacifiques et amicales fondées sur le respect du principe de l'égalité des droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes».

117. Le principe fondamental de l'autodétermination est énoncé et discuté dans un si grand nombre de conventions et de résolutions des Nations Unies que Doehring, *loc. cit.*, souligne ceci, à la p. 60:

[TRADUCTION] Le nombre même de résolutions concernant le droit à l'autodétermination rend leur énumération impossible.

118. Pour les fins qui nous intéressent, il suffit de mentionner les conventions et résolutions suivantes. Les articles premiers du *Pacte international relatif aux droits civils et politiques*, 999 R.T.N.U. 171, et du *Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels*, 993 R.T.N.U. 3, sont ainsi rédigés :

1. Tous les peuples ont le droit de disposer d'eux-mêmes. En vertu de ce droit, ils déterminent librement leur statut politique et assurent librement leur développement économique, social et culturel.

119. De même, la *Déclaration relative aux principes du droit international touchant les relations amicales et la coopération entre les États conformément à la Charte des Nations Unies*, Rés. AG 2625 [XXV], 24 octobre 1970 [*Déclaration touchant les relations amicales*], précise :

En vertu du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer

d'eux-mêmes, principe consacré dans la Charte des Nations Unies, tous les peuples ont le droit de déterminer leur statut politique, en toute liberté et sans ingérence extérieure, et de poursuivre leur développement économique, social et culturel, et tout État a le devoir de respecter ce droit conformément aux dispositions de la Charte.

120. En 1993, la Conférence mondiale sur les droits de l'homme a adopté le document intitulé *Déclaration et Programme d'action de Vienne*, A/CONF.157/24, 25 juin 1993, qui a réaffirmé l'article premier des deux pactes susmentionnés. Dans sa *Déclaration du cinquantième anniversaire de l'Organisation des Nations Unies*, Rés. AG 50/6, 9 novembre 1995, l'Assemblée générale des Nations Unies souligne encore une fois le droit à l'autodétermination en indiquant que ses États membres doivent :

1 ... Continuer à réaffirmer le droit de tous les peuples à disposer d'eux-mêmes, en tenant compte de la situation particulière des peuples soumis à la domination coloniale ou à d'autres formes de domination ou d'occupations étrangères, et reconnaître le droit des peuples à prendre des mesures légitimes conformément à la Charte des Nations Unies pour réaliser leur droit inaliénable à l'autodétermination. Cela ne devra pas être interprété comme autorisant ou encourageant toute mesure de nature à démembrer ou compromettre, en totalité ou en partie, l'intégrité territoriale ou l'unité politique d'États souverains et indépendants respectueux du principe de l'égalité des droits et de l'autodétermination des peuples et, partant, dotés d'un gouvernement représentant la totalité de la population appartenant au

territoire, sans distinction aucune... [Nous soulignons.]

121. Le droit à l'autodétermination est également reconnu dans d'autres documents juridiques internationaux. Par exemple, l'*Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe* [1975] (*Acte final d'Helsinki*), énonce (à la partie VIII):

Les États participants respectent l'égalité de droits des peuples et leur droit à disposer d'eux-mêmes, en agissant à tout moment conformément aux buts et aux principes de la Charte des Nations Unies et aux normes pertinentes du droit international, y compris celles qui ont trait à l'intégrité territoriale des États.

En vertu du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, tous les peuples ont toujours le droit, en toute liberté de déterminer, lorsqu'ils le désirent et comme ils le désirent, leur statut politique interne et externe, sans ingérence extérieure, et de poursuivre à leur gré leur développement politique, économique, social et culturel. [Nous soulignons.]

122. Comme nous le verrons, en droit international, le droit à l'autodétermination est censé être exercé par des peuples, à l'intérieur d'États souverains existants, et conformément au principe du maintien de l'intégrité territoriale de ces États. Lorsque cela n'est pas possible, un droit de sécession peut naître, dans les circonstances exceptionnelles examinées ci-après.

I La définition de « peuples »

123. C'est aux « peuples » que le droit international

accorde le droit à l'autodétermination. En conséquence, pour disposer de ce droit, le groupe qui l'invoque doit remplir la condition préliminaire, c'est-à-dire être qualifié de peuple. Toutefois, comme le droit à l'autodétermination s'est développé par l'adoption d'un ensemble d'ententes et de conventions internationales, conjuguée à la pratique des États, et que peu de précisions formelles sont apportées à la définition de « peuples », il s'ensuit que le sens du mot « peuple » reste assez incertain.

124. Il est évident qu'un « peuple » peut s'entendre d'une partie seulement de la population d'un État existant. Le droit à l'autodétermination s'est développé dans une large mesure en tant que droit de la personne et l'expression est généralement utilisée dans des documents où paraissent à la fois les mots « nation » et « État ». La juxtaposition de ces termes indique que le mot « peuple » ne vise pas nécessairement l'entière population d'un État. Le fait de restreindre la définition de ce mot à la population d'États existants, d'une part, rendrait largement superflue la reconnaissance du droit à l'autodétermination, compte tenu de l'insistance corrélative, dans la majorité des documents sources, sur la nécessité de protéger l'intégrité territoriale des États existants et, d'autre part, ferait obstacle à l'objectif réparateur de ce droit.

125. Même si la majeure partie de la population du Québec partage bon nombre des traits (par exemple une langue et une culture communes) pris en considération pour déterminer si un groupe donné est un « peuple », à l'instar d'autres groupes à l'intérieur du Québec et du Canada, il n'est pas nécessaire d'étudier cette qualification juridique pour répondre de façon appropriée à la question 2. De même, il n'est

pas nécessaire pour la Cour de déterminer si, à supposer qu'il existe un peuple Québécois au sens du droit international, ce peuple englobe la population entière de la province ou seulement une partie de celle-ci. Il n'est pas non plus nécessaire d'examiner la situation de la population autochtone au Québec. Comme le démontrera notre analyse de la portée du droit à l'autodétermination, quelle que soit la juste définition de peuple(s) à appliquer dans le présent contexte, le droit à l'autodétermination ne peut, dans les circonstances présentes, constituer le fondement d'un droit de sécession unilatérale.

II La portée du droit à l'autodétermination

126. Les sources reconnues du droit international établissent que le droit d'un peuple à disposer de lui-même est normalement réalisé par voie d'autodétermination interne - à savoir la poursuite par ce peuple de son développement politique, économique, social et culturel dans le cadre d'un État existant. Le droit à l'autodétermination externe [qui, dans le présent cas, pourrait prendre la forme de la revendication d'un droit de sécession unilatérale] ne naît que dans des cas extrêmes dont les circonstances sont par ailleurs soigneusement définies. L'autodétermination externe peut être décrite par l'extrait suivant de la *Déclaration touchant les relations amicales* :

La création d'un État souverain et indépendant, la libre association ou l'intégration avec un État indépendant ou l'acquisition de tout autre statut politique librement décidé par un peuple constituent pour ce peuple des moyens d'exercer son droit à disposer de lui-même. [Nous soulignons.]

127. Le principe de l'autodétermination en droit

international a évolué dans le respect de l'intégrité territoriale des États existants. Les divers documents internationaux qui étayent l'existence du droit d'un peuple à l'autodétermination renferment également des déclarations au soutien du principe selon lequel l'exercice d'un tel droit doit être suffisamment limité pour prévenir les menaces contre l'intégrité territoriale d'un État existant ou la stabilité des relations entre États souverains.

128. La *Déclaration touchant les relations amicales*, la *Déclaration de Vienne*, et la *Déclaration du cinquantième anniversaire de l'Organisation des Nations Unies* sont explicites. Immédiatement après avoir affirmé le droit d'un peuple à déterminer son statut politique et à poursuivre son développement économique, social et culturel, elles précisent que ce droit ne doit pas être interprété comme autorisant ou encourageant toute mesure de nature à démembrer ou compromettre, en totalité ou en partie, l'intégrité territoriale ou l'unité politique d'États souverains et indépendants respectueux du principe de l'égalité des droits et de l'autodétermination des peuples et, partant, dotés d'un gouvernement représentant la totalité de la population appartenant au territoire, sans distinction ... [Nous soulignons.]

129. De même, le document de clôture de la rencontre de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe tenue à Vienne en 1989, qui faisait suite à l'*Acte final d'Helsinki*, fait mention du droit des peuples de déterminer « leur statut politique interne et externe » [nous soulignons], mais cette déclaration est immédiatement suivie par la reconnaissance expresse que les États participants agiront à tout moment « conformément aux buts et aux principes de la Charte des Nations Unies et aux normes pertinentes du

droit international, y compris celles qui ont trait à l'intégrité territoriale », comme l'énonce l'*Acte final d'Helsinki* [nous soulignons]. Il est déclaré, au principe 5 du document de clôture, que les États participants [y compris le Canada]:

... confirment leur engagement à observer strictement et effectivement le principe de l'intégrité territoriale des États. Ils s'abstiendront de toute violation de ce principe et donc de toute action visant, par des moyens directs ou indirects contrevenant aux buts et principes de la Charte des Nations Unies, aux autres obligations découlant du droit international ou aux dispositions de l'*Acte final*, à violer l'intégrité territoriale, l'indépendance politique ou l'unité d'un État. Aucune action ou situation contrevenant à ce principe ne sera reconnue comme légale par les États participants. [Nous soulignons.]

Par conséquent, le passage de l'*Acte final d'Helsinki* qui porte sur la détermination par un peuple de son statut politique externe est interprété comme étant l'expression du statut politique externe de ce peuple par l'entremise du gouvernement de l'État existant, sauf dans les circonstances exceptionnelles examinées plus loin. Comme le souligne Cassese, *op. cit.*, à la p. 287, compte tenu de l'histoire de ce document et de sa structure, la mention de l'autodétermination externe signifie simplement que [TRADUCTION] « les autorités centrales d'un État ne peuvent apporter aucun changement territorial ou autre qui soit contraire à la volonté de l'ensemble de la population de cet État ».

130. Même si le *Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels* et le *Pacte international relatif aux droits civils et politiques*, ne font pas expressément état de la protection de l'intégrité territoriale, ils délimitent la portée du droit à l'autodétermination en fonction de

conditions qui sont normalement réalisables dans le cadre d'un État existant. Il n'y a pas nécessairement incompatibilité entre le maintien de l'intégrité territoriale d'États existants, comme le Canada, et le droit d'un « peuple » de disposer complètement de lui-même. Un État dont le gouvernement représente, dans l'égalité et sans discrimination, l'ensemble du peuple ou des peuples résidant sur son territoire et qui respecte les principes de l'autodétermination dans ses arrangements internes a droit, en vertu du droit international, à la protection de son intégrité territoriale.

III Peuples opprimés ou colonisés

131. Par conséquent, selon l'état général du droit international, le droit à l'autodétermination s'applique dans les limites de la protection prépondérante accordée à l'intégrité territoriale des États « parents ». Cependant, comme le souligne Cassese, *op. cit.*, à la p. 334, dans certains contextes définis, le droit des peuples à l'autodétermination peut effectivement être exercé « de manière externe », ce qui, dans le contexte du présent renvoi, pourrait signifier la sécession :

[TRADUCTION] ... le droit à l'autodétermination externe, qui emporte la possibilité de choisir [ou de rétablir] l'indépendance, n'a été accordé qu'à deux catégories de peuples [ceux sous domination coloniale ou sous occupation étrangère], sur le fondement de l'hypothèse que, dans les deux cas, ces peuples constituent des entités intrinsèquement distinctes de la puissance coloniale ou occupante, et que l'« intégrité territoriale » de ces peuples, qui à toutes fins pratiques a été détruite par la puissance coloniale ou occupante, doit être pleinement rétablie ...

132. Le droit des peuples colonisés d'exercer leur droit à l'autodétermination en se détachant de la puissance « impériale » est maintenant incontesté, mais il n'est pas pertinent dans le présent renvoi.

133. L'autre cas manifeste d'application du droit à l'autodétermination externe est celui où un peuple est soumis à la subjugation, à la domination ou à l'exploitation étrangères en dehors du contexte colonial. Cette reconnaissance tire son origine de la *Déclaration touchant les relations amicales* :

Tout État a le devoir de favoriser, conjointement avec d'autres États ou séparément, la réalisation du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, conformément aux dispositions de la Charte, et d'aider l'Organisation des Nations Unies à s'acquitter des responsabilités que lui a conférées la Charte en ce qui concerne l'application de ce principe, afin de :

a) Favoriser les relations amicales et la coopération entre les États ; et

b) Mettre rapidement fin au colonialisme en tenant dûment compte de la volonté librement exprimée des peuples intéressés ;

et en ayant présent à l'esprit que soumettre des peuples à la subjugation, à la domination ou à l'exploitation étrangères constitue une violation de ce principe, ainsi qu'un déni des droits fondamentaux de l'homme, et est contraire à la Charte.

134. Plusieurs commentateurs ont en outre affirmé que le droit à l'autodétermination peut, dans un troisième cas, fonder un droit de sécession unilatérale. Bien que ce troisième cas ait été décrit

de plusieurs façons, il repose sur l'idée que, lorsqu'un peuple est empêché d'exercer utilement son droit à l'autodétermination à l'interne, il a alors droit, en dernier recours, de l'exercer par la sécession. Le fait que la *Déclaration de Vienne* exige que les gouvernements représentant « l'ensemble de la population appartenant au territoire, sans distinction aucune » ajoute foi à l'affirmation selon laquelle une obstruction aussi complète pourrait donner naissance au droit à la sécession.

135. De toute évidence, une telle situation s'apparente aux deux autres situations reconnues en ce que la faculté du peuple concerné d'exercer à l'interne son droit à l'autodétermination est totalement contrecarrée. Bien qu'on ne sache pas encore avec certitude si cette troisième thèse reflète réellement une norme juridique internationale établie, il est inutile pour les fins du présent renvoi d'en décider. Même en supposant que cette troisième situation puisse créer un droit de sécession unilatérale en vertu du droit international, on ne peut affirmer que le contexte Québécois actuel s'en rapproche. Comme le dit l'*amicus curiae*, dans l'Addendum à son mémoire, aux par. 15 et 16:

15. Le peuple Québécois n'est pas la victime d'atteintes à son existence ou à son intégrité physiques, ni de violation massive de ses droits fondamentaux. Le peuple Québécois n'est manifestement pas, selon l'*amicus curiae*, un peuple opprimé.

16. En effet, pendant près de 40 des 50 dernières années, le premier ministre du Canada a été un Québécois. Pendant cette période, des Québécois ont occupé de temps à autre tous les postes les plus

importants du Cabinet fédéral. Pendant les 8 années qui ont précédé juin 1997, le premier ministre et le chef de l'Opposition officielle à la Chambre des Communes étaient tous deux des Québécois. Actuellement, le premier ministre du Canada, le très honorable juge en chef ainsi que deux autres membres de la Cour, le chef d'état-major des forces armées canadiennes et l'ambassadeur du Canada aux États-Unis, sans compter la vice-secrétaire générale des Nations Unies, sont tous des Québécois. Les réussites internationales des Québécois dans la plupart des champs d'activité humaine sont trop nombreuses pour être énumérées. Depuis que le dynamisme du peuple Québécois s'est tourné vers le secteur des affaires, il connaît des succès certains au Québec, dans le reste du Canada et à l'étranger.

136. On ne peut raisonnablement prétendre que la population du Québec se voit refuser l'accès au gouvernement. Des Québécois occupent des postes très importants au sein du gouvernement du Canada. Les résidents de cette province sont libres de leurs choix politiques et poursuivent librement leur développement économique, social et culturel à l'intérieur du Québec, dans l'ensemble du Canada et dans le monde entier. La population du Québec est équitablement représentée dans les instances législatives, exécutives et judiciaires. Bref, pour reprendre les termes des instruments internationaux qui traitent du droit des peuples à l'autodétermination, le Canada est un « État souverain et indépendant respectueux du principe de l'égalité des droits et de l'autodétermination des peuples et doté ainsi d'un gouvernement représentant la totalité de la population appartenant au territoire, sans distinction aucune ».

137. Les échecs persistants dans la recherche d'un accord sur la modification de la Constitution, dont il y a lieu de se préoccuper, n'équivalent pas à une négation du droit à l'autodétermination. En l'absence de modifications constitutionnelles, nous devons nous fonder sur les arrangements constitutionnels présentement en vigueur et nous ne pouvons conclure, dans les circonstances actuelles, que ces arrangements placent les Québécois dans la situation désavantageuse visée par la règle du droit international.

138. En résumé, le droit à l'autodétermination en droit international donne tout au plus ouverture au droit à l'autodétermination externe dans le cas des anciennes colonies ; dans le cas des peuples opprimés, comme les peuples soumis à une occupation militaire étrangère ; ou encore dans le cas où un groupe défini se voit refuser un accès réel au gouvernement pour assurer son développement politique, économique, social et culturel. Dans ces trois situations, le peuple en cause jouit du droit à l'autodétermination externe parce qu'on lui refuse la faculté d'exercer, à l'interne, son droit à l'autodétermination. Ces circonstances exceptionnelles ne s'appliquent manifestement pas au cas du Québec dans les conditions actuelles. Par conséquent, ni la population du Québec, même si elle était qualifiée de « peuple » ou de « peuples », ni ses institutions représentatives, l'Assemblée nationale, la législature ou le gouvernement du Québec ne possèdent, en vertu du droit international, le droit de faire sécession unilatéralement du Canada.

139. Nous ne voulons pas clore cet aspect de notre réponse à la question 2 sans reconnaître l'importance des arguments qui nous ont été présentés relativement aux droits et inquiétudes des peuples autochtones et aux moyens

appropriés de délimiter les frontières du Québec, en cas de sécession, particulièrement en ce qui concerne les territoires nordiques occupés principalement par des peuples autochtones. Toutefois, les inquiétudes des peuples autochtones découlent du droit invoqué par le Québec de faire sécession unilatéralement. À la lumière de notre conclusion qu'aucun droit de ce genre ne s'applique à la population du Québec, ni en vertu du droit international ni en vertu de la Constitution du Canada, et que, au contraire, l'expression claire d'une volonté démocratique en faveur de la sécession entraînerait, en vertu de la Constitution, des négociations au cours desquelles les intérêts des autochtones seraient pris en compte, il devient inutile d'examiner davantage les préoccupations des peuples autochtones dans le présent renvoi.

[2] **Reconnaissance de la réalité factuelle ou politique : le principe de l'« effectivité » [...]**

142. Des conséquences juridiques peuvent certainement découler de faits politiques, et [TRADUCTION] « a souveraineté est un fait politique pour lequel il est impossible d'établir un fondement purement juridique ... », H. W. R. Wade, « the Basis of Legal Sovereignty », [1995] *Camb. L.J.* 172, à la p. 196. La sécession d'une province du Canada, si elle réussissait sur le terrain, pourrait bien entraîner la création d'un nouvel État. Même si la reconnaissance par d'autres États n'est pas nécessaire, du moins en théorie, pour accéder au statut d'État, la viabilité d'une entité aspirant à ce statut au sein de la communauté internationale dépend, sur le plan pratique, de sa reconnaissance par d'autres États. Ce processus de reconnaissance est guidé par des normes juridiques. Toutefois, la reconnaissance internationale ne confère pas à elle seule le statut d'État et il faut souligner

qu'elle ne remonte pas à la date de la sécession pour servir rétroactivement de source d'un droit « juridique » initial de faire sécession. La reconnaissance ne survient qu'après qu'une entité territoriale a réussi, en tant que fait politique, à réaliser la sécession.

143. Comme l'indique la réponse à la question 1, l'une des normes juridiques que les États peuvent invoquer pour décider de reconnaître ou non de nouveaux États est la légitimité du processus par lequel ceux-ci ont fait *de facto* sécession ou cherchent à le faire. Le processus de reconnaissance, auparavant considéré comme l'exercice d'un pouvoir souverain absolu, est maintenant assorti de normes juridiques. Voir, par exemple, la déclaration de la Communauté européenne sur les *Lignes directrices sur la reconnaissance de nouveaux États en Europe orientale et en Union soviétique*, Bull. CE 12-1991, à la p. 127. Même si l'intérêt national de l'État qui accorde la reconnaissance et l'avantage politique qu'il y voit jouent manifestement un rôle important, les États étrangers peuvent également prendre en considération leur opinion quant à l'existence du droit à l'autodétermination de la population de l'État putatif, ainsi qu'une évaluation correspondante de la légalité de la sécession suivant le droit de l'État dont l'entité territoriale prétend avoir fait sécession. Comme nous l'avons indiqué dans notre réponse à la question 1, un nouvel État qui passe outre à ses obligations légitimes découlant de sa situation antérieure peut s'attendre à ce que le mépris de ces obligations lui nuise dans l'obtention de la reconnaissance internationale, à tout le moins quant au moment de la reconnaissance. Par contre, le respect par la province sécessionniste de ces obligations légitimes jouerait en faveur de sa reconnaissance internationale. L'idée selon laquelle ce qui n'est pas explicitement interdit est implicitement permis a peu de pertinence

dans les cas [comme celui qui nous occupe] où le droit international renvoie au droit interne de l'État sécessionniste pour la détermination de la légalité de la sécession, et où le droit de cet État considère inconstitutionnelle la sécession unilatérale.

144. En tant que cour de justice, nous ne connaissons ultimement que des demandes fondées sur le droit. Si le principe de l'« efficacité » repose sur la seule affirmation selon laquelle une [TRADUCTION] « révolution réussie engendre sa propre légalité » [S. A. de Smith, « Constitutional Lawyers in Revolutionary Situations » [1968], 7 *West. Ont. L. Rev.* 93, à la p. 96], cela signifie nécessairement que la légalité ne précède pas mais qu'elle suit une révolution réussie. Par hypothèse, la révolution réussie s'est produite en dehors du cadre constitutionnel de l'État précédent, car autrement elle ne pourrait être qualifiée de « révolution ». Il se peut qu'un acte de sécession unilatérale par le Québec se voie éventuellement accorder un statut juridique par le Canada et par d'autres États, et qu'il entraîne, de ce fait, des conséquences juridiques. Toutefois, cela n'étaye pas la prétention plus radicale voulant que la reconnaissance d'un état de fait créé par une déclaration unilatérale d'indépendance signifierait que la sécession a été réalisée sous le couvert d'un droit juridique. [...]

C. Question 3

Lequel du droit interne ou du droit international aurait préséance au Canada dans l'éventualité d'un conflit entre eux quant au droit de l'Assemblée nationale, de la législature ou du gouvernement du Québec de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ?

147. À la lumière des réponses que nous avons données aux questions 1 et 2, il n'existe, entre le droit interne et le droit international, aucun conflit à examiner dans le présent renvoi.

IV Sommaire des conclusions

148. Comme nous l'avons indiqué au début, nous étions appelés, dans le présent renvoi, à examiner des questions d'une extrême importance, qui touchent au cœur même de notre système de gouvernement constitutionnel. Nous avons souligné que la Constitution n'est pas uniquement un texte écrit. Elle englobe tout le système des règles et principes qui régissent l'exercice du pouvoir constitutionnel. Une lecture superficielle de certaines dispositions spécifiques du texte de la Constitution, sans plus, pourrait induire en erreur. Il faut faire un examen plus approfondi des principes sous-jacents qui animent l'ensemble de notre Constitution, dont le fédéralisme, la démocratie, le constitutionnalisme et la primauté du droit, et le respect des minorités. Ces principes doivent guider notre appréciation globale des droits et obligations constitutionnels qui entreraient en jeu si une majorité claire de Québécois, en réponse à une question claire, votaient pour la sécession.

149. Le renvoi nous demande de déterminer si le Québec a le droit de faire sécession unilatéralement. Ceux qui soutiennent l'existence d'un tel droit fondent leur prétention d'abord et avant tout sur le principe de la démocratie. La démocratie, toutefois, signifie davantage que la simple règle de la majorité. Comme en témoigne notre jurisprudence constitutionnelle, la démocratie existe dans le contexte plus large d'autres valeurs constitutionnelles telles celles déjà mentionnées. Pendant les 131 années de la Confédération, les habitants des provinces

et territoires ont noué d'étroits liens d'interdépendance [économique, sociale, politique et culturelle] basés sur des valeurs communes qui comprennent le fédéralisme, la démocratie, le constitutionnalisme et la primauté du droit, ainsi que le respect des minorités. Une décision démocratique des Québécois en faveur de la sécession compromettrait ces liens. La Constitution assure l'ordre et la stabilité et, en conséquence, la sécession d'une province ne peut être réalisée unilatéralement « en vertu de la Constitution », c'est-à-dire sans négociations fondées sur des principes, avec les autres participants à la Confédération, dans le cadre constitutionnel existant.

150. La Constitution n'est pas un carcan. Un rappel, même bref, de notre histoire constitutionnelle révèle des périodes de changements marquants et extrêmement profonds. Nos institutions démocratiques permettent nécessairement un processus continu de discussion et d'évolution, comme en témoigne le droit reconnu par la Constitution à chacun des participants à la fédération de prendre l'initiative de modifications constitutionnelles. Ce droit emporte l'obligation réciproque des autres participants d'engager des discussions sur tout projet légitime de modification de l'ordre constitutionnel. Même s'il est vrai que certaines tentatives de modification de la Constitution ont échoué au cours des dernières années, un vote qui aboutirait à une majorité claire au Québec en faveur de la sécession, en réponse à une question claire, conférerait au projet de sécession une légitimité démocratique que tous les autres participants à la Confédération auraient l'obligation de reconnaître.
151. Le Québec ne pourrait, malgré un résultat référendaire clair, invoquer un droit à

l'autodétermination pour dicter aux autres parties à la fédération les conditions d'un projet de sécession. Le vote démocratique, quelle que soit l'ampleur de la majorité, n'aurait en soi aucun effet juridique et ne pourrait écarter les principes du fédéralisme et de la primauté du droit, les droits de la personne et des minorités, non plus que le fonctionnement de la démocratie dans les autres provinces ou dans l'ensemble du Canada. Les droits démocratiques fondés sur la Constitution ne peuvent être dissociés des obligations constitutionnelles. La proposition inverse n'est pas acceptable non plus. L'ordre constitutionnel canadien existant ne pourrait pas demeurer indifférent devant l'expression claire, par une majorité claire de Québécois, de leur volonté de ne plus faire partie du Canada. Les autres provinces et le gouvernement fédéral n'auraient aucune raison valable de nier au gouvernement du Québec le droit de chercher à réaliser la sécession, si une majorité claire de la population du Québec choisissait cette voie, tant et aussi longtemps que, dans cette poursuite, le Québec respecterait les droits des autres. Les négociations qui suivraient un tel vote porteraient sur l'acte potentiel de sécession et sur ses conditions éventuelles si elle devait effectivement être réalisée. Il n'y aurait aucune conclusion prédéterminée en droit sur quelque aspect que ce soit. Les négociations devraient traiter des intérêts des autres provinces, du gouvernement fédéral, du Québec et, en fait, des droits de tous les Canadiens à l'intérieur et à l'extérieur du Québec, et plus particulièrement des droits des minorités. Il va sans dire que de telles négociations ne seraient pas aisées.

152. Le processus de négociation exigerait la conciliation de divers droits et obligations par voie de négociation entre deux majorités légitimes, soit la majorité de la population du Québec et celle

de l'ensemble du Canada. Une majorité politique, à l'un ou l'autre niveau, qui n'agirait pas en accord avec les principes sous-jacents de la Constitution que nous avons mentionnés mettrait en péril la légitimité de l'exercice de ses droits et ultimement l'acceptation du résultat par la communauté internationale.

153. La tâche de la Cour était de clarifier le cadre juridique dans lequel des décisions politiques doivent être prises « en vertu de la Constitution », et non d'usurper les prérogatives des forces politiques qui agissent à l'intérieur de ce cadre. Les obligations que nous avons dégagées sont des obligations impératives en vertu de la Constitution du Canada. Toutefois, il reviendra aux acteurs politiques de déterminer en quoi consiste « une majorité claire en réponse à une question claire », suivant les circonstances dans lesquelles un futur référendum pourrait être tenu. De même, si un appui majoritaire était exprimé en faveur de la sécession du Québec, il incomberait aux acteurs politiques de déterminer le contenu des négociations et le processus à suivre. La conciliation des divers intérêts constitutionnels légitimes relève nécessairement du domaine politique plutôt que du domaine judiciaire, précisément parce que cette conciliation ne peut être réalisée que par le jeu des concessions réciproques qui caractérise les négociations politiques. Dans la mesure où les questions abordées au cours des négociations seraient politiques, les tribunaux, conscients du rôle qui leur revient dans le régime constitutionnel, n'auraient aucun rôle de surveillance à jouer.
154. Nous nous sommes également demandés s'il existe, en vertu du droit international, un droit de sécession dans les circonstances envisagées par la question 1, c'est-à-dire une expression

démocratique claire en faveur de la sécession du Québec, en réponse à une question claire. Certains de ceux qui apportent une réponse affirmative se fondent sur le droit reconnu à l'autodétermination qui appartient à tous les « peuples ». Même s'il est certain que la majeure partie de la population du Québec partage bon nombre des traits qui caractérisent un peuple, il n'est pas nécessaire de trancher la question de l'existence d'un « peuple », quelle que soit la réponse exacte à cette question dans le contexte du Québec, puisqu'un droit de sécession ne prend naissance en vertu du principe de l'autodétermination des peuples en droit international que dans le cas d'« un peuple » gouverné en tant que partie d'un empire colonial, dans le cas d'« un peuple » soumis à la subjugation, à la domination ou à l'exploitation étrangères, et aussi, peut-être, dans le cas d'« un peuple » empêché d'exercer utilement son droit à l'autodétermination à l'intérieur de l'État dont il fait partie. Dans les autres circonstances, les peuples sont censés réaliser leur autodétermination dans le cadre de l'État existant auquel ils appartiennent. Un État dont le gouvernement représente l'ensemble du peuple ou des peuples résidant sur son territoire, dans l'égalité et sans discrimination, et qui respecte les principes de l'autodétermination dans ses arrangements internes, a droit au maintien de son intégrité territoriale en vertu du droit international et à la reconnaissance de cette intégrité territoriale par les autres États. Le Québec ne constitue pas un peuple colonisé ou opprimé, et on ne peut pas prétendre non plus que les Québécois se voient refuser un accès réel au gouvernement pour assurer leur développement politique, économique, culturel et social. Dans ces circonstances, l'Assemblée nationale, la législature ou le gouvernement du Québec ne possèdent pas, en vertu du droit international, le

droit de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada.

155. Même s'il n'existe pas de droit de sécession unilatérale en vertu de la Constitution ou du droit international, c'est-à-dire un droit de faire sécession sans négociation sur les fondements qui viennent d'être examinés, cela n'écarte pas la possibilité d'une déclaration inconstitutionnelle de sécession conduisant à une sécession *de facto*. Le succès ultime d'une telle sécession dépendrait de sa reconnaissance par la communauté internationale qui, pour décider d'accorder ou non cette reconnaissance, prendrait vraisemblablement en considération la légalité et la légitimité de la sécession eu égard, notamment, à la conduite du Québec et du Canada. Même si elle était accordée, une telle reconnaissance ne fournirait toutefois aucune justification rétroactive à l'acte de sécession, en vertu de la Constitution ou du droit international.

Les questions du renvoi reçoivent des réponses en conséquence.

Loi de clarification (Loi sur la clarté)

Loi donnant effet à l'exigence de clarté formulée par la Cour suprême du Canada dans son avis sur le Renvoi sur la sécession du Québec

*Lois du Canada [L.C.], 2000, c. 26, Lois révisées du Canada [L.R.C.], c. C-38.1
[En ligne : <https://laws-lois.justice.gc.ca/fra/lois/c-31.8/page-1.html>].*

Préambule

Attendu : que la Cour suprême du Canada a confirmé que ni l'Assemblée nationale, ni la législature, ni le gouvernement du Québec ne dispose, en droit international ou au titre de la Constitution du Canada, du droit de procéder unilatéralement à la sécession du Québec du Canada ;

que toute proposition relative au démembrement d'un État démocratique constitue une question extrêmement grave et est d'une importance fondamentale pour l'ensemble des citoyens de celui-ci ;

que le gouvernement d'une province du Canada est en droit de consulter sa population par référendum sur quelque sujet que ce soit et de décider du texte de la question référendaire ;

que la Cour suprême du Canada a déclaré que les résultats d'un référendum sur la sécession d'une province du Canada ne sauraient être considérés comme l'expression d'une volonté démocratique créant l'obligation d'engager des négociations pouvant mener à la sécession que s'ils sont dénués de toute ambiguïté en ce qui concerne tant la question posée que l'appui reçu ;

qu'elle a déclaré que le principe de la démocratie signifie davantage que la simple règle de la majorité, qu'une majorité claire en faveur de la sécession serait nécessaire pour que naisse l'obligation de négocier la sécession et que c'est une majorité claire au sens qualitatif, dans les circonstances, dont il faut déterminer l'existence ;

qu'elle a confirmé qu'au Canada, la sécession d'une province, pour être légale, requerrait une modification à la Constitution du Canada, qu'une telle modification exigerait forcément des négociations sur la sécession auxquelles participeraient notamment les gouvernements de l'ensemble des provinces et du Canada, et que ces négociations seraient régies par les principes du fédéralisme, de la démocratie, du constitutionnalisme et de la primauté du droit, et de la protection des minorités ;

que, compte tenu du fait que la Cour suprême du Canada a conclu qu'il revient aux représentants élus de déterminer en quoi consistent une question et une majorité claires dans le cadre d'un référendum sur la sécession tenu dans une province, la Chambre des communes, seule institution politique élue pour représenter l'ensemble des Canadiens, a un rôle important à jouer pour déterminer en quoi consistent une question et une majorité suffisamment claires pour que le gouvernement du Canada engage des négociations sur la sécession d'une province du Canada ;

que le gouvernement du Canada se doit de n'engager aucune négociation pouvant mener à la sécession d'une province du Canada et, par conséquent, au retrait de la citoyenneté et à l'annulation des autres droits dont jouissent, à titre de Canadiens à part entière, les citoyens du Canada qui résident dans la province, à moins que la population de celle-ci n'ait

déclaré clairement et de façon démocratique qu'elle veut que la province fasse sécession du Canada,

Sa Majesté, sur l'avis et avec le consentement du Sénat et de la Chambre des communes du Canada, édicte :

Examen de la question par les Communes

1. Dans les trente jours suivant le dépôt à l'assemblée législative d'une province, ou toute autre communication officielle, par le gouvernement de cette province, du texte de la question qu'il entend soumettre à ses électeurs dans le cadre d'un référendum sur un projet de sécession de la province du Canada, la Chambre des communes examine la question et détermine, par résolution, si la question est claire.

Prorogation du délai

2. S'il coïncide, en tout ou en partie, avec la tenue d'une élection générale des députés à la Chambre des communes, le délai mentionné au paragraphe [1] est prorogé de quarante jours.

Facteurs à considérer

3. Dans le cadre de l'examen de la clarté de la question référendaire, la Chambre des communes détermine si la question permettrait à la population de la province de déclarer clairement si elle veut ou non que celle-ci cesse de faire partie du Canada et devienne un État indépendant.

Absence d'expression claire de la volonté

4. Pour l'application du paragraphe [3], la question référendaire ne permettrait pas à la population de la province de déclarer clairement qu'elle veut que celle-ci cesse de faire partie du Canada dans les cas suivants :

- a) elle porte essentiellement sur un mandat de négocier sans requérir de la population de la province qu'elle déclare sans détour si elle veut que la province cesse de faire partie du Canada ;
- b) elle offre, en plus de la sécession de la province du Canada, d'autres possibilités, notamment un accord politique ou économique avec le Canada, qui rendent ambiguë l'expression de la volonté de la population de la province quant à savoir si celle-ci devrait cesser de faire partie du Canada.

Avis à considérer

5. Dans le cadre de l'examen de la clarté de la question référendaire, la Chambre des communes tient compte de l'avis de tous les partis politiques représentés à l'assemblée législative de la province dont le gouvernement propose la tenue du référendum sur la sécession, des résolutions ou déclarations officielles des gouvernements ou assemblées législatives des provinces et territoires du Canada, des résolutions ou déclarations officielles du Sénat, des résolutions ou déclarations officielles des représentants des peuples autochtones du Canada, en particulier ceux de cette province, et de tout autre avis qu'elle estime pertinent.

Aucune négociation en cas d'ambiguïté de la question

6. Le gouvernement du Canada n'engage aucune négociation sur les conditions auxquelles une province pourrait cesser de faire partie du Canada si la Chambre des communes conclut, conformément au présent article, que la question référendaire n'est pas claire et, par conséquent, ne permettrait pas à la population de la province de déclarer clairement si elle veut ou non que celle-ci cesse de faire partie du Canada.

Volonté claire d'effectuer la sécession : examen par les Communes

1. Dans le cas où le gouvernement d'une province, après la tenue d'un référendum sur un projet de sécession de celle-ci du Canada, cherche à engager des négociations sur les conditions auxquelles la province pourrait cesser de faire partie du Canada, la Chambre des communes, sauf si elle a conclu conformément à l'article 1 que la question référendaire n'était pas claire, procède à un examen et, par résolution, détermine si, dans les circonstances, une majorité claire de la population de la province a déclaré clairement qu'elle veut que celle-ci cesse de faire partie du Canada.

Facteurs à considérer

2. Dans le cadre de l'examen en vue de déterminer si une majorité claire de la population de la province a déclaré clairement qu'elle voulait que celle-ci cesse de faire partie du Canada, la Chambre des communes prend en considération :
 - a) l'importance de la majorité des voix valablement exprimées en faveur de la proposition de sécession ;
 - b) le pourcentage des électeurs admissibles ayant voté au référendum ;
 - c) tous autres facteurs ou circonstances qu'elle estime pertinents.

Avis à considérer

3. Dans le cadre de l'examen en vue de déterminer si une majorité claire de la population de la province a déclaré clairement qu'elle voulait que celle-ci cesse de faire partie du Canada, la Chambre des communes tient compte de l'avis

de tous les partis politiques représentés à l'assemblée législative de la province dont le gouvernement a proposé la tenue du référendum sur la sécession, des résolutions ou déclarations officielles des gouvernements ou assemblées législatives des provinces et territoires du Canada, des résolutions ou déclarations officielles du Sénat, des résolutions ou déclarations officielles des représentants des peuples autochtones du Canada, en particulier ceux de cette province, et de tout autre avis qu'elle estime pertinent.

Négociations seulement en cas de volonté claire

4. Le gouvernement du Canada n'engage aucune négociation sur les conditions auxquelles la province pourrait cesser de faire partie du Canada, à moins que la Chambre des communes ne conclue, conformément au présent article, qu'une majorité claire de la population de cette province a déclaré clairement qu'elle veut que celle-ci cesse de faire partie du Canada.

Modification constitutionnelle

3. [1] Il est entendu qu'il n'existe aucun droit, au titre de la Constitution du Canada, d'effectuer unilatéralement la sécession d'une province du Canada et que, par conséquent, la sécession d'une province du Canada requerrait la modification de la Constitution du Canada, à l'issue de négociations auxquelles participeraient notamment les gouvernements de l'ensemble des provinces et du Canada.

Réserve

[2] Aucun ministre ne peut proposer de modification constitutionnelle portant sécession d'une province du Canada, à moins que le

gouvernement du Canada n'ait traité, dans le cadre de négociations, des conditions de sécession applicables dans les circonstances, notamment la répartition de l'actif et du passif, toute modification des frontières de la province, les droits, intérêts et revendications territoriales des peuples autochtones du Canada et la protection des droits des minorités.

**Loi sur l'exercice des droits
fondamentaux et des prérogatives du
peuple Québécois et de l'État du Québec**

*Lois du Québec [L.Q.] 2000, c. 46, Recueil des lois et
règlements du Québec [R.L.R.Q.], c. E-20.2
[En ligne : [http://legisquebec.gouv.qc.ca/fr/ShowDoc/
cs/E-20.2](http://legisquebec.gouv.qc.ca/fr/ShowDoc/cs/E-20.2)]*

CONSIDÉRANT que le peuple Québécois, majoritairement de langue française, possède des caractéristiques propres et témoigne d'une continuité historique enracinée dans son territoire sur lequel il exerce ses droits par l'entremise d'un État national moderne doté d'un gouvernement, d'une assemblée nationale et de tribunaux indépendants et impartiaux ;

CONSIDÉRANT que l'État du Québec est fondé sur des assises constitutionnelles qu'il a enrichies au cours des ans par l'adoption de plusieurs lois fondamentales et par la création d'institutions démocratiques qui lui sont propres ;

CONSIDÉRANT l'entrée du Québec dans la fédération canadienne en 1867 ;

CONSIDÉRANT l'engagement résolu du Québec à respecter les droits et libertés de la personne ;

CONSIDÉRANT l'existence au sein du Québec des nations abénaquise, algonquine, attikamek, crie, huronne, innue, malécite, micmaque, mohawk, naskapi et inuit et les principes associés à cette reconnaissance énoncés dans la résolution du 20 mars 1985 de l'Assemblée nationale, notamment leur droit à l'autonomie au sein du Québec ;

CONSIDÉRANT l'existence d'une communauté Québécoise d'expression anglaise jouissant de droits consacrés ;

CONSIDÉRANT que le Québec reconnaît l'apport des Québécoises et des Québécois de toute origine à son développement ;

CONSIDÉRANT que l'Assemblée nationale est composée de députés élus au suffrage universel par le peuple Québécois et qu'elle tient sa légitimité de ce peuple dont elle constitue le seul organe législatif qui lui soit propre ;

CONSIDÉRANT qu'il incombe à l'Assemblée nationale, en tant que dépositaire des droits et des pouvoirs historiques et inaliénables du peuple Québécois, de le défendre contre toute tentative de l'en spolier ou d'y porter atteinte ;

CONSIDÉRANT que l'Assemblée nationale n'a pas adhéré à la Loi constitutionnelle de 1982, adoptée malgré son opposition ;

CONSIDÉRANT que le Québec fait face à une politique du gouvernement fédéral visant à remettre en cause la légitimité, l'intégrité et le bon fonctionnement de ses institutions démocratiques nationales, notamment par l'adoption et la proclamation de la Loi donnant effet à l'exigence de clarté formulée par la Cour suprême du Canada dans son avis sur le Renvoi sur la sécession du Québec [Lois du Canada, 2000, chapitre 26] ;

CONSIDÉRANT qu'il y a lieu de réaffirmer le principe fondamental en vertu duquel le peuple Québécois est libre d'assumer son propre destin, de déterminer son statut politique et d'assurer son développement économique, social et culturel ;

CONSIDÉRANT que, par le passé, ce principe a trouvé à plusieurs reprises application, plus particulièrement lors des référendums tenus en 1980, 1992 et 1995 ;

CONSIDÉRANT l’avis consultatif rendu par la Cour suprême du Canada le 20 août 1998 et la reconnaissance par le gouvernement du Québec de son importance politique ;

CONSIDÉRANT qu’il est nécessaire de réaffirmer les acquis collectifs du peuple Québécois, les responsabilités de l’État du Québec ainsi que les droits et les prérogatives de l’Assemblée nationale à l’égard de toute question relative à l’avenir de ce peuple ;

LE PARLEMENT DU QUÉBEC DÉCRÈTE CE QUI SUIT :

CHAPITRE I

DU PEUPLE QUÉBÉCOIS

1. Le peuple Québécois peut, en fait et en droit, disposer de lui-même. Il est titulaire des droits universellement reconnus en vertu du principe de l’égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d’eux-mêmes.
2. Le peuple Québécois a le droit inaliénable de choisir librement le régime politique et le statut juridique du Québec.
3. Le peuple Québécois détermine seul, par l’entremise des institutions politiques qui lui appartiennent en propre, les modalités de l’exercice de son droit de choisir le régime politique et le statut juridique du Québec.

Toute condition ou modalité d’exercice de ce droit, notamment la consultation du peuple Québécois par un référendum, n’a d’effet que si elle est déterminée suivant le premier alinéa.

4. Lorsque le peuple Québécois est consulté par un référendum tenu en vertu de la Loi sur la consultation populaire, l’option gagnante est celle qui obtient la majorité des votes déclarés valides, soit cinquante pour cent de ces votes plus un vote.

CHAPITRE II

DE L’ÉTAT NATIONAL DU QUÉBEC

5. L’État du Québec tient sa légitimité de la volonté du peuple qui habite son territoire.

Cette volonté s’exprime par l’élection au suffrage universel de députés à l’Assemblée nationale, à vote égal et au scrutin secret en vertu de la Loi électorale ou lors de référendums tenus en vertu de la Loi sur la consultation populaire.

La qualité d’électeur est établie selon les dispositions de la Loi électorale.

6. L’État du Québec est souverain dans les domaines de compétence qui sont les siens dans le cadre des lois et des conventions de nature constitutionnelle.

Il est également détenteur au nom du peuple Québécois de tout droit établi à son avantage en vertu d’une convention ou d’une obligation constitutionnelle.

Le gouvernement a le devoir de soutenir l’exercice de ces prérogatives et de défendre en tout temps et partout leur intégrité, y compris sur la scène internationale.

7. L’État du Québec est libre de consentir à être lié par tout traité, convention ou entente internationale qui touche à sa compétence constitutionnelle.

Dans ses domaines de compétence, aucun traité, convention ou entente ne peut l'engager à moins qu'il n'ait formellement signifié son consentement à être lié par la voix de l'Assemblée nationale ou du gouvernement selon les dispositions de la loi.

Il peut également, dans ses domaines de compétence, établir et poursuivre des relations avec des États étrangers et des organisations internationales et assurer sa représentation à l'extérieur du Québec.

8. Le français est la langue officielle du Québec.

Les devoirs et obligations se rattachant à ce statut ou en découlant sont établis par la Charte de la langue française.

L'État du Québec doit favoriser la qualité et le rayonnement de la langue française. Il poursuit ces objectifs avec un esprit de justice et d'ouverture, dans le respect des droits consacrés de la communauté Québécoise d'expression anglaise.

CHAPITRE III

DU TERRITOIRE QUÉBÉCOIS

9. Le territoire du Québec et ses frontières ne peuvent être modifiés qu'avec le consentement de l'Assemblée nationale.

Le gouvernement doit veiller au maintien et au respect de l'intégrité territoriale du Québec.

10. L'État du Québec exerce sur le territoire Québécois et au nom du peuple Québécois tous les pouvoirs liés à sa compétence et au domaine public Québécois.

L'État peut aménager, développer et administrer ce territoire et plus particulièrement en confier l'administration déléguée à des entités locales ou régionales mandatées par lui, le tout conformément à la loi. Il favorise la prise en charge de leur développement par les collectivités locales et régionales.

CHAPITRE IV

DES NATIONS AUTOCHTONES DU QUÉBEC

11. L'État du Québec reconnaît, dans l'exercice de ses compétences constitutionnelles, les droits existants — ancestraux ou issus de traités — des nations autochtones du Québec.
12. Le gouvernement s'engage à promouvoir l'établissement et le maintien de relations harmonieuses avec ces nations et à favoriser leur développement ainsi que l'amélioration de leurs conditions économiques, sociales et culturelles.

CHAPITRE V

DISPOSITIONS FINALES

13. Aucun autre parlement ou gouvernement ne peut réduire les pouvoirs, l'autorité, la souveraineté et la légitimité de l'Assemblée nationale ni contraindre la volonté démocratique du peuple Québécois à disposer lui-même de son avenir.
14. Les dispositions de la présente loi entreront en vigueur aux dates fixées par le gouvernement.

Henderson c. Procureur général du Québec

[Extraits- Notes omises]

[En ligne : <https://courdappelduquebec.ca/jugements/details/henderson-c-procureur-general-du-quebec>]

1. L'appelant se pourvoit contre le jugement du 18 avril 2018 de la Cour supérieure, district de Montréal [l'honorable Claude Dallaire] (2018 QCCS 1586), rejetant sa requête pour conclusions déclaratoires [paragraphe [602] du jugement] et déclarant, par souci de précision, que les articles 1, 2, 3, 4, 5 et 13 de la *Loi sur l'exercice des droits fondamentaux et des prérogatives du peuple Québécois et de l'État du Québec* [la « *Loi sur les prérogatives du Québec* » ou « *Loi 99* »] respectent la Constitution canadienne, y compris la *Charte canadienne des droits et libertés* [la « *Charte canadienne* »] [paragraphe [603] du jugement].
2. La procédure entreprise par l'appelant perdue depuis près de 20 ans. L'appel porte essentiellement sur les questions auxquelles la Cour suprême du Canada a refusé de répondre dans le cadre du *Renvoi sur la sécession du Québec* [le « *Renvoi sur la sécession* »]. L'appelant cherche à entraîner la Cour dans des débats juridico-politiques de nature essentiellement hypothétique et théorique portant sur la définition du peuple Québécois, sur son droit à l'autodétermination interne et externe et sur les mécanismes de consultation populaire, de négociations et de modifications constitutionnelles afin d'y parvenir.
3. Bien que la Cour soit intervenue en 2007 afin de cerner le débat juridique, l'appelant ambitionne toujours d'obtenir des déclarations judiciaires en appel qui portent sur des questions auxquelles la Cour suprême a déjà répondu ou a refusé de se prononcer vu leur nature politique ou hypothétique, ou encore pour des raisons d'ordre pragmatique. Les moyens d'appel entrepris par l'appelant, en attaquant la validité constitutionnelle de certaines dispositions de la *Loi sur les prérogatives du Québec*, ne rendent pas ces questions plus justiciables à ce stade-ci et n'apportent aucun nouvel éclairage qui permettrait à la Cour de préciser le cadre juridique et constitutionnel applicable à la sécession du Québec au-delà de ce sur quoi la Cour suprême s'est prononcée dans le *Renvoi sur la sécession*.
4. La *Loi sur les prérogatives du Québec*, sanctionnée le 13 décembre 2000, est une réponse législative de l'Assemblée nationale du Québec aux questions politiques demeurées sans réponses dans le *Renvoi sur la sécession*. Cette loi fut d'ailleurs adoptée en réaction directe à la *Loi donnant effet à l'exigence de clarté formulée par la Cour suprême du Canada dans son avis sur le Renvoi sur la sécession du Québec* [la « *Loi sur la clarification* » ou « *Loi C-20* »], sanctionnée le 29 juin 2000 et elle-même adoptée par le Parlement canadien comme réponse législative aux mêmes questions. Selon les éventualités, la mise en œuvre de certaines des dispositions de la *Loi sur les prérogatives du Québec* pourrait d'ailleurs contredire celles de la *Loi sur la clarification*. Les dispositions contestées de la *Loi sur les prérogatives du Québec* portent, entre autres, sur le processus politique menant à l'indépendance du Québec, dont le droit d'initiative est reconnu dans le *Renvoi sur la sécession* et dont la prérogative « appartient aux représentants du peuple élus démocratiquement ».

5. La *Loi sur les prérogatives du Québec* peut être perçue et interprétée comme affirmant l'adhésion, par l'Assemblée nationale, aux principes qui ont marqué l'évolution des arrangements constitutionnels canadiens applicables à un projet de modification du statut constitutionnel du Québec menant à la sécession. En ce sens, ces dispositions peuvent être perçues comme constitutionnelles, comme le reconnaît d'ailleurs le procureur général du Canada. Ainsi, les dispositions contestées de la *Loi sur les prérogatives du Québec* établissent certaines normes internes quant aux modalités d'une volonté démocratique légitime pour proposer une modification du régime politique ou du statut juridique du Québec dans le cadre des arrangements constitutionnels canadiens présentement applicables.
6. Les dispositions contestées adoptent cependant aussi un vocabulaire propre au droit international que certains associent à la revendication d'un droit de sécession unilatérale. Cela étant, le sens ordinaire de leur libellé ne permet pas de conclure de façon claire et définitive qu'elles créent l'assise d'un tel droit en contravention du cadre constitutionnel canadien applicable à la sécession d'une province. Tout dépend du contexte factuel concret dans lequel ces dispositions législatives seraient invoquées et utilisées. Ainsi, le champ d'application de la *Loi sur les prérogatives du Québec* est potentiellement beaucoup plus large que le cadre constitutionnel canadien existant. La *Loi sur les prérogatives du Québec* pourrait, en effet, servir de fondement à une nouvelle constitution propre au Québec, dans l'éventualité d'une modification de son statut constitutionnel, y compris l'accession à un statut d'État indépendant, avec ou sans modification formelle à la Constitution du Canada.
7. L'analyse de la légalité ou de la suffisance de ces dispositions législatives dans le contexte précis de l'accession du Québec à un statut d'État indépendant ne s'impose pas en ce moment ni dans un avenir prévisible, puisque la modification fondamentale du statut juridique du Québec nécessaire à la prise d'effet de ce potentiel champ d'application de la *Loi sur les prérogatives du Québec*, dans le cadre d'un ordre juridique constitutionnel différent de celui du Canada, dépend d'événements et de décisions politiques qui demeurent d'ordre hautement conjectural.
8. En l'occurrence, il y a lieu de confirmer le paragraphe [602] du dispositif du jugement de première instance qui « rejette les conclusions de la requête pour jugement déclaratoire, telles que rédigées » et ainsi confirmer le rejet du recours en jugement déclaratoire entrepris par l'appelant.
9. Par contre, vu que le champ d'application de la *Loi sur les prérogatives du Québec* est potentiellement beaucoup plus large que le cadre constitutionnel canadien existant, dans certains contextes et selon les circonstances dans lesquelles elles seraient invoquées, il est possible que certaines dispositions de cette loi soient alors inapplicables ou inopérantes du point de vue du droit canadien alors existant. Il y a donc lieu de rayer le paragraphe [603] du dispositif du jugement de première instance qui porte, « par souci de précision », sur une déclaration formelle de validité des articles 1, 2, 3, 4, 5 et 13 de la *Loi sur les prérogatives du Québec*. En effet, cette précision, par ailleurs inutile sur le plan du droit, pourrait engendrer des confusions et malentendus quant à la portée réelle du jugement de première instance. [...]

ANALYSE

81. Je note à nouveau que les moyens soulevés par l'appelant dans le présent appel reflètent largement ses prétentions en tant qu'intervenant devant la Cour suprême du Canada dans le *Renvoi sur la sécession*. Ses prétentions n'ont pas été retenues par la Cour suprême, soit qu'elles ont été rejetées, soit qu'elles relèvent du domaine politique plutôt que juridique, soit qu'il n'y a pas eu lieu d'y répondre pour des raisons d'ordre pragmatique. Les moyens que fait valoir l'appelant devant la Cour laissent croire qu'il n'est pas satisfait des réponses apportées par la Cour suprême du Canada et qu'il tente d'obtenir un second avis consultatif sur ces mêmes questions, et ce, sans que le contexte ait substantiellement changé depuis. Il y a donc lieu de s'attarder au *Renvoi sur la sécession* pour en faire la démonstration.
82. Dans le *Renvoi sur la sécession*, la Cour suprême prend soin de circonscrire le rôle consultatif limité qui lui est imparti afin de répondre aux questions posées relatives à la sécession possible du Québec. Elle qualifie d'abord sa tâche en précisant que le renvoi « allie des questions juridiques et constitutionnelles des plus subtiles et complexes à des questions politiques très délicates ». Elle s'interroge ensuite sur l'étendue de sa compétence au regard des questions posées et aborde les arguments soulevés à l'encontre du caractère justiciable de celles-ci. Elle rejette les arguments fondés sur le caractère théorique, conjectural, politique ou insuffisamment mûr des questions vu l'étendue particulière de sa compétence en matière de renvoi par opposition à une affaire contentieuse, tout en précisant que « la Cour ne doit pas, même dans le contexte d'un renvoi, examiner des questions auxquelles il serait inapproprié de répondre ».

83. La Cour suprême prend grand soin de ne pas glisser sur le champ politique hautement chargé de la sécession et insiste pour limiter le débat aux seules questions juridiques, citant à cet effet l'extrait suivant du *Renvoi relatif au régime d'assistance publique du Canada* :

[...] Dans l'exercice de son pouvoir discrétionnaire de décider s'il convient de répondre à une question qui, allègue-t-on, ne relève pas de la compétence des tribunaux, la Cour doit veiller surtout à conserver le rôle qui lui revient dans le cadre constitutionnel de notre forme démocratique de gouvernement. [. . .] En s'enquérant du rôle qu'elle doit jouer, la Cour doit décider si la question qu'on lui a soumise revêt un caractère purement politique et devrait, en conséquence, être tranchée dans une autre tribune ou si elle présente un aspect suffisamment juridique pour justifier l'intervention du pouvoir judiciaire. [Soulignement dans l'original]

84. La Cour suprême conclut donc qu'elle peut refuser, pour cause de « non-justiciabilité », de répondre à une question soumise dans les circonstances qui suivent :
- I en répondant à la question, la Cour outrepasserait ce qu'elle estime être le rôle qui lui revient dans le cadre constitutionnel de notre forme démocratique de gouvernement, ou
 - II la Cour ne pourrait pas donner une réponse relevant de son champ d'expertise : l'interprétation du droit.

85. Elle s'assure ainsi d'interpréter les questions qui lui sont soumises en fonction de leurs aspects strictement juridiques et justiciables, tout en exerçant sa réserve judiciaire pour refuser de se prononcer sur des questions par ailleurs juridiques, mais relevant davantage de décisions politiques à l'intérieur du cadre juridique établi. Elle dégage ainsi les aspects juridiques de la sécession d'une province en droit constitutionnel canadien :

[84] La sécession d'une province du Canada doit être considérée, en termes juridiques, comme requérant une modification de la Constitution, qui exige forcément une négociation. Les modifications requises pour parvenir à une sécession pourraient être vastes et radicales. [...] Il est vrai que la Constitution est muette quant à la faculté d'une province de faire sécession de la Confédération, mais bien que la Constitution n'autorise pas ni n'interdit expressément la sécession, un acte de sécession [...] est sans aucun doute incompatible avec nos arrangements constitutionnels actuels. Le fait que ces changements seraient profonds [...] ne leur retire pas leur caractère de modifications de la Constitution du Canada [...]. [Soulignement ajouté]

86. Même si la Constitution du Canada est muette quant à la faculté de sécession d'une province, la Cour suprême énonce que :

La population du Canada, agissant par l'intermédiaire des divers gouvernements dûment élus et reconnus en vertu de la Constitution, détient le pouvoir de mettre en œuvre tous les arrangements constitutionnels souhaités dans les limites du territoire canadien, y compris, si elle était souhaitée,

la sécession du Québec. [Soulignement ajouté]

87. Une modification de la Constitution est donc nécessaire pour mettre en œuvre la sécession d'une province en droit canadien, ce qui implique forcément la négociation d'une telle modification. Un référendum populaire dont les résultats « seraient dénués de toute ambiguïté en ce qui concerne tant la question posée que l'appui reçu » pourrait déclencher le processus de négociation en vue de la sécession. En effet, confronté à un tel résultat référendaire, les autres parties formant la Confédération canadienne auraient alors l'obligation de négocier des modifications constitutionnelles en vue de répondre au désir exprimé :

La tentative légitime, par un participant de la Confédération, de modifier la Constitution a pour corollaire l'obligation faite à toutes les parties de venir à la table des négociations. Le rejet clairement exprimé par le peuple du Québec de l'ordre constitutionnel existant conférerait clairement légitimité aux revendications sécessionnistes, et imposerait aux autres provinces et au gouvernement fédéral l'obligation de prendre en considération et de respecter cette expression de la volonté démocratique en engageant des négociations et en les poursuivant en conformité avec les principes constitutionnels sous-jacents mentionnés précédemment. [Soulignement ajouté]

88. La conduite des parties dans de telles négociations serait régie par les principes du fédéralisme, de la démocratie, du constitutionnalisme et de la primauté du droit et de la protection des minorités. Ces principes n'obligeraient pas les autres provinces et le gouvernement fédéral de donner leur assentiment à la sécession, sous

réserve seulement de la négociation des détails logistiques pour ce faire, mais plutôt imposerait l'obligation de négocier pour traiter des intérêts du gouvernement fédéral, du Québec et des autres provinces, d'autres participants, ainsi que des droits de tous les Canadiens à l'intérieur et à l'extérieur du Québec. Ce serait assurément des négociations difficiles et complexes et il est concevable qu'elles aboutissent à une impasse.

89. Par contre, l'évaluation de ce qui constitue une question « claire » et une majorité « claire » dans un référendum qui pourrait déclencher le processus de négociation, de même que le contenu ou la conduite des négociations et les implications d'un échec de celles-ci relèvent principalement, sinon exclusivement, des acteurs politiques :

[100] Le rôle de notre Cour dans ce renvoi se limite à identifier les aspects pertinents de la Constitution, dans leur sens le plus large. Nous avons interprété les questions comme se rapportant au cadre constitutionnel dans lequel des décisions politiques peuvent, en dernière analyse, être prises. À l'intérieur de ce cadre, les rouages du processus politique sont complexes et ne peuvent être déterminés que par le moyen de jugements et d'évaluations d'ordre politique. La Cour n'a aucun rôle de surveillance à jouer sur les aspects politiques des négociations constitutionnelles. De même, l'incitation initiale à la négociation, à savoir une majorité claire en faveur de la sécession en réponse à une question claire, n'est assujettie qu'à une évaluation d'ordre politique, et ce à juste titre. Le droit et l'obligation correspondante de négocier ne peuvent reposer sur une présumée expression de volonté démocratique si cette expression

est elle-même chargée d'ambiguïtés. Seuls les acteurs politiques auraient l'information et l'expertise pour juger du moment où ces ambiguïtés seraient résolues dans un sens ou dans l'autre, ainsi que des circonstances dans lesquelles elles le seraient.

[101] Si les circonstances donnant lieu à l'obligation de négocier devaient survenir, l'analyse juridique ne permettrait pas non plus de faire la distinction entre la défense énergique d'intérêts légitimes et la prise de positions qui, en réalité, écarteraient totalement les intérêts légitimes de certains. La Cour n'aurait pas accès à toute l'information dont disposent les acteurs politiques, et les méthodes établies pour la recherche de la vérité devant une cour de justice sont mal adaptées à une analyse en profondeur de négociations constitutionnelles. Dans la mesure où les questions sont de nature politique, ce n'est pas le rôle du judiciaire d'interposer ses propres opinions sur les positions divergentes adoptées par les parties aux négociations, même s'il était invité à le faire. Il incombe plutôt aux représentants élus de s'acquitter de leurs obligations constitutionnelles d'une façon concrète que, en dernière analyse, seuls leurs électeurs et eux-mêmes sont en mesure d'évaluer. La conciliation des divers intérêts constitutionnels légitimes décrits plus haut relève nécessairement du domaine politique plutôt que du domaine judiciaire, précisément parce que cette conciliation ne peut être réalisée que par le « donnant, donnant » du processus de négociation. Une fois établi le cadre juridique, il appartiendrait aux dirigeants démocratiquement élus des divers participants de résoudre leurs différends.

[102] La non-justiciabilité de questions politiques dénuées de composante juridique ne retire pas au cadre constitutionnel existant son caractère impératif et ne signifie pas non plus que les obligations constitutionnelles pourraient être violées sans entraîner de graves conséquences juridiques. Quand il existe des droits, il existe des réparations, mais comme nous l'expliquons dans *Véritablement général*, précité, à la p. 90, et *New Brunswick Broadcasting*, précité, le recours approprié, dans certaines circonstances, fait appel aux mécanismes du processus politique plutôt qu'aux tribunaux.

[103] Dans la mesure où la violation de l'obligation constitutionnelle de négocier conformément aux principes décrits ci-dessus mine la légitimité des actions d'une partie, elle peut avoir des répercussions importantes au plan international. Ainsi, le manquement à l'obligation d'engager et de poursuivre des négociations en conformité avec les principes constitutionnels peut affaiblir la légitimité du gouvernement qui s'en réclame, alors que celle-ci est en règle générale une condition préalable à la reconnaissance par la communauté internationale. Inversement, la violation de ces principes par le gouvernement fédéral ou le gouvernement d'autres provinces dans leur réponse à une demande de sécession peut entacher leur légitimité. Ainsi, un Québec qui aurait négocié dans le respect des principes et valeurs constitutionnels face à l'intransigeance injustifiée d'autres participants au niveau fédéral ou provincial aurait probablement plus de chances d'être reconnu qu'un Québec qui n'aurait pas lui-même agi conformément aux principes constitutionnels au cours du processus de négociation. La légalité des actes des

parties au processus de négociation selon le droit canadien ainsi que la légitimité qu'on leur reconnaît seraient l'une et l'autre des considérations importantes dans le processus de reconnaissance. De cette manière, l'adhésion des parties à l'obligation de négocier serait indirectement évaluée au plan international. [Soulignement ajouté]

90. À ces égards, malgré que la question ait été abordée dans le cadre du renvoi, la Cour suprême refuse de se prononcer sur la procédure constitutionnelle qui doit être suivie afin de procéder à la sécession du Québec, y compris à l'égard de l'application des formules d'amendement constitutionnel prévues à la Partie V de la *Loi constitutionnelle de 1982*:

[105] Il faut souligner que la question 1 ne demande pas comment la sécession pourrait être réalisée de façon constitutionnelle, mais vise uniquement une seule forme de sécession, la sécession unilatérale. Bien que la possibilité d'appliquer des procédures diverses pour réaliser la sécession ait été abordée dans les plaidoiries, chaque option exigerait que nous présumions l'existence de faits qui sont inconnus à ce stade. Selon la règle de prudence requise en matière constitutionnelle, nous nous abstenons de toute conclusion quant à l'application possible d'une procédure précise pour faire sécession tant qu'il n'existe pas suffisamment de faits clairs soulevant une question justiciable. [Soulignement ajouté]

91. D'ailleurs, le *Renvoi sur la sécession* ne contient aucune référence à la Partie V de la *Loi constitutionnelle de 1982* portant sur les formules de modification constitutionnelle précisément parce que la Cour suprême ne se prononce pas sur la formule requise et considère plutôt que la

« Constitution n'est pas un carcan » et est susceptible d'évolution

92. De même, la question du « peuple Québécois » et de son droit à l'autodétermination est aussi abordée dans le *Renvoi sur la sécession*. La Cour suprême conclut qu'il n'est pas nécessaire d'étudier la qualification juridique du « peuple Québécois », ni de déterminer si, à supposer qu'il existe au sens du droit international, ce peuple englobe la population entière de la province ou seulement une partie de celle-ci. En effet, peu importe la réponse à ces questions, la population du Québec, quelle que soit la façon de la définir, ne possède pas, en vertu du droit international, le droit de faire sécession unilatéralement du Canada vu que les conditions du droit international pour ce faire – soit la colonisation, l'oppression ou l'exclusion – ne sont pas remplies :

[138] En résumé, le droit à l'autodétermination en droit international donne tout au plus ouverture au droit à l'autodétermination externe dans le cas des anciennes colonies ; dans le cas des peuples opprimés, comme les peuples soumis à une occupation militaire étrangère ; ou encore dans le cas où un groupe défini se voit refuser un accès réel au gouvernement pour assurer son développement politique, économique, social et culturel. Dans ces trois situations, le peuple en cause jouit du droit à l'autodétermination externe parce qu'on lui refuse la faculté d'exercer, à l'interne, son droit à l'autodétermination. Ces circonstances exceptionnelles ne s'appliquent manifestement pas au cas du Québec dans les conditions actuelles. Par conséquent, ni la population du Québec, même si elle était qualifiée de « peuple » ou de « peuples », ni ses

institutions représentatives, l'Assemblée nationale, la législature ou le gouvernement du Québec ne possèdent, en vertu du droit international, le droit de faire sécession unilatéralement du Canada. [Soulignement ajouté]

93. Ce bref, mais incomplet résumé du *Renvoi sur la sécession* permet de rejeter les moyens invoqués par l'appelant dans le présent appel.
94. Ainsi, comme l'appelant le souligne lui-même, sa proposition principale repose sur les formules de modifications constitutionnelles prévues à la Partie V de la *Loi constitutionnelle de 1982*, lesquelles devraient, selon lui, être impérativement respectées, à défaut de quoi la sécession du Québec ne pourrait s'effectuer. Or, comme nous l'avons vu, la Cour suprême n'a pas déterminé quel serait le processus de modification constitutionnelle applicable à la sécession du Québec « tant qu'il n'existe pas suffisamment de faits clairs soulevant une question justiciable ». Il n'y a pas plus aujourd'hui de faits clairs qui permettraient de soulever une question justiciable à ce sujet. En effet, depuis plus de 25 ans, aucun référendum sur une démarche d'indépendance n'a été entrepris au Québec et il est improbable qu'une telle démarche soit entreprise dans un avenir prévisible. Comme il l'avait fait dans le cadre du *Renvoi sur la sécession*, l'appelant cherche ainsi à enraciner une éventuelle hypothétique démarche d'indépendance du Québec dans un moule au sein duquel chaque province canadienne et le gouvernement fédéral auraient un droit de veto absolu et unilatéral sur la démarche entreprise. Or, cette approche ne fut pas entérinée par la Cour suprême du Canada.
95. Au-delà de la question de la procédure ou formule de modification constitutionnelle, qu'il n'y

a pas lieu de traiter dans le cadre du présent appel, l'appelant soutient aussi que la *Loi sur les prérogatives du Québec* permet une déclaration unilatérale d'indépendance sans suivre le cadre juridique établi par la Cour suprême pour ce faire. Or, après une longue analyse de la preuve soumise, la juge de première instance a conclu que tel n'était ni le but ni l'objet de la loi. Cela étant, il semble bien que la loi ait deux aspects, l'un constitutionnel l'autre non, selon les circonstances dans lesquelles ses dispositions seraient invoquées. J'y reviendrai lorsque je discuterai des prétentions du procureur général du Canada.

96. Les prétentions de l'appelant voulant que les dispositions contestées de la *Loi sur les prérogatives du Québec*, surtout la notion de « peuple Québécois », fassent appuyer le projet sécessionniste sur le droit à l'autodétermination des peuples en droit international en absorbant les minorités du Québec dans la majorité francophone du Québec, ne peuvent non plus être retenues à la lumière du *Renvoi sur la sécession*. Comme la Cour suprême l'a conclu, il n'est pas nécessaire d'étudier la qualification juridique du « peuple Québécois », ni de déterminer si ce peuple englobe la population entière de la province ou seulement une partie de celle-ci, pour conclure dans le contexte actuel que la population du Québec ne satisfait pas aux critères applicables en droit international pour invoquer un droit unilatéral à la sécession du Canada.
97. Cela étant, rien n'empêche un gouvernement provincial de référer à sa population comme un « peuple » sans pour autant enfreindre le cadre constitutionnel canadien. On peut certes référer aux termes « *people of Ontario* », « *Ontario people* », « *people of Alberta* », « *people of Canada* » ou « *Canadian people* » sans enfreindre la Constitution canadienne ni nécessairement

invoquer un droit à l'autodétermination externe en droit international. Pourquoi en serait-il autrement de l'expression « *people of Québec* » ou son équivalent français « peuple du Québec » ou « peuple Québécois »? L'appelant ne soumet aucun argument convaincant qui appuierait sa prétention qu'il s'agirait là d'une grave infraction constitutionnelle qui entacherait irrémédiablement la constitutionnalité de la loi. Au contraire, son argument paraît plutôt fondé sur une conception largement dépassée de l'ordre constitutionnel canadien moderne. En somme, il s'agit là d'un faux débat, qui cherche à nier le concept de « peuple » au sens civique pour plutôt référer exclusivement au concept de « peuple » au sens ethnique ou sociologique. Il n'y a pas lieu pour la Cour de se laisser entraîner dans un tel débat, par ailleurs inutile sur le plan juridique vu la position exprimée à ce sujet dans le *Renvoi sur la sécession*.

98. De plus, il découle du *Renvoi sur la sécession* qu'une démarche sécessionniste par le gouvernement du Québec ou l'Assemblée nationale ne contrevient pas en soi à l'ordre constitutionnel canadien pour autant qu'elle s'inscrive à l'intérieur du cadre juridique établi dans le *Renvoi sur la sécession* en ce qu'elle vise à entreprendre des négociations conformes aux principes constitutionnels afin d'en arriver à la modification constitutionnelle requise pour la concrétiser.
99. Cela suffit pour conclure au rejet des moyens d'appel invoqués par l'appelant.
100. Qu'en est-il maintenant de la position du procureur général du Canada ?
101. Celui-ci soutient que les dispositions contestées de la *Loi sur les prérogatives du Québec* sont ambiguës et peuvent être lues de façon

très différente selon le contexte dans lequel elles seraient invoquées.

102. Le procureur général du Canada convient que si ces dispositions sont lues comme ne s'appliquant qu'à la constitution interne du Québec, comme la juge l'a d'ailleurs elle-même conclu, elles sont valides au plan constitutionnel. Il n'appuie donc pas la demande de l'appelant visant à faire déclarer ces dispositions invalides et inconstitutionnelles, soutenant qu'il n'a pas à prendre une position sur l'issue de l'appel. Cela étant, le procureur général du Canada soutient néanmoins que la Cour devrait préciser la portée de la *Loi sur les prérogatives du Québec* et, par implication nécessaire, celle du jugement de première instance, en énonçant par déclaration judiciaire [1] qu'en vertu de la Constitution du Canada, le Québec est une province du Canada ; et [2] que les articles 1 à 5 et 13 de la loi ne constituent pas et ne peuvent constituer le fondement juridique d'une déclaration unilatérale d'indépendance du Québec ni d'une sécession unilatérale du Canada.
103. Il n'y a pas lieu de prononcer de telles déclarations judiciaires dans le cadre du présent appel.
104. Que le Québec soit une province canadienne est un fait juridique incontestable et une déclaration judiciaire à cet effet ne servirait aucune fin juridique précise. Vu son inutilité juridique, elle pourrait plutôt mener à des incertitudes quant à sa raison d'être et quant à sa portée juridique. Elle aurait aussi presque certainement pour effet d'exacerber les lourdes tensions portant sur le statut du Québec au sein de la Confédération canadienne, y compris le statut de « société distincte » ou de « nation distincte » avancée par le gouvernement du Québec et plusieurs autres intervenants politiques et entérinée en 2006 par résolution du Parlement canadien, de

même que la mouvance vers un fédéralisme dissymétrique préconisé par certains. Avec égard pour l'opinion contraire, le Québec n'est pas une province comme les autres. Il s'agit là d'un fait sociologique et politique incontestable. Entre autres, le Québec est le foyer de la langue et de la culture française en Amérique du Nord et son régime juridique fondé sur le droit civil se distingue nettement de ceux de ses partenaires et voisins. Faire ces constats n'a pas pour objet de nier ou de diminuer les particularités propres aux autres provinces du Canada, mais plutôt d'éviter que les particularités importantes et incontestables du Québec soient elles-mêmes éclipsées ou évacuées du débat juridique. Cela dit, les effets juridiques précis rattachés à ces particularités ne font pas l'objet de l'appel et il serait inapproprié pour la Cour de se prononcer de quelque façon que ce soit à ces égards dans le cadre du présent pourvoi, ni directement ni indirectement.

105. En ce qui concerne « l'État du Québec », il s'agit d'une expression politique que certains qualifieraient de pompeuse. Elle peut certes en agacer plusieurs, mais elle n'a aucun effet juridique. Tous comprennent d'ailleurs qu'il s'agit du gouvernement de la province du Québec et de son appareil bureaucratique au sein de la Confédération canadienne et non pas d'un état indépendant. Bien qu'on puisse désigner un parc provincial comme « parc national », outre la confusion que cela peut engendrer au sein du public quant au gouvernement responsable de sa gestion, cela n'entraîne aucune conséquence juridique véritable. Faut-il que la Cour le précise par déclaration judiciaire formelle ? Je ne crois pas.
106. Quant à la déclaration recherchée rattachée aux articles 1 à 5 et 13 de la *Loi sur les prérogatives du Québec*, elle vise à contrer une déclaration

unilatérale d'indépendance du Québec entraînant sa sécession unilatérale du Canada, soit sans négociations, soit à la suite de l'échec de négociations en ce sens. Or, la Cour suprême a déjà traité de ces questions dans le cadre du *Renvoi sur la sécession* et ses propos à ces égards s'appliquent tout autant en regard de la *Loi sur les prérogatives du Québec* dans l'éventualité que cette loi soit invoquée à de telles fins.

107. En définitive, selon la Cour suprême, une sécession unilatérale du Québec, c'est-à-dire sans négociations préalables entreprises conformément aux principes constitutionnels, ne serait pas légale en droit canadien. La Cour suprême précise la portée juridique d'une telle sécession unilatérale sans négociations conformes aux principes constitutionnels :

[104] Il ressort donc clairement de l'analyse qui précède que la sécession du Québec du Canada ne peut pas être considérée un acte légal si elle est réalisée unilatéralement par l'Assemblée nationale, la législature ou le gouvernement du Québec, c'est-à-dire sans négociations conformes aux principes. Tout projet de sécession d'une province du Canada qui n'est pas entrepris en conformité avec la Constitution du Canada est une violation de l'ordre juridique du Canada [...].
[Soulignement ajouté]

108. Il découle de cette conclusion que, dans le cas d'une législation qui s'inscrit dans un projet de sécession, celle-ci pourra être invalidée si elle se qualifie d'acte de sécession unilatéral ou si elle incarne des normes législatives qui ne sont pas conformes aux principes constitutionnels applicables dans le cas d'une démarche de sécession.

109. Quant à ce qui adviendrait dans le cas d'une impasse ou d'un échec des négociations portant sur une éventuelle sécession, la Cour suprême refuse expressément de se prononcer sur la question, de toute évidence parce qu'elle estime qu'elle outrepasserait alors le rôle adjudicatif qui lui revient dans le cadre constitutionnel de notre forme démocratique de gouvernement et afin de tenir compte et de respecter le principe de la séparation des pouvoirs. La Cour suprême exerce ainsi sa réserve judiciaire, visiblement parce qu'elle souhaite éviter un malentendu et parce que la réponse, dans l'abstrait, serait une conjecture. La Cour suprême précise que le défaut d'engager de telles négociations, en conformité avec les principes constitutionnels qu'elle a définis, pourrait certes avoir un impact sur le plan de la reconnaissance d'un Québec souverain au plan international ce qui relève principalement du domaine de la politique internationale, mais elle ne soumet aucune opinion de ce qu'il adviendrait dans un cas d'échec des négociations.

110. Il n'y a donc pas lieu pour la Cour d'ajouter aux propos de la Cour suprême du Canada sur ces questions, comme nous y invite le procureur général du Canada.

111. Cela étant, on ne peut exclure que la *Loi sur les prérogatives du Québec* soit un jour invoquée aux fins d'une déclaration unilatérale d'indépendance ou pour d'autres fins qui ne concorderaient pas avec le cadre constitutionnel canadien tel qu'il se présente aujourd'hui. Bien que la juge de première instance ait conclu de son analyse que ce ne serait pas le cas, il s'agit là aussi d'une hypothèse de sa part qui, cela dit avec respect, ne tient pas entièrement compte du contexte dans lequel cette loi fut adoptée, soit à la suite d'un référendum sur l'indépendance du

Québec, le prononcé de l'avis de la Cour suprême dans le *Renvoi sur la sécession* et l'adoption par le Parlement de la *Loi sur la clarification*.

112. On peut raisonnablement conclure de l'ensemble du contexte qu'au moins l'une des considérations importantes menant à l'adoption de la *Loi sur les prérogatives du Québec* porte sur une possible déclaration unilatérale d'indépendance par l'Assemblée nationale du Québec, particulièrement en cas d'échec d'éventuelles négociations constitutionnelles menant à une sécession. L'article 13 de la loi, en particulier, ne constitue pas une simple « redite » comme en a conclu le juge de première instance. Il signale plutôt la volonté ferme de l'Assemblée nationale d'avoir le dernier mot, tant au plan juridique que politique, sur le droit « du peuple Québécois à disposer lui-même de son avenir ». Pour être conséquent avec les propos de la Cour suprême, résumés ci-haut, quant à une déclaration unilatérale de sécession et les impacts éventuels d'un refus de négocier ou d'un échec des négociations faisant suite à un référendum sur l'avenir du Québec au sein du Canada, il y a lieu pour la Cour d'être prudente.
113. Ainsi, la déclaration de la juge de première instance au paragraphe [603] de son jugement – une déclaration faite par souci de précision dit-elle – voulant que les articles contestés de la loi respectent la Constitution du Canada et la *Charte canadienne*, s'explique par ses autres conclusions [qui se retrouvent dans le cœur de ses motifs] voulant que la question de la sécession unilatérale ou le défaut de respecter les paramètres établis par la Cour suprême dans le *Renvoi sur la sécession* ne soit pas en jeu dans le litige, la loi n'étant qu'une « manifestation de la souveraineté interne du Québec ». Le procureur général du Québec reprend d'ailleurs

ces paramètres dans son mémoire, soutenant que la loi « vient plutôt codifier, dans un même document, des droits fondamentaux et des prérogatives du peuple Québécois et de l'État du Québec qui ont toujours fait partie intégrante de son système démocratique, le tout à l'intérieur du cadre constitutionnel canadien ». Dans le cadre de ces paramètres, on peut raisonnablement conclure que les dispositions contestées de la *Loi sur les prérogatives du Québec* ne sont pas inconstitutionnelles.

114. Or, la déclaration judiciaire prévue au paragraphe [603] du jugement n'ajoute rien dans la mesure où la *Loi sur les prérogatives du Québec* n'est invoquée par l'Assemblée nationale ou le gouvernement du Québec que dans le cadre de la souveraineté interne du Québec, comme a conclu le juge et comme le soutient le procureur général du Québec. Cela étant, la juge n'exclut pas que la loi soit un jour invoquée à des fins autres, mais soutient qu'il s'agirait alors d'un événement politique non justiciable, s'appuyant à cet égard sur sa lecture du *Renvoi sur la sécession*. Dans ce contexte, la déclaration judiciaire énoncée au paragraphe [603] pourrait être comprise comme un endossement judiciaire à l'invocation de la loi pour d'autres fins. C'est d'ailleurs ce qui a incité le procureur général du Canada à requérir des déclarations judiciaires additionnelles afin de formellement cerner la portée juridique du jugement de première instance.
115. Il ne faudrait pas que ces paramètres établis par la juge pour tirer ses conclusions – qui résultent manifestement d'une stratégie argumentative du procureur général du Québec dans ce dossier – fassent écran à un réexamen judiciaire de la question dans un contexte où les dispositions de la *Loi sur les prérogatives du Québec* seraient

invoquées afin de s'attaquer, de fait, à beaucoup plus que la constitution interne du Québec au sein de la Confédération canadienne. Il s'agirait là d'un changement de donne important qui n'aurait pas été pris en compte par la juge dans son jugement. Ainsi, bien que la *Loi sur la clarification* et la *Loi sur les prérogatives du Québec* doivent être conciliées l'une avec l'autre par les tribunaux, puisqu'elles font toutes deux parties du droit positif Québécois, il pourrait survenir des circonstances où une telle conciliation s'avère impossible.

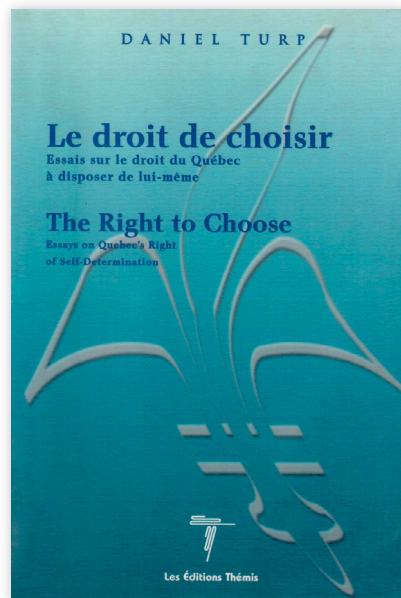
116. Pour les motifs déjà exprimés, il n'est pas opportun dans le cadre du présent appel de prononcer les déclarations judiciaires suggérées par le procureur général du Canada, d'autant plus que la Cour suprême du Canada s'est déjà prononcée à ces égards : la sécession du Québec ne peut pas être considérée un acte légal si elle est réalisée unilatéralement, c'est-à-dire sans négociations conformes aux principes constitutionnels. Cela étant, il n'était pas nécessaire non plus pour la juge de se prononcer comme elle l'a fait au paragraphe [603], ouvrant ainsi la porte aux reproches formulés par le procureur général du Canada quant à l'emploi potentiel des dispositions de la loi pour des fins non prévues aux motifs du jugement.
117. Il ne s'agit pas de déclarer invalides les dispositions de la *Loi sur les prérogatives du Québec*. Par contre, on ne peut envisager toutes les circonstances dans lesquelles cette loi pourrait être invoquée et il est possible que, dans certains contextes, ses dispositions puissent s'avérer inapplicables ou inopérantes sur le plan du droit interne canadien. Il n'appartient pas à la Cour de spéculer sur ces contextes ni même de déterminer s'il y aurait effectivement une question justiciable dans un tel cas. En

l'occurrence, le devoir de réserve judiciaire doit nous inciter à limiter la conclusion du litige au rejet du recours judiciaire entrepris par l'appelant, sans plus. Ainsi, la *Loi sur les prérogatives du Québec* demeure en vigueur et opérante sans pour autant qu'on puisse alléguer la doctrine du précédent judiciaire si ses dispositions sont un jour invoquées dans des contextes autres que ceux envisagés par la juge de première instance.

CONCLUSION

118. Pour ces motifs, je propose à la Cour de confirmer le paragraphe [602] du dispositif du jugement de première instance et ainsi, confirmer le rejet du recours en jugement déclaratoire de l'appelant.
119. Par contre, il y a lieu de rayer le paragraphe [603] du dispositif du jugement de première instance qui porte, « par souci de précision », sur une déclaration formelle de validité des articles concernés. [...]
120. Compte tenu de la nature du litige, la juge de première instance n'a pas cru bon d'ordonner le paiement des frais de justice. Je propose de faire de même en appel.

ANGABEN ZUM AUTOR



Daniel Turp ist emeritierter Professor an der juristischen Fakultät der Universität Montreal. Darüber hinaus hat er den Status eines außerordentlichen Professors inne und betreut weiterhin Doktorarbeiten. Er hat Völkerrecht, internationales und verfassungsrechtliches Grundrecht und höheres Verfassungsrecht gelehrt. Zudem war er Gastprofessor an mehreren Universitäten in Quebec, Kanada und Europa sowie am Internationalen Institut für Menschenrechte in Straßburg.

Daniel Turp ist Absolvent der Université de Montréal, der University of Cambridge und hat an der Université de droit, d'économie et de sciences sociales de Paris [Paris II] promoviert [*summa cum laude*]. Er ist der erste Quebecer, der das prestigeträchtige Diplom der Haager Akademie für Völkerrecht in Den Haag erhalten hat, wo er auch Studiendirektor und Gastprofessor war.

Er ist Präsident des Forschungsinstituts für Selbstbestimmung der Völker und nationale Unabhängigkeit [IRAI], Vorsitzender der „Association québécoise de droit constitutionnel“, des Verwaltungsrats der „Société québécoise de droit international“ und des „Conseil d'orientation du Réseau francophone de droit international“. Außerdem ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Coppieters Foundation der Europäischen Freien Allianz.

Er war Abgeordneter und vertrat von 1997 bis 2000 den Bloc Québécois im kanadischen Unterhaus sowie von 2003 bis 2008 die Parti Québécois in der Nationalversammlung Quebecs. Er ist der Gründer der „Intellectuels pour la souveraineté“ [IPSO] und war ihr erster Generalsekretär. Er ist außerdem Gründungsmitglied des „Comité pour une République du Québec“ [COREQ].

“This project/event received financial support from the European Parliament. The contents of the project/event are the sole responsibility of the author, and the European Parliament cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.”





European
Free
Alliance